

autonomes  
**Blättchen**



**#40**

**März - Mai 20**

# Hallo,

jetzt sind gerade mal zwei Wochen vergangen, dass in Hanau 9 Menschen von einem Rassist erschossen wurden – und es ist Stille eingekehrt. War es jemals laut? Wurden in ganz Deutschland Rassist und Nazis angegriffen? Wie vielen AfD-Arschlöchern fiel ne Dachlatte auf den Kopf? Wie viele wütende Demos gab es? Wie viele Straßenblockaden, Banner-Drops, Streiks? Wie viele Rassist\_innen der bürgerlichen Mitte wurden militant daran erinnert, dass sie ebenso die Saat der Mordtaten aussähen, wie die Faschist\_innen von der AfD? Gab es einen Aufschrei? Vielleicht bei facebook. Oder auf twitter. Es ist deprimierend.

Aber wir sind nicht überrascht, dass es so wenig Reaktionen gab. Das war nach dem Nazi-Anschlag in Halle nicht anders. Es scheint, als hätte die Gesellschaft, und mit ihr auch die radikale Linke, ihren Frieden gemacht, mit rassistischen und antisemitischen Morden. Nein, natürlich ist niemand dafür und Alle finden es schlimm. Aber müsste sich nicht ein tatsächlicher Bruch mit den Zuständen artikulieren? Müsste ein solcher nicht durch unmissverständliche Handlungen einer antifaschistischen Bewegung wahrnehmbar werden? Es stimmt, wir können selbst nicht diesen Erfordernissen gerecht werden. Aber was wir nicht hinnehmen können, ist das beständige Weitermachen, als wäre alles wie immer.

Sehr gefreut hat uns das Abfackeln des Autos von AfD-Chef Chrupalla! Was immerhin noch passiert, ist die Abgrenzung der bürgerlichen Parteien von der AfD. Es scheint als seien da welche aufgewacht; wenn auch vielfach aus wahltaktischen Gründen. Die Grünen schreien am lautesten nach mehr Polizei und glauben sicher ernsthaft selbst daran, damit mordende Nazis aufhalten zu können – anstatt zu sehen, dass gerade die Bullen – wie die Bundeswehr - mittlerweile einer der starken Standbeine der Faschist\_innen im Staatsapparat sind. Wir denken, niemand der rassistische Gewalt auch im Alltag erfährt käme auf die Idee, ausgerechnet die Bullen zur Hilfe zu rufen. Wir brauchen schleunigst Diskussionsbeiträge dazu, wie wir als Linksradikale, als Anarchist\_innen, Autonome oder sonstige libertäre Revolutionär\_innen mit der Situation umzugehen gedenken. Schreibt!

Ansonsten: Corona-Virus überall. Vor allem in den Köpfen. Es scheint, als habe Covid19 vor allem Auswirkungen auf die Fähigkeit des Nachdenkens. Leute horten Kloppapier! Kloppapier! Nun, wohl zu viel Scheiße im Kopf... was soll man sagen. Schlimmer ist aber, dass sichtbar ist, wie dünn die bürgerlichen Fassade doch gestrickt ist. Wir können uns sicher sein, dass bei einer tatsächlich ernsthaften Epidemie das große Stechen und Hauen beginnt – und der Staat versuchen wird, dieses autoritär Einzuzugrenzen. Diskutiert zu Hause und öffentlich, was das bedeutet! Das mindeste ist, solidarische Strukturen aufzubauen. Doch selbst in linken Wohnprojekten fangen Leute jetzt an, individuell Lebensmittel und Wasser zu horten. Wir rufen jetzt schon mal auf, diese Vorräte zu plündern. Entweder es gibt Krisenvorsorge für's ganze Projekt, oder gar keine! Wer will denn zugucken, wenn die Nachbarin verdurstet? Was für eine Scheiße. Im Heft ist ein kleiner lesenswerter Artikel der darlegt, warum es sich militante Aktivist\_innen zweimal überlegen sollten, sich auf den Virus testen zu lassen.

Jetzt gilt es zu zeigen, was wir aus den Jahren 2015/16 gelernt haben. Flüchtende an den EU-Grenzen werden wieder zur Verschiebemasse, werden eingesperrt, beschossen, verprügelt, in Lager verfrachtet. Damals gab es breite Soli-Bewegungen, militante Aktionen und Hilfe für illegalisierte Einwander\_innen. Und heute? Macht was und schreibt darüber! Der Krieg in Syrien, das Handeln und die Propaganda der Regierenden ekeln uns unendlich an. Was ist zu tun?

## **Impressum:**

Nr. 40 März - Mai 2020

### **Kontakt für Kritik und eigene Artikel:**

#### **E-Mail:**

[autonomes-blaettchen@nadir.org](mailto:autonomes-blaettchen@nadir.org)

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

#### **Fingerprint:**

**962E E3CF F873 19AA 5647**

**5D93 E37A 4489 E058 5969**

#### **ViSdP:**

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

## **Post:**

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

## **Homepage(s):**

[autonomesblaettchen.noblogs.org](http://autonomesblaettchen.noblogs.org) und zusätzlich  
[autonomesblaettchen.blackblogs.org](http://autonomesblaettchen.blackblogs.org)

*Alle Ausgaben gibt es dort auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepages schicken.*

## **Einsendeschluss:**

normalerweise alle drei Monate:

1. Juni, 1. September, 1. Dezember, 1. März

## Inhalt

Das Internet als Teil des technologischen Angriffs	5	Anarchist Gabriel Pombo Da Silva	
Auch Amazon ist kein guter Nachbar!		nach 1,5 Jahren in der Klandestinität verhaftet	28
Amazon Locker angegriffen.	11	«DIE MAUER ZWISCHEN GEFÄNGNIS UND DRAUSSEN NIEDERREISSEN»	30
Autonomer aus Berlin nach 24 Jahren		DE - DK Grenzzaun deplaziert	33
im Exil in Venezuela festgenommen	12	Rede bei der Soli-Demo am 8.1.20 in Hannover	34
Die Rheinmetall-Hauptversammlung		Ökotechnokratie	35
am 5. Mai 2020 stören!	13	Castor Alarm	40
Farbe für die Founders Foundation (FFF)	14	Niemand hat die Absicht, die Laufzeiten zu verlängern	42
Advent, Advent (d)ein Auto brennt!	15	Fragen an die Rigaer Straße	44
Flammende Solidarität mit der Liebig34!	17	Gedanken zu Hanau	49
Hurra, hurra, das Arbeitsamt brennt!	18	Corona-Diagnose per DNA-Analyse!	53
Rückblick auf die Squatting Days 2019		Ein paar stadtpolitische Gedanken	
aus Sicht der Antirepressionsgruppe	19	in Zeiten des technologischen Angriffs	54
Feind_innen sind körperliche Wesen	21	Einige Überlegungen zum 25. Januar in Leipzig	58
Wir hielten unser Wort	24		

### wichtige Links:

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Indymedia und auch das Linksunten-Archiv sind übrigens (nur über den Tor-Browser) auch im "Darknet" erreichbar. Das kann ebenfalls hilfreich sein.

<https://de.indymedia.org> = <http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/>  
<https://linksunten.archive.indymedia.org/> =  
<http://xrlvebokxn22g6x5gmaq3cp7rsv3ar5zpirzyqlc4kshwfpnpl2zucdqd.onion/>

<https://barrikade.info>  
<https://emrawi.org/>  
<https://zuendlumpen.noblogs.org/>  
<https://kanaille.noblogs.org/>

### Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender\_in, bis sie der\_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der\_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der\_dem Absender\_in zurückzusenden. Der Rest ist der\_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes  
**Blättchen**



### Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

### Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor\_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Wozu wir leider auch nichts haben: In Russland wurden sieben Anarchisten und Antifaschisten zu 6 bis 18 Jahre Lagerhaft verurteilt; davon vier zu 13, 14, 16 und 18 Jahren. Sie wurden vorher gefoltert, wie schon so Viele. Eine Berufung ist möglich... Was passiert gegen die russische Regierung? Gibt es Soli-Aktionen?

175 Jahre Kerker drohen Julian Assange, dessen Auslieferungsverfahren an die USA gerade in London läuft. Ja, Assange ist vielleicht nicht sonderlich sympathisch, aber wir sehen an dem Umgang mit ihm, wie weit der Vernichtungswille der US-Regierung reicht. Inzwischen hat selbst der UN-Menschenrechtsbeauftragte deutlich gesagt, dass er die Vergewaltigungsvorwürfe gegen Assange für von den USA inszeniert hält. Assange ist kein Autonomer. Geschenkt. Und Sigmar Gabriel hat sich für seine Freilassung ausgesprochen. Will man vielleicht auch nicht unbedingt. Aber setzt mal ins Verhältnis, dass er seit Jahren gefangen ist, weil er Massaker der US-Armee veröffentlicht hat. Setzt ins Verhältnis, dass Chelsea Manning schon wieder im Knast ist, weil sie nicht gegen Assange aussagen will – und sie kann deswegen unbegrenzt eingekerkert bleiben. Von der radikalen Linken bekommen die beiden keine Solidarität (mehr). Ist das richtig? Schreibt!

Der Prozess gegen die 3 von der Parkbank hat Anfang des Jahres begonnen. Wir gehen davon aus, dass er noch ein Weilchen dauert. Es wäre gut, wenn es in der nächsten Ausgabe einen Text gibt, der den Stand der Dinge zusammenfasst. Einfach nur die Prozessberichte vom Blog zu kopieren, fänden wir doof. Weiterhin wünschen wir den dreien viel Kraft!

**Zu uns:** Im letzten Vorwort schrieben wir, dass es ja nicht so schwer sei, uns etwas zu schicken. Ähh, ja aber: es gibt Tücken. Darauf wurden wir zu Recht hingewiesen. Entschuldigt also unsere Großspurigkeit. Wenn ihr uns auf dem Blog einen Text schickt kann es sein, dass ihr in einer Captcha-Kette (oder wie das heißt) landet und lange Bilder anklicken müsst, um zu beweisen, dass ihr kein Computer seid. Unserer Erfahrung nach muss man nur eine Weile durchhalten. Irgendwann geht es. Dass andere Problem mit dem Blog ist, dass ihr keine Bestätigung bekommt, dass euer Text auch tatsächlich angekommen ist. Bisher haben wir jedoch keine Nachricht bekommen, dass ein per Blog eintrag geschickter Text verschwunden sei.

Aber wir arbeiten an Verbesserungen und werden deshalb nach einer Lösung für die beschriebenen Probleme suchen. Ihr uns seit März zusätzlich auch auf <https://autonomesblaettchen.blackblogs.org/> finden und kontaktieren.

Wir haben mitbekommen, dass Leute Bedenken haben, ihre Spende in den Briefkasten unserer Postadresse zu schmeißen. Ja, der sieht ganz schön verlottert aus. Aber es ist trotzdem ein Briefschlitz, in den man auch Spenden, gut verpackt und an Erna Stark adressiert, stecken kann.

Um es leichter zu machen, könnt ihr Spenden für das Autonome Blättchen ab jetzt auch direkt im Infoladen Hannover abgeben. Kleingeld passt in die Spendendose und die Scheine könnt ihr einfach am Tresen abgeben. Der Infoladen im UJZ Korn ist Montags und Mittwochs von 18 bis 20 Uhr geöffnet. Die Genoss\_innen leiten das Geld dann über verschlungene Pfade an uns weiter. Danke dafür!

Es wäre übrigens schön, wenn ihr Spendendosen für eure heimischen Info- oder Buchläden bastelt und dort aufstellt. Ihr wisst ja jetzt, wie das Geld zu uns kommen kann. Vielen Dank für die vielen Spenden der letzten Monate! So kann es gelingen, unser aller Blättchen weiter zu finanzieren. Nur vergesst nicht: der Geldbedarf hört niemals auf. Niemals!

Wir weisen noch auf ein neues Zeitungsprojekt hin: Kannaile. Gruß an die Macher\_innen!

Und was gibt es eigentlich in dieser Ausgabe Schönes zu finden? Kopf still halten und Augen in Suchbewegung versetzen! Da ist es schon, das Inhaltsverzeichnis!

Wie ihr wisst, freuen wir uns sehr über zugeschickte Texte, - dieses Mal haben uns sehr, sehr viele Zuschickungen erreicht - und wir veröffentlichen diese meist auch dann, wenn wir ihnen inhaltlich nicht komplett zustimmen. Allerdings hat dies Grenzen, weshalb ein allzu plump militaristisch daherkommender Text wie „Hinter dem Ruf nach Frieden verschanzen sich die Mörder“ nicht in dieser Ausgabe vertreten ist. Auch draussen geblieben ist „Ned Ludd hatte recht!“. Leider haben wir nur begrenzt Platz im Heft, sodass wir auch „Marsianer\*innen auf der Immo-Messe“ und „Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis...“ nicht mit in dieses Heft aufnehmen konnten. Der „Aufruf zum Housing-Action-Day am 28.03.2020“ ist leider ebenfalls nicht abgedruckt, die Abwägung zwischen Platzmangel und einem Aktionstag, der zeitlich so nah am Erscheinungsdatum des Blättchens liegt, dass der Aufruf dann vielleicht schon von der Zeit überholt wurde, führte in dem Fall zu dieser Entscheidung.

*P.S.: Zur Zeit greifen auf Lesbos Faschist\_innen Flüchtende, Supporter und NGOs an. Uns bleibt nichts als euch zuzurufen: Handelt! Und berichtet darüber in eurem Lieblingsblättchen. Antifa heißt Angriff!*

# Über das Internet als Teil des technologischen Angriffs

Die Geschichte des Internets ist ereignisreich und kurz zugleich. Gegenüber dem Umstand, dass das Internet heute in fast allen Lebensbereichen eine Rolle spielt und kaum noch aus dem Alltag wegzudenken ist, ist seine massenhafte Verbreitung eine recht junge Erscheinung. Diese wengleich ist aggressiv. Nicht umsonst wird heute - vornehmlich in autonomen und anarchistischen Kreisen - das Internet im Rahmen des „Technologischen Angriffs“ untersucht, also dem Umstand, dass die Technologie als Instrument für die Herrschaft über den Menschen genutzt wird, oder das Technologie als solche Herrschaft über den Menschen entfaltet. Die Untersuchungen finden dabei in einem feindlichen Klima statt; Nicht wenige Teile der Linken wollen von einem technologischen Angriff nichts wissen und klammern sich stattdessen an die von den Tech-Giganten versprochene Nützlichkeit digitaler Plattformen und anderen technischen Spielereien. Statt als technologischer Angriff werden twitter und Co als Möglichkeiten hierarchiefreier Organisation, Massenmobilisierung und Propagandafläche betrachtet und eingesetzt. Gegenüber grundsätzlicher Kritik wird der Zeitgeist als Argument ins Feld geführt, ein „so ist das heutzutage nunmal“ und ein „ihr seid ja so 90er“ als herablassendes Ende der Auseinandersetzung. Dabei ist es nicht so, dass die Apologet\_innen smarterer Technologien die Argumente jener Gegner\_innen der Digitalisierung und des technischen Fortschritts nicht kennen würden; Sie interessieren sich schlicht nicht dafür, finden sie wenig überzeugend. Es überwiegt, so scheint es, ein Aufgehen in der Welt von Sprachassistenten und dem Abzählen von likes, retweets, friends und followers. Das Viralgehen, das Erscheinen des eigenen hashtags in der Trendliste wird zur Marke politischen Erfolgs.

Wir wollen in der Folge uns nicht damit aufhalten, Argumente zu versammeln, die der Nutzung von Auswürfen der Digitalisierung und der technischen Moderne entgegenstehen. Sie werden vielmehr vorausgesetzt; Wir wollen uns stattdessen beschäftigen mit der Frage, wie sich das Internet entwickelt hat (wobei wir hier der Kürze gegenüber dem Detail den Vorzug geben müssen), welche Rolle es für den technologischen Angriff spielt und vor allem neben der Frage wie das Ganze funktioniert auch der Frage nachspüren, warum es funktioniert, warum also die Menschen in den Bann moderner Technologie gerieten und so unfähig zu sein scheinen, sich aus diesem Bann zu befreien. Wir richten uns daher mit diesem Text nicht an diejenigen, die das Internet bejahen und für eine regelrecht glorreiche Erfindung halten im Interesse der Befreiung der Menschen, wir richten uns eher an diejenigen, die im Grunde schon wissen, dass sie das Internet eigentlich gar nicht bräuchten und wissen möchten, warum sie selbst und alle anderen es trotzdem weiter nutzen.

## 1. Die Phasen des Internets (in aller Kürze, nichts für Nerds)

### Web 0.0 – Die ersten Entwicklungen

Das Internet in der Form, wie wir es heute kennen, also als ein digitales Netzwerk, auf welches quasi von überall auf der Welt zugegriffen werden kann, hat seinen Beginn Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre. Davor war das digitale Netzwerk im Grunde genommen eine militärische und wenn mehr, dann staatlich genutzte Kommunikationstechnologie und wurde dementsprechend in den 60er Jahren von der ARPA (Advanced Research Projects Agency, später DARPA) entwickelt, welche wiederum im US-DoD (United States Department of Defense) angesiedelt ist. Daher hieß der erste wirkliche Vorläufer des Internets auch ARPANET. Das Ziel, welches mit dem ARPANET verfolgt wurde, fasste Stephen J. Lukasik, ehemals stellvertretender Direktor der DARPA, wie folgt zusammen: „The goal was to exploit new computer technologies to meet the needs of military command and control against nuclear threats, achieve survivable control of US nuclear forces, and improve military tactical and management decision making“, wengleich später von anderen Mitarbeitern der DARPA anderes behauptet wurde, wonach es eher Frust über die geringe Anzahl von leistungsfähigen Computern war, welche den vielen Fachleuten die Arbeit erschwerte; demnach sei das ARPANET nicht mehr als eine Arbeiterleichterung gewesen. Was davon stimmt, ist schwerlich zu bestimmen. Vermutlich spielten beide Interessen eine Rolle, bedenkt man, dass eine schnelle Kommunikation für das Militär schon seit jeher von großer Wichtigkeit ist. Das ARPANET verband 1969 vier Universitäten und wuchs dann durch die 70er Jahre kontinuierlich an, 1973 wurde bereits die erste transatlantische Verbindung aufgebaut. 1984 wurde das ARPANET reorganisiert und Seiten mit militärischen Belangen in das MILNET (Military Network) ausgelagert, wengleich beide Netzwerke weiterhin verbunden blieben. Trotzdem lässt sich festhalten, dass es seitdem die Aufteilung in ein ziviles und ein militärisches Netzwerk gab. Gleichwohl blieb das ARPANET in staatlichem Besitz. Schon vor der Aufteilung war es wichtig gewesen, das ARPANET nicht zum Ort für potentielle Subversion zu machen. Frühe „Netiquette“ versuchten, politische Debatten auszuschließen, wie etwa 1982 in einem Handbuch ausgewiesen wurde: „Sending electronic mail over the ARPANet for commercial profit or political purposes is both anti-social and illegal. By sending such messages, you can offend many people, and it is possible to get MIT in serious trouble with the Government agencies which manage the ARPANet“. Es war in dieser Zeit, wo das Internet Tummelwiese wurde für akademische Hacker\_innen aller Art; Weder die Überwachung, noch das Wissen über die Funkti-

onsweise des APRANETs war so verbreitet, als das eine staatliche Kontrolle dessen, was im APRANET verbreitet wurde, möglich war. Interessant hier ist aber noch etwas anderes, was in den oben genannten Netiquetten enthalten war: Nicht nur politische Organisation via APRANET war verboten, sondern auch dessen kommerzielle Nutzung. Bis zu seinem Ende war das APRANET staatlich finanziert. Es mag nicht verwundern, dass die kommerzielle Nutzung dennoch früh ein Thema wurde, sei es durch findige Beobachtung von Trendanalysten, sei es durch die Beteiligung von Techfirmen an Forschungsprojekten, oder einfach deswegen, weil diejenigen, die an der Universität mit dem APRANET in Berührung gekommen waren, nach der Zeit an der Universität in die Wirtschaft wechselten. Mitte der 80er Jahre schließlich begann die Entwicklung eines neuen Netzwerkes, dem NSFNET (National Science Foundation Network), welches nicht mehr bloß auf die „Supercomputer“ der Universitäten beschränkt sein sollte, sondern darüber hinaus kleinere regionale Netzwerke verbinden konnte. Das NSFNET wurde zwar weitgehend staatlich finanziert, jedoch konnten sich hier erstmals auch kommerzielle Netzwerkanbieter etablieren. Das NSFNET wurde unter dem wachsenden Einfluss kommerzieller Netzwerkanbieter zwar größer, gleichzeitig verschwand nach und nach das Verbot der rein kommerziellen Nutzung. Sowohl das APRANET als auch das NSFNET wurden Anfang der 90er Jahre außer Betrieb genommen und die aufgebaute Infrastruktur neu organisiert. Was herauskam, war nach einigem hin und her das Internet, wie wir es heute kennen.

### **Web 1.0**

Die zweite Phase des Internets umfasst ungefähr die Zeit der 90er Jahre und unterscheidet sich deutlich von der vorherigen. Der Nutzen zuvor war zentral militärisch und wissenschaftlich, er diente dem Staat zur Forschung und Entwicklung bezüglich seiner militärischen Sicherheitsarchitektur und in der Folge zur Forschung überhaupt. Eine kommerzielle Nutzung war weitestgehend ausgeschlossen. Mit dem Zusammenschluss der anfänglichen Netzwerke hin zu einem globalen Netzwerk unter Einbeziehung von kommerziellen Netzwerkanbietern, fiel diese Beschränkung weg; gleichzeitig öffnete sich das Netzwerk erst hierdurch für die private Anwendung (und damit auch für die politische Anwendung).

Die Anfänge des Internets sind durch eine „Starrheit“ des „Angebots“ für den Endnutzer geprägt. Nur wenige wussten, wie Webinhalte bereitgestellt werden konnten, die Angebote waren statisch, dh es gab in der Regel Texte und in der Folge Bilder und Texte zu lesen, Suchmaschinen befanden sich im weitesten Sinne noch in der Entwicklung. Für den durchschnittlichen Bewohner dieser Welt hatte das Internet gar keine, bzw eine geringe Bedeutung. Diese entwickelte sich erst im Laufe der 90er Jahre; Für viele bestand eine erste Nutzung des Internets im Einrichten einer Emailadresse und dem Besuchen bekannter Webseiten. Gleichwohl fällt in diese Zeit das Ent-

stehen einiger der großen Web-Firmen: amazon (1994), yahoo (1994), ebay (1995), google (1998). Auch das Tauschen von Dateien fällt in diese Zeit: Wachsende Bandbreite, sowie das Entwickeln einer peer2peer Technologie ermöglichen es Privatanwender\_innen, Dateien zu tauschen, ohne einen zentralen Server zu brauchen (wenngleich diese Nutzung des Webs recht bald staatlich eingeschränkt wurde).

### **Web 2.0**

Die dritte Phase des Internets beginnt ungefähr mit der Jahrtausendwende. Hier taucht der Begriff Web 2.0 erstmals auf; Eine Veränderung des Webs wird vorausgesagt. Der Unterschied zum Web 1.0 besteht vor allem in der Teilhabe der Konsument\_innen am Erzeugen des Webcontents sowie im Interagieren mit den aufgerufenen Seiten. Statt reinem Konsum soll es um Teilhabe gehen. Nutzer\_innenkonten, Kommentarfunktion, Blogs, Social-media tauchen auf. 2003 wird Wordpress veröffentlicht, eine Software, die es selbst Laien erlaubt, eine Webseite zu gestalten und zu verwalten. Ebenfalls in 2003 wird MySpace gegründet, 2004 folgt facebook, in Deutschland taucht mit studiVZ 2005 die erste große Socialmediaplattform auf, 2006 tritt twitter auf den Markt. Das Web wird so ausgebaut, dass auch das Einbinden von Medien in Webseiten möglich wird. 2005 geht youtube online, wenn auch Anfangs eher unbemerkt. Es ist keine Überraschung, dass da, wo die Partizipation auf der einen Seite steht, auf der anderen Seite etwas hinzutritt, was zuvor keine entscheidende Rolle gespielt hat: Die Partizipation der Nutzer\_innen erzeugt eine Unmenge von Daten, die sich auswerten, sortieren und benutzen lassen.

### **Web 3.0**

Während der Begriff Web 2.0 (und in Abgrenzung dazu auch Web 1.0) einen quasi „offiziellen“ Status erhalten hat, ist der Begriff Web 3.0 nie in dieser Eindeutigkeit geprägt worden. Am ehesten trifft er eine Entwicklung die „Semantic Web“ genannt wird. Er beschreibt eine gewisse Zielvorstellung: Das Web soll selbst in der Lage sein, die Daten, die ins Netz eingespeist werden, auszuwerten. Für einen Menschen sind es schlichtweg zu viele; Demgegenüber fehlt „der Maschine“ die nötige Fähigkeit dazu. Der gängige Beispielsatz hierfür ist: „Paul Schuster wurde in Dresden geboren.“. Während ein Mensch ohne weiteres in der Lage ist, Paul Schuster als Menschen in Bezug zu Dresden als Stadt zu setzen, muss eine Maschine diesen Zusammenhang erst lernen, und auch die Unterschiede zwischen Paul Schuster und Dresden beigebracht bekommen. Ziel aber ist genau das, ein „Intelligent Agent“, der versteht, was seine Umwelt von ihm will, bzw wie er etwas Nützliches bereitstellen kann. „Nützlich“ ist hierbei natürlich kein feststehender Begriff, diese „Nützlichkeit“ erschöpft sich ersteinmal darin, dass

das Ergebnis dem/der Nutzer\_in nützlich erscheint. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist nach Möglichkeit also ein „Intelligent Agent“, der in der Lage ist, große Datenmengen selbstständig auszuwerten und diese Auswertung „irgendwie“ nützlich zu machen. Die Ergebnisse spiegeln sich wieder in den „Wem das gefiel, gefiel auch das“-Ausgaben, bis hin zu den Sprachgesteuerten „Assistenten“ wie Alexa oder Siri, sowie den Computerstimmen am Ende einer Hotline. Zugleich bildet dieses „Semantic Web“ die Grundlage für die von Snowden enthüllte globale Massenüberwachung. Zum einen wird die nötige Masse an Daten erzeugt, zum anderen bestehen die Speichermedien, um die Datenmengen zu erfassen, und letztlich existiert die nötige Software, um die Datenmengen zu analysieren. Unlösbar damit verknüpft ist auch eine weitere Eigenschaft des Web 3.0: Das Internet wurde mobil, dh es ist nicht mehr an die Wohnung oder das Internetcafé gebunden. Vielmehr werden verschiedene Geräte durch die Gegend getragen, die eine Verbindung mit dem Internet ermöglichen oder ohnehin die ganze Zeit aufrecht erhalten.

## Die Zukunft des Webs

Wie das Web weiterentwickelt wird, ist ungewiss. Manchmal ist etwas zu lesen vom Web 4.0, aber Angaben darüber sind schwammig und beliebig. Das liegt auch daran, dass das Web 3.0 eher ein Hilfsbegriff ist, als eine allgemein akzeptierte Beschreibung der Entwicklung des Webs, es also schwer ist, ein Web 4.0 davon abzugrenzen. Was aber anzunehmen ist: Faktoren, welche das Web „unbequem“ zu nutzen machen, sollen so weit es geht abgeschafft werden. Der Grund hierfür ist, dass Umständlichkeiten verhindern, die gewünschten Daten abzufragen. Als störend erweisen sich immernoch die Funklöcher, ein Umstand, dem durch die Einführung des flächendeckenden 5G abgeholfen werden soll. Ebenfalls störend ist das Nutzen einer Tastatur; Das Ziel sind endlich funktionsfähige Sprachassistenten, sowie die Intelligent Agents, die einem ungefragt vermeintlich nützliche Informationen anbieten (also Informationen, die dem/der User\_in nützlich erscheinen). Unter diesem Aspekt ist übrigens auch die Entwicklung von Windows zu betrachten: Windows löste DOS ab, ein Betriebssystem, welches via Kommandozeile bedient wurde. Dies bedeutete zwar eine leichtere Bedienbarkeit von Computern durch den Breitenanwender, führte aber ebenso zur Entwicklung der „usability“. Die neuen Windowstrends, eine Oberfläche darzustellen, wo der Desktop verschwindet, dafür aber „Kacheln“ und „Gadgets“ permanent irgendeinen Firlefanz anbieten, zielt darauf ab, dass der/die Nutzer\_in gar nicht mehr ein Betriebssystem bedienen muss, sondern dass das Betriebssystem den/die Nutzer\_in „bedient“. Daneben ist es gut möglich, dass die Entwicklung von Software ähnlich dem Social Credit System in China größere Bedeutung entfaltet, und damit neben der Zunahme sozialer Kontrolle via Web, die Transformation des Lebens in eine Aneinanderreihung von Challenges und Achievements.

## 2. Absichten und Methoden bezüglich des Produkts Internet

Auch bei der kurzen und dementsprechend oberflächlichen Betrachtung der Geschichte des Internets fallen vier zentrale Kategorien hinsichtlich der Entwicklung und Weiterentwicklung des Internets auf. Die militärische Nutzung, die wissenschaftliche Nutzung, die kommerzielle Nutzung, sowie die politische Nutzung. Es ist zu sehen, dass diese gar nicht leicht voneinander zu trennen sind; Vielmehr sind die verschiedenen Nutzungsweisen miteinander verschränkt. Das kommt nicht von ungefähr. Wir erkennen hieran vielmehr die ohnehin grundsätzliche Verschränkung dieser vier Bereiche. Nehmen wir als Beispiel die Wissenschaft: Zwar gibt es das Postulat von der Freiheit der Forschung, Wissenschaft und Lehre (in Deutschland durch Artikel 5 im Grundgesetz verankert), doch ist es keine neue Einsicht, dass dies bloßes Postulat ist; Forschung ist abhängig von Geldern, womit derjenige, der das Geld vergibt, Einfluss auf das, woran und wofür geforscht wird, erhält. Dies kann das Militär, der Staat oder ein privates Unternehmen sein. In der Entwicklung des Internets waren und sind es gleich alle drei. Wir müssen davon ausgehen, dass zum einen Nutzen und Funktion des Internets diesen Interessen folgt, dass aber zum anderen anderweitige Nutzungen des Internets eingeschränkt werden, soweit ihr Schaden für Militär, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft größer ist als ihr Nutzen. Zu sehen ist dies beispielhaft an der Einschränkung bezüglich der Internetausbörsen in den 90ern, dem Illegalisieren bestimmter Streamingplattformen, dem Abschalten von bestimmten Foren oder auch dem Abschalten von linksunten. Dabei ist festzuhalten, dass die Regulierung des Internets von staatlicher Seite erfolgt, die Ausweitung der Nutzung des Internets vor allem aus den anderen Bereichen zu kommen scheint. Darüber hinaus präsentierten sich gerade Vertreter staatlicher Politik regelmäßig mit ihrer allgemeinen Unkenntnis bezüglich des Internets, woraus sich folgern lässt, dass es keinen direkten Weg zu geben scheint, der in diesem Bereich von der Universität in die Politik führt, wohl aber in Wirtschaft und Militär; An den Entwicklungen hinsichtlich der sozialen Medien und den Enthüllungen militärischer globaler Überwachung lässt sich ablesen, dass jene Institutionen immer sehr genau Bescheid gewusst haben über die Funktionsweise des Webs.

Das Verhältnis der Institutionen zueinander lässt sich also so charakterisieren, dass Staat, Militär und Wirtschaft den Bereich Forschung finanzieren, um Personal auszubilden, welches dann jedoch vornehmlich in den Bereichen Militär und Wirtschaft tätig wird. Für die Entwicklung des Internets treten daher auch diese Bereiche in den Vordergrund, wenn wir Nutzen und Absichten untersuchen wollen: Zum einen folgt die Entwicklung des Webs dem militärischen Interesse bezüglich Kommunikation. Diese

sind zum einen: Eine eigene, sichere Kommunikation zu gewährleisten. Zum anderen: Nach Möglichkeit jedwede andere Kommunikation (und sei es auch nur potentiell) überwachen zu können. Die Interessen der Wirtschaft sind die gleichen wie immer, also möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften, außerdem hat auch die Wirtschaft ein Interesse an der Überwachung ihrer Kunden: Je umfassender über eine potentielle Kundschaft Bescheid gewusst wird, desto besser lässt sich das erste Interesse umsetzen. Im Interesse der Massenüberwachung berühren sich also die Interessen von Militär und Wirtschaft (Wobei selbstverständlich auch die Wirtschaft ein Interesse an sicherer Kommunikation hat).

Wir wollen den Aspekt sicherer Kommunikation hier vernachlässigen (obwohl er sehr interessant ist) und uns den Aspekten von Verkauf und Massenüberwachung widmen, also dem Bereich, der die Masse der Nutzer\_innen mit einbezieht. Das Anliegen der kommerziellen Nutzung des Internets ist im Grunde ja immer das Gleiche: Möglichst viel Einnahmen generieren. Es war zu Beginn des worldwides in den 90er Jahren jedoch noch gar nicht klar, wie dies eigentlich funktionieren sollte. Generell muss um Einnahmen zu erwirtschaften irgendetwas verkauft werden – Was aber sollte im Internet zu verkaufen sein? Dieses Problem blieb eine ganze Weile bestehen. Zwar wurde generell angenommen, dass Internetangebote „irgendwie“ Geld abwerfen würden, aber wie genau, das konnte aufgrund mangelnder Erfahrung oder Kenntnis niemand sagen (so äußerte sich Microsoftgründer Bill Gates bezüglich des Internets noch Mitte der 1990er Jahre, dass es sich hierbei lediglich um einen kurzweiligen Hype handeln würde). Dies führte dazu, dass zwar eine Reihe von Internetangeboten an der Börse hoch dotiert waren, ohne das jedoch ein tatsächlicher Gewinn zu erwarten war. Mit diesem Umstand waren zu Anfang selbst google und youtube konfrontiert.

Die erste Einnahmequelle im Rahmen des Internets war das Anbieten eines Internetzugangs. Gewinn erwirtschafteten also Firmen, die dem/der Privatanwender\_in den Zugang ins Internet überhaupt erstmal ermöglichen wollten, sogenannten ISPs (Internet Service Providers). Hierbei gab es grundsätzliche Probleme: Das Angebot im Internet war überhaupt nicht für eine Massenbasis gemacht, zum anderen war der Zugang weder komfortabel noch billig, darüber hinaus gab es gar keinen Bedarf für einen durchschnittlichen Menschen, sich mit dem Internet zu verbinden. Das bedeutete für die ISPs, dass sie ein Angebot anbieten mussten, das ausreichend interessant war, um die Menschen trotz des umständlichen Zugangs und der nicht geringen Kosten, bei Laune zu halten. Rückblickend kann gesagt werden, dass das Internet für den/die Durchschnittsanwender\_in wenig bis gar nichts interessantes zu bieten hatte und der einsetzende „Hype“ eher auf geschicktes Marketing sowie eine gewisse Faszination für die neue Technologie gründete. Einer der größten und engagiertesten ISPs der 90er war AOL. AOL hat seine Wurzeln Anfang der 80er Jahre, wo AOL unter dem Namen GameLine Spiele für die ATARI 2600 Konsole zum Download via Telefon anbot. Auch in den 90ern wurde AOL mit dem ersten Online-Rollenspiel bekannt, bot aber vor allem eine Art kombinierten Onlineservice, in welchem sich die Nutzer\_innen Nachrichten, Wettervorhersagen, Börsenkurse, etc anschauen konnten. Daneben entwickelte AOL eine Reihe von Angeboten für Lehrer\_innen, Eltern und auch Kinder.

Letztlich ist der Erfolg AOLs und damit in gewisser Hinsicht auch des Internets einer aggressiven Werbestrategie zu verdanken; In etliche Zeitungen und zum Teil auch in Postwurfsendungen wurden AOL Disketten und CDs gepackt, auf welchen sich AOL-Zugangssoftware für den Zugang zum Internet befand inklusive einiger „Gratisminuten“. Ohne eine aggressive Werbepolitik, wäre das



Internet gar nicht wirklich populär geworden, wie auch bereits zuvor der Computer keine Popularität entwickeln wollte, also eine Popularität jenseits von Wissenschaft und Militär. Die Popularisierung gelang auch hier vornehmlich durch das Anbieten von Computerspielen. Dies mag zwar selbst noch keine Anwendung von dem gewesen sein, was heute „gamification“ genannt wird, darf aber als eine Art Vorläufer davon betrachtet werden, also die Popularisierung eines für die Allgemeinheit nutzlosen Gegenstands durch Spiele. Um hier nicht missverstanden zu werden: Es geht nicht darum, die Nützlichkeit eines Computers oder des Internets zu beurteilen, es geht darum klarzustellen, dass der Eindruck der Nützlichkeit in der breiten Bevölkerung erst erzeugt werden muss, er ist nicht einfach so da und die Nützlichkeit des Computers ist auch nicht die Befriedigung eines irgendwie vorherrschenden allgemeinen Wunsches gewesen. Die Computerhersteller und in ihrer Folge auch die oben erwähnten ISPs haben denn auch gar nicht die Absicht, irgendein Bedürfnis der Gesellschaft zu befriedigen, sie haben vor allem ein eigenes Ziel, nämlich Produkte zu verkaufen.

Nun ist das Internet unter der Perspektive des Produkts etwas Besonderes in der Hinsicht, dass es nicht reicht, es einmal zu verkaufen. Anders bei einem gewöhnlichen Gegenstand: In der Regel reicht es, einen Menschen davon zu überzeugen, dass er etwas kauft, was er danach damit macht, ist von geringerer Bedeutung (wichtiger ist eher, dass FALLS der Gegenstand genutzt wird, er bald kaputtgeht, ohne dass es dem Produzenten zugerechnet werden kann). Wenn etwa im Werbespot wieder einmal eine Bohrmaschine angepriesen wird, indem ein Mensch gezeigt wird, der Spaß am Renovieren hat, so ist es für den Baumarkt in der Folge egal, ob jemand wirklich Spaß damit hat, oder die Bohrmaschine in die Ecke legt. Verkauft ist verkauft. Das Internet demgegenüber wird ja nicht einmal gekauft und dann hat man es. Das Internet ist für den ISP nur insoweit lukrativ, wie es anhaltend genutzt wird, das gesamte Angebot im Internet wirft nur Geld ab dadurch, dass es anhaltend genutzt wird. Und das ist dann auf der einen Seite schematisch so aufgebaut, dass der/die User\_in ein Angebot im Internet aufruft, welches seine (vermeintlichen) Interessen bedient, dort eine Werbung sieht und in der Folge dann dieses Produkt kauft (nach Möglichkeit auch im Internet). Dadurch verdient der ISP (Internet wird genutzt), der Anbieter eines Produkts (Produkt wurde gekauft) und der Anbieter eines Angebots (hier wurde die Werbung angezeigt und damit Geld verdient). Mit dem Web 2.0 kam noch eine weitere Einnahmequelle dazu, die Daten der Nutzer\_innen. Durch das Setzen von Cookies und dergleichen, wird das sogenannte Datamining betrieben, was dann für die Cookiebetreiber riesige Datenmengen abwirft, die dann ebenfalls entweder verkauft werden können, oder für die Verbesserung der eigenen Fähigkeit, seine Produkte anzupreisen, genutzt werden können, oder sogar beides. Nun ist es ja so, dass Werbung umso besser wirkt, je häufiger und länger sie angeschaut wird. Gleiches gilt für das Datamining, auch dieses verbessert es sich, je umfangreicher die Datensätze sind. Aus beidem ergibt sich der Wunsch, dass die Menschen doch

so oft und so lang wie es geht mit dem Internet verbunden sein sollen. Denn so sehen sie zum einen so häufig wie es geht Werbung und zum anderen werfen sie auch die ganze Zeit Daten ab. Und um die Menschen dazu zu bewegen, sich dementsprechend zu verhalten, haben sich findige Psychologen, Webdesigner und Werbestrategen etwas ausgedacht und zwar die Nudges, die Microbelohnungen. Die Idee hierfür kommt im Grunde genommen bezüglich des Computers auch aus der Spielebranche. Die ersten Spielecomputer waren ja keine Computer für Zuhause, sondern waren Automaten, die in Kneipen, Einkaufszentren und Spielhallen standen. Und um die Spieler\_innen bei Laune zu halten, wurden sich einige Dinge überlegt. Das begann bei der Inszenierung der Spiele im Marketing: Bis Ende der 90er Jahre war die Grafik der Computerspiele im Grunde genommen so beschissen, dass sie gar nicht genutzt wurde, um das Spiel zu illustrieren. Sie wurde allenfalls kurz eingeblickt, alles weitere waren Filmaufnahmen mit Schauspielern oder Comics. Es setzte sich fort über den Aufbau der Spiele in steigende Levels und schließlich in dem Erreichen und Speichern von Highscores, sowie dem „Belohnen“ von bestimmten Punkteständen durch etwa Extraleben, und das war zu Zeiten der Spieleautomaten bares Geld.

In der Folge wurden die im Spielebereich erarbeiteten Prinzipien auf weitere Bereiche ausgedehnt und immer weiter verfeinert. Im Internet ist dies gut zu beobachten bei den „Socialmedia“-Anbietern, etwa durch das Anzeigen von Likes, followern, retweetern, friends, comments, rankings und reviews. Auf dem Smartphone ist das Ganze noch ausgefeilter, da hier häufig noch wohlklingende Klänge eingespielt werden, zudem gibt es eine Reihe von Apps, die regelmäßig ihre Aufmerksamkeit auf sich ziehen; Das Smartphone fühlt sich niemals nutzlos an, selbst wenn sich niemand meldet.

Daneben setzen die Anbieter des Internets alles daran, jede Hürde wegzuräumen, die es noch gibt. Schlechte Erreichbarkeit etwa, also das gezwungene Offlinegehen durch mangelhafte Netzabdeckung. Ein anderes gutes Beispiel ist amazon: Der Bestellvorgang wird immer weiter vereinfacht, Probleme die es dabei gibt, werden durch Gutscheine und dergleichen abgegolten, ganz einfach um zu verhindern, dass das Einkaufen im Internet jemandem keine Freude gemacht hat. Das hürdefreie Rücksenden falscher Artikel, das Behalten von auch nur leicht beschädigter Ware, oder selbst der Betrug, Ware nicht erhalten zu haben – alles scheint weniger ein Problem zu sein, als dass jemand keine Lust hat, amazon zu benutzen. Dies liegt daran, dass einer der Gewinne immer noch der an Daten ist, und hier sind selbst die Daten jener Leute interessant, die gar kein Geld ausgeben. Ebenso werden Lieferzeiten so weit verkürzt wie es geht; Das Ziel ist es, dass im Grunde genommen gar nicht so komfortable Einkaufen im Internet vom Eindruck her zum komfortabelsten Einkaufen überhaupt zu machen. Durch die zahlreichen Vergleichsportale und permanenten „Rabattaktionen“ ist zudem der Eindruck entstanden, bei jedem Einkauf etwas zu sparen.

### 3. Gründe für das Funktionieren

Die Frage steht im Raum, wieso das eigentlich alles funktioniert. Wieso die Menschen angesichts von Angeboten wie Facebook oder Amazon nicht einfach sagen: „Ne, lass mal, das will ich nicht.“, spätestens, nachdem sie von den negativen Aspekten gehört haben. Diese sind nicht unbekannt, trotzdem steigt die Nutzung ja weiter. Wir haben uns ein paar Methoden angesehen, wie der Mensch an Web und Devices gebunden wird, aber der Fisch stinkt vom Kopf her. Das bedeutet, es ist hilfreich, wollen wir verstehen, wieso das funktioniert, einen Blick zurück zu werfen und zwar in die Zeit, wo die Menschen zum einen ihr psychologisches Wissen vertieften, und zum anderen dieses Wissen benutzten, um immer mehr Produkte zu verkaufen. Denn was wir heute sehen, das ist nur die extreme Ausformung von etwas, was im Kapitalismus einerseits, in der Struktur des Staates andererseits und letztlich in der psychischen Situation der Menschen innerhalb von Staat und Kapitalismus verankert ist. Und dies alles ist eben kein Naturgesetz, keine Konstante in den Menschen oder der Gesellschaft oder ähnliches. Dies alles hat einen zeitlichen und konkreten Anfang und auch hoffentlich irgendwann ein Ende.

Der Kapitalismus funktioniert seit seinen Anfängen durch den anhaltenden Verkauf von Waren. Ferner dadurch, dass mit dem Verkauf von Waren für denjenigen, der sie verkauft, ein Gewinn abfällt. Nur für diesen Gewinn wird produziert und nicht für das „Glück“ des/der Konsument\_in.

Neben den Grundzügen der kapitalistischen Produktion hat der Kapitalismus aber historisch unterschiedliche Ausgestaltungen gehabt und in diesem zeitlichen Verlauf änderte sich auch, wie Waren an den/die Konsument\_in gebracht wurden. Dies liegt nicht daran, dass zu Anfang die Kapitalist\_innen nicht schon das gleiche Interesse gehabt hätten wie später, nur waren sie einfach nicht einflussreich genug, bzw. waren ihnen viele Techniken, Waren zu verkaufen, noch unbekannt. Eine der Techniken, Waren zu verkaufen, ist Werbung. Wer sich anschaut, wie etwa Werbung im 19. Jahrhundert aussah, dem wird schnell auffallen, dass Werbung hier oft kaum über den informativen Charakter „Was - Bei wem?“ hinauskam. Auf Werbung wurde ein Produkt gezeigt, in der Hoffnung, dass jemand es haben will und dann kauft. Das hing auch mit dem damaligen Menschenbild zusammen, in welcher der aufgeklärte Mensch „Herr im eigenen Hause ist“, also rational denkt und handelt. Die Psychologie jedoch brachte Anfang des 20. Jahrhunderts die Erkenntnis hervor, dass menschliches Handeln gar nicht bloß durch seine klaren Bewusstseinsinhalte gesteuert wird, sondern dass er auch bestimmt wird durch ihm völlig unbekanntes Motive. Findige Werbestrategen, wie etwa Edward Bernays, erkannten das Potential dieser Erkenntnisse für

die Werbung und also für den Verkauf von Produkten. Hier ein Zitat von ihm aus dem Jahr 1928: „A thing may be desired not for its intrinsic worth or usefulness, but because he has unconsciously come to see in it a symbol of something else, the desire for which he is ashamed to admit to himself... This general principle, that men are very largely actuated by motives which they conceal from themselves, is as true of mass as of individual psychology... Human desires are the steam which makes the social machine work. Only by understanding them can the propagandist control that cast, loose-jointed mechanism which is modern society.“

Mithilfe der Ansprache unbewusster Motive sollte es möglich werden, Menschen Produkte zu verkaufen, die sie eigentlich nicht brauchen. Hierfür wurden Strategien entwickelt, die Erfüllung unbewusster Interessen durch den Kauf von Produkten in Aussicht zu stellen. Und damit wurde die Werbung geboren, wie sie sich bis heute unter vielfältiger Weiterentwicklung, erhalten hat. Für den Kapitalismus eröffnete es eine zentrale Möglichkeit der Verkaufssteigerung, indem nun Dinge an Menschen verkauft werden konnten, die diese Dinge gar nicht brauchten, ohne dass diese etwas davon mitbekamen: „While, under the handicraft of small-unit system of production was that typical a century ago, demand created the supply, today supply must actively seek to create its corresponding demand. A single factory, potentially capable of supplying a whole continent with its particular product, cannot afford to wait until the public asks for its product; it must maintain constant touch, through advertising and propaganda, with the vast public in order to assure itself the continuous demand which alone will make its costly plant profitable. This entails a vastly more complex system of distribution than formerly.“ (Bernays 1928). Edward Bernays ging noch einen Schritt weiter. Er erkannte, dass für die Steigerung der Werbewirksamkeit ein Netz aus guten Beziehungen mit und unter einflussreichen Leuten wichtig war. „Wichtige“ Leute waren Menschen aus Politik und Wirtschaft, aber auch Prominente, Stars und Personen des öffentlichen Lebens. Um die „richtigen“ Leute zusammenzubringen, veranstaltete er regelmäßige Empfänge und ähnliches, bei welchen eine solche „Prominenz“ zusammenkam und sich über Pläne und Absichten auf dem kurzen Dienstweg auszutauschen. Genannt hat er das alles „Public Relations“, weil der eigentliche Name „Propagandaabteilung“ aufgrund dessen Bezug zum Nationalsozialismus oder der Sowjetunion verpönt war. Public Relations war und ist also selbst eine propagandistische Bezeichnung. Ein bekanntes Beispiel für Bernays Wirken war ein inszeniertes Foto in den 1920er Jahren an der Spitze einer feministischen Demonstration in New York, bei der aus der Frauenbewegung bekannte Frauen vor die Demonstration traten und sich eine Zigarette anzündeten. Die Zeitung titelte bezüglich des Anzündens der Zigaretten und dem Thema der Demonstration „Torches of Freedom“. In Auftrag gegeben hatte die Aktion Bernays auf eine Anfrage der Tabakindustrie, die unzufrieden waren, weil ihnen durch die wenig rauchenden Frauen eine riesige Kundschaft entging, abgesprochen war sie mit den Verlegern der Zeitung XY. Tatsächlich

lich wurde das Rauchen in der Öffentlichkeit in der Folge enttabuisiert. Es geht nun nicht darum, zu beurteilen, ob nun DIESE eine Aktion das Rauchen enttabuisierte, es soll bloß illustrieren, wie Leute wie Bernays denken und handeln, ebenso wie Industrien versuchen, ihre Verkaufsinteressen umzusetzen. Und dies müssen wir uns klarmachen, wenn wir den Erfolg des Internets beurteilen wollen. Die Zigaretten brachten tatsächlich wohl eher wenig Freiheit, aber sie wurde mit ihnen versprochen, in Wirklichkeit ging es nur darum, einen Absatzmarkt aufzuschließen. Und das ging, weil Frauen zu dieser Zeit in ihrem Verhalten in der Öffentlichkeit stark eingeschränkt waren (noch stärker als heute). Wenn heutzutage das Internet so erfolgreich ist, dann nicht, weil es tatsächlich etwas ist, was ein tatsächliches Bedürfnis bei den Menschen erfüllt, sondern weil es gelungen ist, es den Menschen als etwas zu verkaufen, was verspricht, ein Bedürfnis zu erfüllen. Und wenn wir wissen wollen, was das für Bedürfnisse sind, dann brauchen wir ja bloß zu schauen, was an Technik und welche Anbieter gerade besonders erfolgreich sind: Das Internet und der Mobilfunk, aber auch facebook, twitter und Co vermitteln Zugehörigkeit, Vernetzung, Freundschaft, Kontakt, gemocht werden (likes), Aufmerksamkeit und gegenseitige Bezugnahme (tweets und retweets), Techniken wie automatisierte Vorschläge und personalisierte Werbung bei youtube, amazon und Co versprechen Persönlichkeitsentfaltung, Bedeutsamkeit als Kunde, Glück und Wohlstand (weil alles auf die eigenen Bedürfnisse und Geldbörse abgestimmt wird), Streamingdienste wie netflix versprechen endlose Unterhaltung (durch nicht enden wollende Listen von immer neuen Filmen und Serien), die ganze Palette an Gamification und Challenges (wie bei Krankenkassen etwa) versprechen ständige Erfolge (und bei Krankenkassen Fitness und Gesundheit), Datingseiten wie tinder und Co versprechen Liebe und Sex, digitale Assistenten versprechen Hilfe. Und das funktioniert, weil auf der anderen Seite eben ein Mensch sitzt, der all das nicht hat, der also einsam ist, nicht vernetzt, keine echten Freund\_innen hat, keinen Kontakt, sich nicht gemocht fühlt und sehr wahrscheinlich auch nicht wirklich gemocht wird, der keine Aufmerk-

samkeit bekommt, auf den sich niemand bezieht, der sich nicht entfalten kann indem er seinen Interessen folgt, der unbedeutend ist und weder glücklich noch wohlständig und auch nicht wirklich unterhalten, der erfolglos ist, unfit und krank, ungeliebt, sexuell isoliert und hilflos. Das alles natürlich in ganz unterschiedlicher Ausprägung und Gewichtungen, und sicher trifft nicht alles vollkommen auf jeden Menschen zu, aber in der Tendenz scheint es so zu sein, sonst würde dieser ganze Quatsch nicht funktionieren. Es geht ja sogar noch einen Schritt weiter: Die Anbieterinnen und Konsument\_innen verstehen sich darin, die Ansicht so zu drehen, dass ohne Konsum der angebotenen Produkte überhaupt erst diese verlorene Position eintritt. Einsamkeit, der Mangel an echter Freundschaft usw kommt eben nicht aus dem ätzenden Zustand, in dem wir uns alle befinden, sondern sie kommen dadurch, dass bestimmte Produkte nicht konsumiert werden. Wer kein Handy hat, kein Smartphone, kein Internet, wer nicht bei facebook ist und nicht twittert, der kommt quasi selbstverschuldet in die Situation, dass er einsam wird. Internet, Mobilfunk, facebook und Co werden normativ, dh sie werden zur Grundlage der Normalität, ein Unwille zur digitalen Vernetzung wird zum Ausdruck des Abnormalen. Dies überhaupt ist für die Firmen der ideale Zustand: Wenn ein Großteil der Konsument\_innen Freude an den Produkten hat und diese quasi selbst bewirbt, sowie deren Nichtnutzung sozial ächtet. In dieser Stimmung können dann eine ganze Reihe von Umgestaltungen ohne erwartbaren Widerstand umgesetzt werden. Der Zwang zur Digitalisierung wird so von einem Großteil gar nicht mehr als Zwang erlebt, sowie es auch kein Verständnis gibt, für jene, die tatsächlich noch gezwungen werden müssen.

Widerstand aber tut Not. In Zeiten verbreiteter digitaler Umnachtung, die ja auch an einem selbst ihren Niederschlag hat, ist es wichtig, neben dem Blick auf die Aggressoren als Objekt des Angriffs, nicht das Subjekt zu vergessen, für das der Kampf überhaupt geführt wird: Einen traurigen, einsamen und immer hilfloser werdenden Menschen.

## **Auch Amazon ist kein guter Nachbar! Amazon Locker angegriffen.**

Dokumentation: „In der Nacht auf Montag, den 16.12.2019, haben wir einen Amazon Locker (Amazon Paketstation) in der Provinzstraße in Berlin Wedding angegriffen. Dazu haben wir mit Farbe Kamera, Display und Scanner bis auf weiteres unbenutzbar gemacht. Damit wollen wir an die Aktion einer anderen Feministischen Autonomen Zelle (FAZ) im August 2019 anschließen und die Aktionsform nach Berlin holen. Amazon spielt weltweit eine wichtige Rolle als Technologie-Dienstleister für Polizei, Militär und Geheimdienste. Amazon Locker gibt es überall und sind leichte Ziele.

Wie von einer FAZ im August bereits ausführlicher beschrieben verdient Amazon im großen Stil an Aufträgen mit technologischen Lösungen für staatliche Repressions- und Mordinstitutionen. So stellt der Konzern beispielsweise Gesichtserkennungssoftware (Washingtoner Polizei) und Cloud-Dienste (deutsche Bundespolizei) für die Polizei zur Verfügung und für das US-Militär unter anderem auf Künstlicher Intelligenz basierende Technologie zur Auswahl militärischer Ziele. Darüber hinaus ist Amazon für die Überwachung, Bespitzelung und allgemein miese Behandlung seiner Angestellten berüchtigt.

## Doch was sind Amazon Locker?

„Amazon Locker gibt es in den meisten Regionen Deutschlands. Sie sind automatisierte Abholstationen für Amazon Päckchen. Sie stehen in den meisten Fällen auf dem Gelände von Partnerfirmen, wie z.B. OMV Tankstellen. Im Gegensatz zu anderer Amazon Infrastruktur sind sie leicht zugänglich und unbewacht und bieten sich daher als einfaches und risikoarmes Ziel an. Meist befinden sie sich außerhalb der Gebäude und sind 24h zugänglich. Die Abholstation ist ein normalerweise dunkelblauer Metallkasten auf dem groß Amazon steht und in dem in der Mitte ein Bildschirm eingelassen ist. Über dem Bildschirm befindet sich eine Kamera, unter dem Bildschirm ein Barcode Scanner.“

Da die Locker häufig in Wohngebieten stehen, haben wir uns gegen Feuer als Aktionsform entschieden, um eine

Gefährdung von Menschen auszuschließen. Um keine Aufmerksamkeit zu erregen, haben wir uns diesmal zudem gegen Entglasen entschieden, da das mit relativ viel Lärm verbunden ist. Stattdessen haben wir mit Farbe den Automat unbenutzbar gemacht.

Allgemein gibt es aber viele Möglichkeiten Amazon Locker unbenutzbar zu machen und wir würden uns über weitere kreative Aktionen freuen. Lasst uns die Aktionsform in Berlin weiter ausprobieren und Amazon zeigen, dass sie genauso wie Google nicht willkommen sind in der Stadt.

Denn auch Amazon ist kein guter Nachbar!

Gruß und Kuss  
eine Feministische Autonome Zelle (FAZ)“

## Autonomer aus Berlin nach 24 Jahren im Exil in Venezuela festgenommen

Am 16. November 2019 wurde Peter Krauth am Flughafen El Vigía, in Venezuela, festgenommen, und am 23. November nach Caracas gebracht, wo er seitdem in Auslieferungshaft in einem Interpol-Büro sitzt.

Peter Krauth, Bernhard Heidebreder und Thomas Walter wird von der Bundesanwaltschaft (BAW) vorgeworfen, der 1995 aufgelösten Gruppe Das Komitee aus Berlin, angehört zu haben.

Die militante autonome Gruppe Das Komitee verübte am 27.10.1994 ein Brandanschlag auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde, um die Zusammenarbeit des deutschen und türkischen Militärs im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei aufzuzeigen – „Deutschland ist Kriegspartei in Kurdistan“. Bei der zweiten Aktion am 11. April 1995 versuchte Das Komitee, das im Bau befindliche Abschiebegefängnis in Berlin-Grünau zu sprengen. In ihrer Erklärung vom September 1995 „Knapp daneben ist auch vorbei“ schrieb Das Komitee:

„Massenabschiebungen sind ein Garant des „inneren Friedens“ und Kern imperialistischer Flüchtlingspolitik. (...) In Berlin wird zu diesem Zweck der ehemalige DDR-Frauenknast in Grünau umgebaut. Mit bis zu 400 Haftplätzen werden damit die Kapazitäten der Abschiebehaft in Berlin mehr als verdoppelt. Die Konzentrierung der gesamten Abschiebeprozedur und die günstige verkehrstechnische Anbindung an den Flughafen Schönefeld effektiviert und organisiert fließbandmäßig die Abschiebung und verbilligt den ganzen Ablauf enorm. Es geht nicht um Humanisierung als Ziel. Es geht um die Abschaffung der Abschiebehaft als Schritt auf dem Weg zum generellen Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge! Als unseren Beitrag dazu war die Sprengung des Knastes in Grünau geplant. Ein Gelingen der Aktion hätte weit mehr als symbolischen Charakter gehabt. Es hätte einen effektiven Eingriff in die Umsetzung der Abschiebebeschlüsse

bedeutet und den Ausbau der Maschinerie zumindest vorübergehend gestoppt.“

Doch die Aktion scheiterte: „Eine durch den Wald schleichende Bullenstreife wurde auf zwei Autos in der Nähe des Abschiebeknastes aufmerksam und durchsuchte sie. Eines war gestohlen und enthielt die Sprengsätze und anderes Material für die Aktion. (...) Diese Konstellation zweier Fahrzeuge, ermöglichte den Bullen die Fahndung nach vier Personen“ („Aus Knapp daneben ist auch vorbei“). Im Zuge dessen gerieten Bernhard, Peter und Thomas auf die Fahndungsliste des BKA und tauchten unter. Im September 1995 löst sich die Gruppe Das Komitee auf. Die drei leben nunmehr seit 24 Jahren im Exil und konnten sich bisher erfolgreich den deutschen Sicherheitsbehörden entziehen. Da aber die Verjährungsfrist für die Verabredung zu einem Sprengstoffanschlag offiziell erst nach 40 Jahren endet (2035), werden sie immer noch mit einem internationalen Haftbefehl gesucht. Interessant ist hierbei, dass allein Paragraph 30 Absatz 2, die „Verabredung zu einem Sprengstoffverbrechen“, länger verfolgt und höher bestraft wird, als die tatsächliche Vorbereitung der Sprengung.

Bernhard stellte 2016 einen Asylantrag, Peter und Thomas stellten ein Jahr später, 2017, ebenfalls Asylanträge in Venezuela. Sie warten seit dieser Zeit auf eine positive Entscheidung der Nationalen Flüchtlingskommission in Caracas (Conare) zur Anerkennung als politische Flüchtlinge. Dabei erhielten sie ein provisorisches Dokument, das ihnen Schutz und Bewegungsfreiheit im Land garantiert. Trotzdem wurde Peter Krauth aufgrund des Interpol-Haftbefehl (von der Bundesanwaltschaft am 16.08.2019 erneuert!) festgenommen und wartet jetzt auf eine Entscheidung des höchsten venezolanischen Gericht, TSJ (Tribunal Supremo de Justicia), die überprüfen werden, ob die Festnahme überhaupt gerechtfertigt war.

Denn der Fall von Peter ist identisch mit dem von Bernhard Heidebreder, der Anfang Juli 2014 von einem Zielfahndungskommando des BKA in Venezuela entdeckt und daraufhin festgenommen worden war. Das von der BRD gestellte Auslieferungsersuchen wurde im Oktober 2015 von Venezuela abgelehnt durch ein Urteil des TSJ, das die Auslieferung nach Deutschland ausschließt (Sala de Casación Penal, Fallo Nr. 655 del 23/10/2015). Unnötigerweise saß er trotzdem noch bis Juli 2016 im Gefängnis. Das TSJ stellte seinerseits sehr klar fest, dass die Bernhard vorgeworfenen Taten, u.a. die Verabredung 1995 zur Sprengung eines leerstehenden Gebäudes, das zum Abschiebegefängnis umgebaut werden sollte, in Venezuela schon längst verjährt sind. Die Festnahme von Peter wurde nun von der BAW veranlasst, obwohl diese weiß, dass in Bernhards identischem Fall bereits 2015 rechtskräftig entschieden wurde, dass Venezuela die Auslieferung ablehnt und auch in Peters Fall ablehnen wird.

Bereits nach der Festnahme von Bernhard 2014 gründete sich in Berlin eine Soligruppe, die sich für seine Freilassung einsetzte. Auf ihrer Webseite „ende! aus! Basta!!! Aufhebung der Haftbefehle im Komitee Verfahren“ (<https://www.ende-aus.net/>) lassen sich die aktuelle Pressemitteilung zu Peters Verhaftung, der Kampagne für die Entkriminalisierung der drei Exilanten, diverse Presseartikel sowie Hintergrundinformationen zu der Gruppe Das Komitee finden.

Im Oktober 2019 wird der Musik – und Dokumentarfilm „Gegen den Strom – Abgetaucht in Venezuela“, mit dem Musiker Mal Élévé und den drei Untergetauchten Bernhard, Peter und insbesondere Thomas auf dem Leipziger Dokumentarfilmfestival erstmalig vorgestellt. Der Film skizziert neben dem Alltag in Venezuela auch Überlegungen und Erfahrungen zu Flucht und Exil. Im Film äußert sich Rafael Uzcátegui von der nationalen Flüchtlingskom-

mission (CONARE) positiv zu dem gescheiterten Anschlag in Berlin-Grünau:

*„Sie sind Aktivisten, die Krieg ablehnen und Frieden befürworten. Man kann nicht jemanden, der für den Frieden ist, als Terrorist bezeichnen. Ganz im Gegenteil. Was ihnen vorgeworfen wird, ist eine Aktion für den Frieden, nicht für den Krieg. Für den Krieg steht dieses Abschiebegefängnis, dass es mal gab, dass es zum Glück nicht mehr gibt. In diesem Fall handelt es sich um eine symbolische Aktion mit friedensstiftenden Absichten“.*

Am 4. Dezember wurde in Berlin auf einer Solidaritätsveranstaltung zu Kurdistan mit dem Titel „Der Angriff auf Rojava und die Krise der AKP“ eine Petition an den Präsidenten Venezuelas Nicolás Maduro, mit dem Appell, die „Prüfung der Haftsituation von Peter Krauth und den Anträgen aller drei Männer auf die Gewährung von politischem Asyl in Venezuela, offenen Herzens zu eigen zu machen“, vorgelegt und von etlichen Personen unterzeichnet. In dieser Erklärung wurde darauf hingewiesen, dass auch Hugo Chávez 2008 die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union als „legalisierte Barbarei“ bezeichnete:

*„La Europa civilizada ha abierto y ha legalizado la barbarie, porque es una verdadera barbarie, es algo bárbaro, digno de las épocas, de las peores épocas en las que la barbarie imperó en el mundo.“*

Mehr Informationen gibt es auf der Webseite <http://www.ende-aus.net>.

mit revolutionären Grüßen aus Berlin  
Berlin Dezember 2019

## **Die Rheinmetall-Hauptversammlung am 5. Mai 2020 stören! Einladung zum rebellischen Bühnensturm**

Am 5. Mai treffen sich die Aktionär\*innen des größten deutschen Rüstungskonzerns in Berlin. Wir werden uns unter sie mischen, ihre Versammlung infiltrieren und nachhaltig sabotieren, weil eine Intervention gegen Rheinmetalls mörderischen Geschäfte längst fällig ist. Wir werden auch etwas Neues wagen – und du kannst mit dabei sein!

Wir haben während der letzten Aktionärsversammlung mit mehreren Dutzend Menschen das Podium gestürmt und die Bühne, wo Rheinmetall-Vorstand und -Aufsichtsrat zusammensitzen, für knapp eine Stunde besetzt. Zeitgleich haben sich Umweltaktivist\*innen an der Hotelfassade abgeseilt und hunderte Menschen auf der Straße vor dem Tagungshotel demonstriert. Was können wir erst am 5. Mai 2020 erreichen, wenn wir ein Vielfaches davon sein werden?

Die tristen Herrschaften in ihren edlen Anzügen versammeln sich im Berliner Maritim-Hotel, nahe des deutschen Kriegsministeriums, und denken an ihre Dividenden und Aktiengewinne. Sie verfolgen auf der Rheinmetall-Hauptversammlung regungslos die Worte der jemenitischen Menschenrechtsaktivistin Bonyan Gamal, die über das Schicksal einer Familie, über Leid, Vertreibung und Tod berichtet. Aber sie scheren sich einen Dreck um die Toten der Kriege in Jemen und Nordsyrien. Ihnen ist gleichgültig wie die Türkei in Rojava und die saudische Koalition im Süden der Arabischen Halbinsel mit deutschen Waffen systematisch Krankenhäuser und Schulen in Schutz und Asche legen.

Wir halten das nicht mehr aus. Es reicht! Das blutige Geschäft von Rheinmetall, die Rüstungsexporte und ihre tödlichen Folgen verlangen von uns weitergehende Maßnahmen, entschlossenen Ungehorsam und Rebellion. Die

Rheinmetall-Vorstände, die mit dem Bau und dem Export ihrer Waffen sehenden Auges Massenmord in Kauf nehmen, sollen fortan keine Ruhe mehr vor uns haben. Wir werden immer wieder da sein, wo sie sind. Wir werden sie aus der Deckung holen und in die Öffentlichkeit zerren.

### **Rheinmetall Entwaffnen!**

Im vergangenen Sommer haben wir während des Rheinmetall-Entwaffnen-Camps und der Blockade der Panzer- und Bombenfabrik dem Rheinmetall-Boss Armin Papperger einen Besuch an seiner privaten Villa im benachbarten Hermannsburg abgestattet. Davon war er gar nicht begeistert. Auch deshalb ist es höchste Zeit, ihn mal wieder mit unserer Kritik zu konfrontieren.

Wir werden uns frühzeitig Aktien besorgen, um uneingeschränkten Zugang zur Rheinmetall-Aktionärsversammlung zu erhalten, so wie es kritische Aktionär\*innen seit 50 Jahren praktizieren. Neu aber wird sein, dass wir etwas noch nie Dagewesenes wagen: eine öffentliche Mobilisierung und angekündigte Störung. So werden wir uns in diesem Jahr voraussichtlich mit einer dreistelligen Zahl von Menschen unter die Teilnehmer\*innen begeben. Viele von uns werden sich entsprechend kleiden und nicht sofort erkennbar sein. Aber alle wissen: Wir sind anwesend und warten nur darauf, unseren Tatendrang zu stillen. Kollektiv und individuell wählen wir einen passenden Zeitpunkt, um unseren Aufstand gegen dieses zynische Spektakel zu beginnen.

Wir werden stören. Wir werden die Versammlung unterbrechen. Vielfältig, kreativ und ungehorsam. Stehend, sitzend, sich fortbewegend. Rufend, Transparente aufspan-

nend, die Bühne besetzend. Unerschrocken werden wir mit dem faulen Frieden des ‚maritimen‘ Hauses brechen. Wir werden viele und nicht zu stoppen sein. So verschieden unsere Mittel auch sind, wir werden doch vereint sein im unkontrollierbaren Durcheinander, wenn sich immer wieder überall im Raum unsere Stimmen gegen die Kriegsverbrecher erheben und nicht mehr verstummen werden.

### **Seid dabei!**

Wir laden euch ein, Teil dieses Ereignisses zu werden und es mit uns gemeinsam zu gestalten. Wenn wir unserer Kreativität freien Lauf lassen, wird die Überraschung für alle eindrucksvoll sein. Kommt mit uns nach Berlin zu den Protesten gegen die Rheinmetall-Hauptversammlung. Und kommt, wenn möglich, mit uns ins Tagungshotel hinein. Erwerbt dafür eine Aktie und damit die sichere Zutrittsberechtigung zum Versammlungssaal.

Wir – und nicht der Rüstungskonzern – werden an diesem Tag die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Unser lebendiges Nein zu Waffenproduktion, Rüstungsexport und Tod wird aus dem Saal in die Welt hinaus schallen. So leisten wir mit Rheinmetall Entwaffnen vorausseilenden Ungehorsam: Wir schreiten ein, bevor noch mehr Menschen weltweit an deutschen Waffen sterben. Mit unseren Aktionen feiern wir das Leben. Die Zukunft ist bereit erobert zu werden.

Ungehorsame Aktionär\*innen  
Rheinmetall Entwaffnen

Alle weiteren Informationen:  
<https://rheinmetall-hauptversammlung.org>

## **Farbe für die Founders Foundation (FFF)**

Dokumentation: „Patriarchat, Kapitalismus, Staat, Rassismus. Jahrhunderte, Jahrtausende der Unterwerfung, der Unterdrückung der Ausbeutung, der Verwüstung, der Zurechtweisung, der Kollaboration. Jahrhunderte, Jahrtausende des Widerstandes, des Aufstandes, der Verschwörung, des Widerspruchs, der Rebellion, der Revolutionen, der Solidarität.“

Eine lange Zeit. Eine lange Zeit in der es stets möglich war Position zu Beziehen. Eine lange Zeit in der Position bezogen wurde. In der mit dem Nationalsozialismus kollaboriert oder der Widerstand organisiert wurde. In der die Ausbeutung propagiert oder ihr widersprochen wurde. In der sich bemüht wurde andere zu unterwerfen oder Solidarität zu leben. In der die Natur Verwüstet oder sich bemüht wurde sie zu bewahren.

Das Bertelsmann Imperium steht für uns ganz klar auf einer Seite. Auf der Seite der Kollaboration mit dem Nationalsozialismus, der Ausbeutung, der Unterwerfung und der Verwüstung. Da sind sie natürlich nicht die einzigen.

Wir sind ein Teil derjenigen die dem entgegen stehen, die denken dass die alte Welt durch eine Revolution gestürzt werden sollte und an deren Stelle viele Welten treten sollten. Welten der gegenseitigen Hilfe, der Selbstbestimmung und der Solidarität.

Die Founders Foundation sagt in über-motivierten Tönen sie wolle „etwas bewegen“, „gutes tun“. Sie wollen kreative junge Köpfe mit den alten großen Unternehmen zusammen bringen um Lösungen für die Probleme unserer Zeit zu finden. Die Founders Foundation ist eine Tochtergesellschaft der Bertelsmann Stiftung, der aus Steuergründen ein Großteil des Bertelsmann Konzerns gehört. Wir akzeptieren nicht, dass dieselben, die uns in diese gesellschaftliche und ökologische Misere gebracht haben uns im Namen von grüner Energie und smarten Lösungen auch noch die Zukunft versauen.

Deshalb sagen wir: „Founders Foundation – Fuck off!“  
We are the Hinterland of resistance and we throw things at you. In diesem Fall Farbbeutel an ihr Gebäude am 11.02.2020.“

# Advent, Advent (d)ein Auto brennt!

## Antifeministische evangelikale TOS in Tübingen angegriffen

Dokumentation: „Während die meisten sich vom vorweihnachtlichen Konsumrausch erholen und die freien Tage fröhlich um einen abgesägten und mit Plastik versehenen Baum sitzen, haben wir, eine Feministische Autonome Zelle (FAZ), uns entschieden diese symbolträchtige und für Aktionen angenehm ruhige Zeit zu nutzen, um auf einen überregionalen antifeministischen Akteur, die Tübinger Offensive Stadtmission (TOS), hinzuweisen und diesen mit Farbe und Feuer anzugreifen. Dabei wurde das Foyer des TOS Gemeindezentrums mit lila Farbe eingedeckt und ein Kleinbus der reaktionären evangelikalen Gruppe niedergebrannt.“

Auf den ersten Blick ist die TOS ein Haufen harmloser übereifriger Christen, die sehr viel Beten und ein Faible für große Shows haben. Die reaktionären Inhalte werden gut versteckt. Teils werden mit dem offensiv nach außen beworbenen Bemühungen gegen Antisemitismus auch fortschrittliche geradezu emanzipatorische Einstellungen als Fassade aufgebaut. Ohne behaupten zu wollen, dass das Engagement gegen Antisemitismus nicht ernst gemeint ist, ist die TOS keine antifaschistische Gruppe. Stattdessen grassieren in der TOS koloniale Kontinuität, antifeministische Einstellungen und reaktionäre Grundstimmung.

### Wer ist die TOS?

Die TOS (Tübinger Offensive Stadtmission) hat sich seit der Gründung Ende der Achtziger von einer lokalen Kleingruppe zu einem internationalen evangelikalen Netzwerk entwickelt. In Deutschland besitzt sie Gemeinden in Tübingen, Leipzig, Tailfingen, Halle und Uckermünde, darüber hinaus in acht weiteren Ländern, vor allem im Nordosten und Südamerika. Das Angebot der TOS geht dabei weit über Gottesdienste hinaus. Sie betreibt Waisenhäuser in Südamerika, Rehabilitationszentren für Drogenabhängige und bietet allerlei andere soziale Dienste an. Diese Erweiterungen bieten der TOS dabei die Möglichkeit offensiv weitere Mitglieder anzuwerben. Auch wenn wir den Einfluss der TOS nicht überschätzen wollen, sehen wir doch die internationale Ausbreitung, eine beachtliche Finanzierung (z.B. Geld für 74 Vollzeit-Stellen) und eine starke online Präsenz (z.B. an die 1 Mio. Views auf Youtube), sowie erfolgreiche Strategie der Selbstverharmlosung und die erfolgreiche Selbstdarstellung als vermeintlich antifaschistischer Akteur durch unter Anderem die Märsche des Lebens in vielen Ländern als Hinweise, dass die TOS ernster genommen werden sollte als reaktionärer Akteur. Daher wollen wir zum einem mit unserem Angriff auf den Hauptsitz der TOS dieser direkt etwas entgegensetzen und zum anderen deren problematische inhaltliche Ausprägung ans Licht bringen und thematisieren.

Die TOS ist nicht einfach eine harmlose Glaubensgruppe, sondern geprägt durch eine hierarchische Struktur und

bedingungslosen Gehorsam und Pflichten. Die TOS sieht sich selbst in einer Tradition christlicher Missionare und agiert im Rahmen des in evangelikalen Kreisen beliebten Konzepts der ‚geistlichen Kriegsführung‘, heißt gezielte Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse. Das kann ulkig wirken, wenn die TOS beispielsweise die Stadt Titisee im Schwarzwald als von einer dämonischen Macht dominiert sehen. Doch bei genauerem Hinsehen geht es dann unter dem Motto „Armee des Feuers“, um die Entsendung von „[m]indestens 300 Personen, so die Vorstellungen der Freikirche, sollen im Sommer einen Monat lang an 30 Orten im Schwarzwald „Gemeindegründungszellen“ aufbauen, „die Mauern im Gebet einreißen“ und die Region „prophetisch einnehmen“. Das wirkt nicht mehr so witzig. Die martialische und aggressive Sprache, sowie eine Tendenz zunehmender Einflussnahme evangelikaler Institutionen des Alltags finden wir besorgniserregend. So beschreibt Annette Kick dieses Konzept „Sie suchen Einfluss in vielen Bereichen der Gesellschaft, vor allem, wenn es um Kinder, Jugendliche und Familien geht. Sie schätzen ihre Möglichkeiten, das gesellschaftliche und politische Klima zu verändern, oft extrem hoch ein.“

### Antifeminismus

Wie bereits beschrieben sind die wirklichen Einstellungen gut versteckt. Wer ein wenig genauer hinschaut findet jedoch schnell Hinweise auf reaktionäre politische Einstellungen. Jobst Bittner, TOS Pastor in Tübingen, der mit seiner Ehefrau Charlotte Bittner die TOS gründete, beschreibt in einem Blogbeitrag zu den 2020ern John Wimber als glorreichen Propheten. Wimber hatte ein dezidiert antifeministisches Geschlechterbild. Seiner Meinung nach definierte die Bibel die Rolle des Ehemanns als Anführer in der Ehe, Familie und Kirche mit unhinterfragbarer Autorität und die Ehefrau als gehorsame Gehilfin. Passend dazu schreibt Bittner weiter im Text „Wimbers Analyse war gleichzeitig herausfordernd und von prophetischer Schärfe: Individualismus, so Wimber, gedeihe in einer Atmosphäre, die jede Form von Autorität hinterfragt und leugnet. Es gebe aber für uns Christen keine andere Grundlage als die Autorität Jesu und die der Bibel!“ Hier lässt sich schon erahnen wie wenig Fundament die angebliche antifaschistische Haltung der TOS innehat. Wer kollektiven bedingungslosen Gehorsam unter einer männlich phantasierten Führungsgestalt als ‚prophetische‘ Botschaft feiert und im selben Artikel vor einer faschistischen Bedrohung warnt, hat vieles nicht verstanden. Auch wenn Bittner gleich versucht Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er schreibt „Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes und ein geheiligtes Leben werden sektiererisch und fundamentalistisch genannt werden.“, wollen wir genau das tun, was die TOS so bemüht ist zu verhindern. Die menschenfeindliche, missionarische und autoritäre Ideologie, die ihr grundlegend ist, zu benennen.

Des Weiteren praktiziert die TOS die ‚Heilung‘ von Homosexualität durch Beten und positioniert sich zugleich in Mitteilungen gegen Homophobie.<sup>xi</sup> Das kann dann nur noch als gezielte Desinformationsstrategie gesehen werden. Bei der „Awakening Fire“ Konferenz an Ostern 2020 in der Tübinger Paul-Horn-Arena wird die Band „Könige und Priester“ spielen. Diese traten auf dem Berliner Marsch für das Leben 2018 auf, einer der größten antifeministischen Veranstaltungen von Abtreibungsgegner\_innen in Deutschland.

### **Profit durch Wunderversprechungen**

Das TOS Zentrum, das wir angegriffen haben, besitzt einen sogenannten „Healing Room“, indem Wunderheilungen – gegen jede Menge Geld versteht sich – angeboten werden. Auf diese Weise wird Menschen, die bereits durch Krankheiten leiden, mit falschen Versprechungen Hoffnung gemacht und das Geld aus der Tasche gezogen. Im schlimmsten Fall gehen die Menschen dann nicht einmal mehr zum Arzt und verlassen sich ganz auf diese Versprechen. Eine dieser Veranstaltungen beschreibt Annette Kick wie folgt: „‘It’s so easy‘, sagte er [Heiler Charles Ndifon, Anm. FAZ] unentwegt. Er machte von der Bühne aus nur noch die Feststellung, welche Krankheiten in welcher Ecke des Zelt es gerade geheilt würden. Danach forderte er diejenigen, die sich gemeint fühlten, auf, nach vorne zu kommen. Vorne an der Bühne wurden von Helfern diejenigen aussortiert und zurückgeschickt, die eindeutig schwere Krankheiten hatten, z.B. im Rollstuhl saßen. Auf der Bühne demonstrierte er dann die erfolgten Heilungen; wenn seine Demonstrationen nicht gelangen, verspottete er die Kranken, die angeblich nur simulierten.“

### **Koloniale Kontinuität**

TOS Mitgründer Jobst Bittner schreibt am 7.12.2019 auf seinem Blog zum Tode Reinhard Bonnkes:<sup>xvi</sup> „Es hat kaum jemanden gegeben, der so ein Vorbild des Glaubens war, wie Reinhard. Er hat mein Leben und Dienst geprägt und ich bin voller Dankbarkeit für sein Leben. [...] Lasst uns nicht nachlassen, seinem Vorbild zu folgen!“

In einer Reportage der Zeit wird Bonnke wie folgt beschrieben „Reinhard Bonnke kommt aus Frankfurt am Main. Er will Afrika mit dem Blut Jesu reinwaschen. [...] Bonnke sagt, er sei der „Mähdrescher Gottes“.“

Reinhard Bonnke ist fanatischer Missionar, der die „Ungläubigen“ ‚Afrikas‘ bekehren will. Dazu war er sich nicht zu schade, ähnlich wie die TOS, Wunder zu vollbringen: „Blinde können sehen, Lahme gehen, Stumme sprechen – solange sie keiner medizinischen Untersuchung unterzogen werden.“<sup>xviii</sup> Er sieht sich dabei, wie seine Selbstbezeichnung als „Mähdrescher Gottes“ deutlich macht, als Teil einer „geistlichen Kriegsführung“ und führt wie so viele andere evangelikale damit das katholisch-koloniale Erbe der „aggressiven Bekehrungsidee“ weiter.

Diese religiös aufgeladene Hetze und Feindschaft gegenüber vor allem dem Islam führten bereits zu Unruhen und massiven Spannungen, wie 1991 in Nigeria.<sup>xx</sup> Evangelikale Missionare heizen verantwortungslos die Stimmung auf, machen dabei Unsummen an Geld und provozieren mit etwas Pech einen Bürgerkrieg. Vorkoloniale Religionen und Spiritualität werden ganz in kolonialer Manier als dämonisch bekämpft. Hier liegt auch eine Verbindung zu Rechten, vor allem in den USA, vor. So schreibt die TAZ: „[e]s ist kein Zufall, dass amerikanische Tele-Evangelisten an vorderster Front stehen. Viele Kampagnen im fernen Afrika werden von christlichen Fundamentalisten aus den USA bemannt und finanziert, sie treten auf als Glaubenskrieger der religiösen Rechten, die sich im globalen Endkampf gegen den Antichristen wännen.“ Da Bonnke praktischerweise jede Kritik außerhalb evangelikaler Kreise als irrelevant ansah, brauchte er sich auch in keinsten Weise kritisch mit seinen Machenschaften auseinandersetzen. Wenn der Leiter der TOS Bonnke diesen Dezember also zum Vorbild erklärt, wird sehr deutlich, was das eigentliche Wesen der TOS ist.

### **Fazit**

An sich wäre in einer so ruhigen Nacht wie Weihnachten mit Sicherheit mehr möglich gewesen an Aktionen. Wir haben uns jedoch für eine schnelle und kombinierte Aktionsform entschieden, die zum einen das saubere Image der TOS nach außen mit lila Farbe durch einen Feuerlöscher in Frage stellen und zum anderen praktischen Schaden bei der TOS erreichen soll, indem ihr Transporter zerstört wurde. Da wir feststellten, dass in einem der Gebäude Menschen waren, haben wir davon abgesehen Fahrzeuge in der Nähe von Gebäuden anzugreifen und die Gebäude mit Menschen komplett aus der Aktion ausgeklammert. Da nach Eigenangaben an mehreren Orten der TOS 24/7 Gebete stattfinden, muss bei Aktionen darauf geachtet werden, dass die Menschen in den Gebäuden nicht gefährdet werden.

Da der Transporter weit von jedem Gebäude entfernt war, konnten wir eine Gefährdung ausschließen und haben uns mit der Farbe für ein leises und durch den Feuerlöscher auch schnell großflächig sichtbares Aktionsmittel entschieden. Die TOS ist dieses Weihnachten nicht zum ersten Mal angegriffen worden. So wurde beispielsweise im Frühjahr 2018 das Leipziger Gemeindehaus von Feminist\_innen angegriffen. Wir würden uns über weitere Aktionen gegen antifeministische Institutionen und Akteure freuen. Denn diese gibt es überall – bildet Banden – macht sie platt!

Gruß und Kuss,  
eine Feministische Autonome Zelle (FAZ)“

# Flammende Solidarität mit der Liebig34!

Dokumentation: „In der Nacht auf Samstag, den 14.12.2019, haben wir, eine Feministische Autonome Zelle (FAZ), in der Bellermannstraße in Berlin Wedding einen Firmenwagen des Immobilien-Großkonzerns Vonovia angezündet. Das Fahrzeug hat den Angriff scheinbar überlebt, es ist also nicht komplett in Flammen aufgegangen, aber trotz dieses halben Erfolgs bleibt unsere Botschaft: Vonovia ist ein Scheißverein und gehört weiter feurig und farbig attackiert!

Mit dem Angriff auf den größten Immobilienkonzern in Deutschland, berüchtigt für seine unmenschlichen Methoden in der Abpressung von Profit aus Wohnraum senden wir solidarische Grüße an das anarcha-queer-feministische FLINT\* Hausprojekt Liebig34, das derzeit akut von Verdrängung bedroht ist. Wehren wir uns gemeinsam gegen kapitalistische Verdrängung, Patriarchat und jede Herrschaft!

## Warum Vonovia?

Als größter deutscher Immobilienkonzern besitzt Vonovia allein in Deutschland fast eine halbe Million Wohnungen; in Österreich, Frankreich und Schweden sind es zehntausende weitere. Mit einem jährlichen Umsatz von ca. vier Milliarden Euro und einem Gewinn von einer Milliarde Euro gehört es zu den größten DAX Börsenunternehmen. So verdient der Chef von Vonovia monatlich 400.000€! Dieser Profit und die satten Gehälter der Manager stammen dabei größtenteils aus dem Geldbeutel von Mieter\*innen. Vonovia modernisiert, wo es nur geht, und finanziert das über massivste Erhöhungen von Mieten. So wird der Besitz des Konzerns systematisch aufgewertet und der Profit gesteigert – während Mieter\*innen systematisch ihr zu Hause verlieren.

Neben den Immobilien an sich, sind Dienstleistungen ein immer größeres Geschäftsfeld des Unternehmens. Da die Einnahmen durch Mieten und Modernisierungen nicht genug zu sein scheinen, bietet der Konzern über Tochterfirmen immer mehr eben solcher Leistungen rund um die Häuser an. Von Schneeschippen über Treppenhausreinigung bis zur Spielplatzkontrolle – die ausbeuterische Kreativität erscheint fast grenzenlos.

„Und hier kommen auch die Vonovia-Autos ins Spiel, weiße Transporter, die mit großer Vonovia-Aufschrift in nahezu allen deutschen Innenstädten zu sehen sind. Die gehören als Dienstwagen der sogenannten „Objektbetreuer\*innen“, streng genommen nicht Vonovia, sondern einem der besagten Tochterunternehmen. [...] Die Aufgabe der sogenannten „Objektbetreuer\*innen“ die mit den Vonovia-Autos rumfahren ist nicht, wie jetzt vielleicht einige denken könnten, notwendige Reparaturen an z.B kaputten Fenstern durchzuführen. Sowas könnte ja durchaus im Interesse der Mieter sein. Reparaturen dürfen den Mieter aber nicht in Rechnung gestellt werden, Instand-

haltungsmaßnahmen schon. Dementsprechend erstreckt sich der größte Teil der Aufgaben [...] auf allgemeine Kontrollen, die allein der Minimierung des Verwaltungsaufwandes, der Risiken des Vermieters und der Beschaffung von Informationen für die Geschäftssteuerung dienen – „optimales Prozessmanagement und maximale Kostenkontrolle“ eben. In anderen Worten: Statt kaputte Wasserleitungen zu reparieren haben die „Objektbetreuer“ den Job mit den weissen Vonovia-Transportern von Objekt zu Objekt zu fahren und die Nebenkosten in die Höhe zu treiben indem sie sich dort zu neuen „Instandhaltungsmaßnahmen“ inspirieren lassen, die den Mietern in Rechnung gestellt werden können. Baum- und Hydrantenkontrollen zum Beispiel. So beauftragt der Konzern sich selber mit Diensten, über dessen Notwendigkeit er selbst entscheidet. Zahlen müssen das dann die Mieter\*innen, die mit überhöhten dubiosen Nebenkostenabrechnungen zu kämpfen haben. „[I]n Dresden und auch in einer Hamburger Wohnanlage wurde der Winterdienst um 1900 Prozent teurer“, so ein besonders krasses Beispiel aus dem Spiegel.

## Solidarität mit der Liebig34!

Die „Liebig34 ist ein selbstorganisiertes anarcha-queer-feministisches Hausprojekt, direkt am ‚Dorfplatz‘ in Friedrichshain. Das Haus wird von verschiedenen Kollektiven genutzt; dem Infoladen ‚Daneben‘, der L34-Bar und dem anarcha-queer-feministischen Wohnprojekt, das sich ohne cis-Männer organisiert.“<sup>viii</sup> Das Haus wurde 1990 besetzt, 1999 zum Frauen- und Lesbenprojekt und später dann FLINT\*ix Raum. Nach einem gescheiterten Kaufversuch wurde 2008 ein 10 Jahre langer Pachtvertrag vereinbart. Da dieser nun ausgelaufen ist und der neue Besitzer Gijora Padovic, „dem nachgesagt wird in Berlin bis zu 2000 Häuser zu besitzen und der gezielt Hausprojekte aufkauft und zerstört hat“<sup>x</sup>, das Projekt raus haben will, läuft nun ein Gerichtsprozess gegen die Liebig34. Der erste Termin fand bereits statt, der zweite wäre eigentlich diesen Montag gewesen, wurde aber auf Januar verschoben. Wir wollen diesen Zeitraum nutzen, um den Druck weiter zu erhöhen. Denn die Liebig34 bleibt. Punkt.

## Was ist genau passiert?

Wir haben, wie bei der ähnlichen Aktion einer FAZ in Hamburg in diesem Monat, einen Grillanzünder genutzt, um das Fahrzeug zu zerstören. Genauere Informationen dazu findet ihr im entsprechenden Artikel zur Aktion.<sup>xi</sup> Bei der Aktion wurden aber auch die Nachteile dieser sehr einfachen Methode deutlich. Mensch muss mit einer Flamme hantieren, die meist von irgendeiner Seite für Vorbeilaufende oder Anwohner\*innen direkt sichtbar ist. Dadurch entsteht gerade in belebten Straßen ein höheres Risiko als bei der Nutzung von zeitverzögerten Metho-

den, wobei letztere eine aufwendigere Vorbereitung bedeuten. Zudem kann der Brand sehr leicht gelöscht werden, indem der Grillanzünder entfernt wird oder ein kleiner Feuerlöscher von Aktivbürger\*innen gezückt wird. Wir gehen davon aus, dass ein solches Szenario sich auch in dieser Nacht abgespielt hat, was für den geringen direkten Effekt der Aktion sorgte.

Ein weiteres Problem, das uns immer wieder auf Aktion begegnet, sind kleine Unwägbarkeiten. Zum Beispiel ein abgeschlossenes Tor auf dem Weg zur Aktion, das tagsüber beim Scoutenxii noch offen war. Oder eine Streife, die wegen irgendetwas Anderem zum falschen Zeitpunkt in der Nähe steht. Eigentlich kein Problem, aber manchmal dann doch nötig abzurechnen und letztlich nicht zu vermeiden. Es kann immer etwas schief gehen und dann klappt es eben einmal nicht. Lieber die Aktion abbrechen, als dass wenn etwas schief geht, Leute erwischt werden, weil zum Beispiel wichtige Minuten verloren gehen, um auf dem Rückweg über das Tor zu klettern.

### Und nun?

Ein Text zu einer nicht komplett erfolgreichen Aktion? Ja, das finden wir auch wichtig sichtbar zu machen. Denn mal ehrlich, es klappt bei keiner Gruppe jede Aktion und wir brauchen zwar keine hundert Texte in denen steht, was alles nicht geklappt hat. Wenn aber immer nur von Erfolgen geschrieben wird, vermittelt das den Eindruck, dass Scheitern nicht normal und möglich ist. Es hat nicht so geklappt, wie es unser Ziel war. Aber wir haben daraus gelernt und auch das stärkt uns. Wir wollen lernen besser mit Frustration und dem Scheitern von Aktionen kollektiv umgehen zu können. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns stellen wollen, genauso wie Ehrlichkeit und ein Vermeiden von perfektionistischer Selbstdarstellung,



wie das bei uns alles immer perfekt läuft. Nächte gibt es genug, wir bleiben unvorhersehbar.

Es war ein heißer Herbst, besonders für Immobilienfirmen. In vielen Städten wurden für einige Zeit wöchentlich bis täglich Akteur\*innen der Verdrängung angegriffen. xiii  
xiv Daran haben wir angeknüpft und wollen noch mehr Menschen zu weiteren Taten inspirieren. Lasst uns gemeinsam der Logik der Verdrängung etwas entgegensetzen. Feurig in der Nacht, aber auch tagsüber durch den Aufbau solidarischer kollektiver Strukturen jenseits der herrschenden Logik. Weiter geht's!

Finger weg von der Liebig34 und allen anderen bedrohten feministischen Freiräumen!  
Burn patriarchy down to its ground!

Gruß und Kuss,  
eine Feministische Autonome Zelle (FAZ)“

## Hurra, hurra, das Arbeitsamt brennt!

Dokumentation: „In der Nacht zum 1.1. sind wir ohne Termin zur Agentur für Arbeit in Altona-Nord in der Kieler Straße gekommen. Statt uns artig eine Nummer zu ziehen und uns von Mitarbeiter\*innen und Struktur des Hauses schikanieren zu lassen, haben wir mit Hämmern einige Scheiben des Jobcenters zerstört und – um sicher zu gehen, dass der Betrieb möglichst lange gestört wird – Brandsätze reingeworfen.“

Das Jobcenter und die Agentur für Arbeit sind Teil des selben Apparates, der Menschen nach ökonomischer Verwertbarkeit einteilt. Im Jobcenter werden jene sanktioniert, die nicht in ein System von Arbeitszwang und Ausbeutung passen können oder wollen. Durch das Vorhalten von Leistungen und permanenten Druck auf die Bezieher\*innen, sollen Menschen nicht nur dazu gebracht werden, jede noch so unappetitliche Arbeit anzunehmen. Es soll gleichzeitig eine Linie gezogen werden. Eine Linie, die aufzeigt, wer normal ist und wer nicht. Wer dazu gehört und wer nicht.

Dabei richten sich Agentur für Arbeit und Jobcenter nicht nur an die Bezieher\*innen. Sie richten sich eben auch an die Arbeitenden, in dem sie als Damoklesschwert der Arbeitslosigkeit aufzeigen, mit welcher Behandlung sie zu rechnen haben, wenn sie den „Spielregeln“ der Arbeitswelt nicht gehorchen.

Wir blicken auf ein bewegtes Jahr 2019 zurück. Mit dem Angriff auf die Agentur für Arbeit starten wir das Jahr 2020 wie das letzte beendet wurde: Wütend und kämpferisch. In der Hoffnung dass das Feuer im Arbeitsamt bis über die Mauern des Knast am Holstenglacis zu sehen war, schicken wir solidarische Grüße an die 3 von der Parkbank. Ihr Prozess beginnt am 8.1.2020 um 13Uhr im Gericht am Holstenglacis. Kommt vorbei und zeigt euch solidarisch.

Freiheit für alle Gefangenen!  
Für die soziale Revolte!  
Für ein kämpferisches 2020!“

anonym

# Rückblick auf die Squatting Days 2019 aus Sicht der Antirepressionsgruppe

Zwischen dem 18. und dem 29. Oktober 2019 fanden in Freiburg im Breisgau die Squatting Days statt. Eine Aktionswoche rund um Häuserkämpfe mit einem Aufruf zu dezentralen autonomen Aktionen und einer DIY-Organisation der Aktionsinfrastruktur. Zusammen mit anderen parallel stattfindenden Veranstaltungen und Aktionen gab es für die Tage als Infrastruktur unter anderem eine KüFa, ein EA-Telefon, Infopunkt, GeSa-Support, Out of Action, Awareness, Anti-Rep- und Anti-Knast-Struktur und Workshops zur Vorbereitung auf Aktionen und zum Umgang mit Repression. Wir wollen nun, nachdem einige Zeit vergangen ist und wir Zeit zur Nachbereitung und Reflektion hatten, unsere Perspektive auf die Aktionstage aus Sicht der Antirepressionsgruppe geben. Im Folgenden wollen wir einen Überblick über die Tage und die erfolgte Repression geben, einen Blick auf das Vorgehen der Verfolgungsbehörden werfen und unsere Strukturen vorstellen und zuletzt eine vorläufige Bilanz ziehen.

## Was ging während der Squatting Days in Freiburg?

Um erstmal zu wissen worüber wir reden, wollen wir einen kleinen Überblick über die Squatting Days geben, der natürlich keine Vollständigkeit erbringen wird. In der Zeit fanden auch mehrere größere politische Veranstaltungen parallel statt, von der KTS Kulturwoche mit vielen Workshops und Konzerten bis hin zur Nachttanzdemo gegen neue Polizeigesetze und Rechtsruck. Rückblickend ist aktionsmäßig vieles passiert in diesen Tagen. Da es keine zentrale Orga oder Aktionskoordinierung gab, sondern ein dezentraler Aufruf und viele parallel laufende Aktionen, betrachten wir einfach alle Aktionen, die im selben zeitlichen Rahmen stattgefunden haben oder direkt auf die Squatting Days Bezug nehmen. So gab es während der Aktionstage zum einen verschiedene Besetzungsformen von klandestinen Hausbesetzungen im Schutze der Nacht, bis zu einer Besetzung während der Nachttanzdemo. Aber auch offene Aktionsformen, wie die angekündigte feministische Stadtrallye und eine Unzahl an Kleingruppenaktionen, mit einer breiten Aktionsspanne von Plakatieren und farblicher Neugestaltung zu brennenden Vonovia Autos, fanden statt. Bereits vor den Squatting Days fanden mehrere Kleingruppenaktionen statt, die sich direkt auf die Aktionstage bezogen.

## Wie haben die Repressionsorgane allgemein reagiert?

Bei den Besetzungen lässt sich klar feststellen, dass es vor allem um die schnellstmögliche Räumung ging. Diese fand teils in der selben Nacht nach der Besetzung noch statt und wurde mit allen Mitteln durchgesetzt. Dabei agierte die Polizei aggressiv und technisch hochgerüstet (zum Beispiel mit zwei (sprechenden) Drohnen). Zudem kamen mit dem SEK stark militarisierte Einheiten gleich

zweimal zum Einsatz. Es gab kein Interesse an Verhandlungen oder Deeskalation. Stattdessen sollte jeglicher Besetzungsversuch möglichst schon im Keim erstickt werden. Eine interessante Erkenntnis scheint dabei, dass die Polizei nur mit massiver Präsenz in Form von Streifen und Zivis (Polizist\*innen ohne Uniform) überall in der Stadt versuchte Aktionen einzuhegen, bekannte Treffpunkte wie der Infopunkt in der KTS oder andere Veranstaltungsorte aber im Bezug auf sichtbare Repression in Ruhe ließ. So blieb zum einen zwar ein wenig Luft zum Atmen, zum anderen ist aber davon auszugehen, dass dann zivile Polizist\*innen mit Sicherheit in der KTS ihr Unwesen trieben. Geschickt an der Taktik scheint dabei, dass die Polizei so vermied in eine Konfrontation mit den hunderten Menschen, die an der Kulturwoche und den Veranstaltungen im Rahmen der Squatting Days teilnahmen zu kommen und direkt die Menschen anging, die auch an den Aktionen teilnahmen.

Für die gesamte Zeit der Aktionstage, also knapp zwei Wochen, war in Freiburg eine massiv erhöhte Polizeipräsenz zu spüren. Dabei waren auch Zivisautos aus einigen anderen Städten im Einsatz. Hundertschaftspolizei war innerhalb kürzester Zeit auf Abruf bereit und auch das Baden-Württembergische SEK kam mehrmals zum Einsatz. Das SEK ist eigentlich eine, als Anti-Terror-Einheit eingeführte, schwer bewaffnete, militärisch agierende Spezialeinheit der Polizei. Sie ist eigentlich für den Einsatz bei Lagen mit bewaffnetem Gegenüber trainiert und ausgerüstet. Seit einiger Zeit, spätestens seit dem G20 in Hamburg und der versuchten Räumung des Hambacher Forsts 2018, lässt sich aber eine Tendenz zum vermehrten offenen Einsatz gegen politische Aktionen verzeichnen.

Bei der letzten Hausräumung der Woche in der Kronenstraße kam das bisher größte Aufgebot an Polizeieinheiten bei einer Hausräumung in den letzten Jahren zusammen. Neben mehreren Baden-Württembergischen Hundertschaftseinheiten, Kripo Beamt\*innen aus Freiburg und umliegenden Städten wie Emmendingen, waren auch wieder SEK-Einheiten vor Ort. Es war die Freiburger Polizeidrohne, wie auch eine Drohne des SEK im Einsatz. Da zeitgleich auch noch ein Fußballspiel in der Stadt stattfand, waren Polizeieinheiten aus ganz Baden-Württemberg zusammen gezogen worden und selbst Einheiten aus entfernteren Orten waren hier im Einsatz. Für die Zeit nach der Räumung war eine Amtsrichterin eigens auf Abruf bereit. Diese ordnete dann auch später den Gewahrsam mehrerer Personen an, da kurioser Weise die GeSa sich geweigert hatte, die in Gewahrsam genommenen aufzunehmen und so richterlich dazu gezwungen wurde, diese für einige Stunden aufzunehmen. Ein\*e Aktivist\*in schaffte es erfolgreich sich der Räumung in der Kronenstraße zu entziehen, indem sich die Person im Haus versteckte und sich dadurch den Namen -Punk im Schrank sicherte. Zwei Menschen verweigerten ebenfalls erfolgreich nach der Räumung ihre Personalien, was

die Polizei sichtlich überforderte. Auch in der besetzten ehemaligen Polizeiwache in der Fehrenbachallee 52, entwischten drei Aktivist\*innen der Polizei. Obwohl diese das Gebäude permanent umstellt hatte, konnten drei der Besetzer\*innen am helllichten Tag vom Dach verschwinden. Da wurden doch direkt Vermutungen angestellt, ob die -POWA- vielleicht an das Tunnelsystem zum Hambi angeschlossen sei.

Eine weitere Kuriosität war die Festnahme einer Person mit dem Vorwurf der -Spionage-, ihr wurde vorgeworfen sich des Verbrechens schuldig gemacht zu haben, die Kennzeichen von Polizeifahrzeugen aufzuschreiben. Interessant wenn sich die Spionage-Behörden plötzlich über angebliche Beobachtung echauffieren. Vermutlich war dieses Vorgehen eine weitere Frustration als Reaktion auf das Auftauchen eines Plakats mit Polizeikennzeichen und den Bildern mehrerer stadtbekannter Zivilpolizist\*innen, die regelmäßig auf Demos ihr Unwesen treiben. Auch wenn die Besetzungen alle recht schnell geräumt waren, war es der Polizei nicht möglich die Besetzungen trotz öffentlicher Ankündigung der

Aktionstage zu verhindern. Selbst bei der Nachttanzdemo mit massivstem Polizeiaufgebot war sie überfordert und musste sich schließlich zurückziehen und konnte erst am nächsten Tag räumen. Bei den Kleingruppenaktionen schien die Polizei schlicht gar keinen Ansatzpunkt zu finden, darauf zu reagieren. Es kam zu keinen bekannten Festnahmen in Zusammenhang mit Kleingruppenaktionen und diese fanden fast täglich bzw. nächtlich statt. Gegen Ende der Woche war dann auch eine starke Frustration bei der Polizei spürbar, insbesondere auch da nach über 10 abgebrannten Autos der Druck von Medien und sicherlich auch der Politik stark zunahm. Es folgten härtere Sanktionen gegen festgenommene Aktivist\*innen, wie Stadtverbote oder, für Menschen aus Freiburg, Hausverbote für eineinhalb Tage. Zudem schienen sich die Beam\*innen für nichts mehr zu schade und so wurde gegen Ende der Tage selbst ein Erste-Hilfe-Set von übereifrigen Kripopolizist\*innen (Kriminalpolizei) zum potenziellen Brandsatz hochgepusht. Wer kennt sie nicht die berühmten brennenden Pflaster und Mullbinden... Es bleibt spannend, wie die Polizei nun weiter agieren wird und wie sie versuchen wird dieses offensichtliche Unvermögen zu kaschieren.

### **Was gab es an Anti-Repressions Strukturen?**

Bei den Squatting Days gab es ein permanent besetztes EA-Telefon, welches bei Festnahmen und Kesseln angerufen werden konnte und Menschen in Gewahrsam unterstützte und darauf achtete, dass niemand vergessen wurde. Eine GeSa-Support-Struktur, die Unterstützung für in Gewahrsam

Genommene organisierte und mit warmem Tee und Schokolade vor der Polizei-Wache die Freigelassenen in Empfang nahm. Aber auch Strukturen die sich um den emotionalen Teil von Repression kümmern, heißt Out

of Action. Eine Awarenessstruktur bot Unterstützung bei Übergriffen. Im Hintergrund gab es uns als Anti-Rep Gruppe und eine Anti-Knast Koordinierung, solidarische Anwält\*innen gab es natürlich auch. Um einfacher rauszufinden wer und wie viele festgenommen wurden und auch einen solidarischen Umgang mit Personalienverweigerung zu ermöglichen, gab es ein System von anonymen Anti-Rep-Nummern für alle auf Aktion.

Jede Person die wollte konnte sich eine Nummer abholen und sie an Menschen in der Bezugsgruppe und Vertrauenspersonen weitergeben. So brauchte es keinen Namen, um klar zu haben, ob zum Beispiel eine Person aus der Bezugsgruppe drinnen ist. Zudem hatten wir einen Bogen für Unterstützung Verhafteter zur Verfügung gestellt, angelehnt an den ABC-Bogen des ABC Rheinland. Dort konnten Menschen anonym Notfallkontakte, Wünsche und Bedürfnisse für den Fall einer Untersuchungshaft oder Haftstrafe hinterlassen. Leider gab es Schwierigkeiten die Infos über die vorhandenen Anti-Rep-Strukturen schnell und rechtzeitig an alle Beteiligten zu verteilen, trotzdem hat sich insgesamt gezeigt, dass diese sehr regelmäßig genutzt wurden und die Struktur als sehr hilfreich und stärkend empfunden wurde. Dabei freut es uns sehr, dass zum einen niemand im Knast gelandet ist und Leute sich diesmal auch wirklich vor Aktionen darauf vorbereitet haben. Denn auch, wenn es hier in der Gegend selten passiert, es ist definitiv besser vorbereitet zu sein. Wir denken auch, dass die erfolgreiche Personalienverweigerung von zwei Menschen durch diese Struktur erst möglich wurde.

### **Was kommt nach der Räumung?**

Nach den Räumungen darf sich darauf eingestellt werden, dass Leute von Cops aus Demos rausgezogen werden und eine nachträgliche Identifizierung jederzeit stattfinden kann. Dies geschah beispielsweise bei einer FFF-Demo, fast ein Jahr nach der Besetzung der Guntramstraße 44. Möglicherweise werden Hausdurchsuchungen gegen bestimmte Personen eingeleitet. In diesem Fall ist es wichtig, sein Zuhause vorher aufzuräumen. Checkt mal Security Culture aus z.B. auf <https://ignite.blackblogs.org/security-culture-handout/>. Meldet euch bei der EA Freiburg- und der Roten Hilfe Sprechstunde, solltet ihr von einem dieser Dinge betroffen sein.

Lasst uns gemeinsam der Repression entgegen treten. Wir wollen als Anti-Rep-Gruppe Squat Freiburg die Betroffenen der Prozesse wegen Häuserkämpfen unterstützen, vernetzen und Infos spreaden. Also schreibt uns eine, am besten verschlüsselte Email, wenn auch ihr von Repression betroffen seid an [squatfreiburg@ungehorsam.ch](mailto:squatfreiburg@ungehorsam.ch), (PGP Key auf der Webseite). Oder ihr kommt zur -Häuserkampf Sprechstunde- am zweiten Mittwoch im Monat um 19:00 in die KTS. Denn Vereinzelung ist das Ziel der Repression und dem müssen wir uns klar entgegenstellen.

## **Repression gegen Hausbesetzungen in Freiburg, der aktuelle Stand**

Derzeit dürften insgesamt über 50 Verfahren wegen Hausbesetzungen in den letzten zwei Jahren laufen. Darüber hinaus jede Menge Verfahren gegen Unbekannt auf Grund der unzähligen Kleingruppenaktionen rund um Häuserkämpfe. Die ersten Prozesse wegen der Besetzung der Guntramstraße 44 im Dezember 2018, bei der acht Personen festgenommen worden waren, waren bereits angesetzt. Der erste Prozess fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und endete mit einer Verurteilung zu Sozialstunden vor dem Jugendgericht. Der zweite Prozess endete mit einer Strafe von 60 Tagessätzen. Bei den Prozessen kündigte ein Staatsanwalt namens Graulich an, auch in Zukunft alle Prozesse zu Hausbesetzungen zu führen (derzeit landen alle Verfahren zu den Hausbesetzungen in Karlsruhe bei der politischen Staatsanwaltschaft). Der Staat bereitet sich also sichtlich auf die vielen kommenden Prozesse vor. Im Januar waren zwei weitere Prozesstermine angesetzt. Allerdings zog der Hauseigentümer den Strafantrag zurück, sodass die Prozesse kurzfristig abgesagt wurden. Derzeit sind drei weitere Strafbefehle im Zuge der Hausbesetzungen bekannt, ansonsten gab es bislang vor allem Vorladungen der Polizei. Nur um es nochmal erwähnt zu haben, natürlich solltet ihr da nicht hingehen. Mit der Polizei zu reden bringt immer nur Nachteile und ihr gefährdet nur Euch und eure Mitstreiter\_innen.

Wie Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die Kleingruppenaktionen vorgehen werden, ist unklar. Aber ein Blick

nach Tübingen gibt einen Vorgeschmack. Dort gab es eine großangelegte Razzia des Hausprojekts Lu15 und einer Privatwohnung, nachdem zwei Personen, angeblich mit einem Farbfeuerlöscher, vor dem Landgericht festgenommen wurden. Die Hausdurchsuchungen fanden direkt am nächsten Tag mit großem Polizeigroßaufgebot statt. Nun versucht die Polizei den beiden unzählige Aktionen der letzten Zeit anzuhängen. Heißt, dass auch wenn bislang die Polizei nicht wirklich Erfolge vermelden konnte und hoffentlich keine brauchbaren Spuren gefunden hat, suchen sie sich gerne einen Sündenbock. Also aufräumen, sich mit euren Freund\*innen über Sicherheitskultur austauschen und sich nicht erwischen lassen!

Solidarische Perspektiven entwickeln, der Repression entgegen treten Wie können wir nun also weiter machen? Nun zum einen ist es sicherlich wichtig die Strategie der Polizei und weiterer Repressionorgane zu analysieren und daraus zu lernen. Dazu soll dieser Text ein Beitrag und Anstoß sein. Zum anderen wollen wir der kommenden Repression nicht nur mit ein bisschen Geld sammeln begegnen, obwohl dies bereits gemacht wird um anstehenden Repressionskosten solidarisch begegnen zu können. Wir wollen aber auch unsere Wut über ihre Repression, unsere Liebe für unseren Widerstand und Zusammenhalt und unsere Solidarität äußern. Dass wir am Ende gestärkt aus ihrem Angriff hervorgehen und die Ordnung der heuchlerischen Green City Freiburg auch weiter kräftig durcheinander bringen!

Anti-Rep Squat Freiburg  
13.02.2020

## **Feind\_innen sind körperliche Wesen**

### **Verteidigung eines Angriffs und ein Beitrag zur Debatte**

Der körperliche Angriff auf Claudia Pech, Projektentwicklerin eines Luxuswohnkomplexes in Leipzig, hatte Kritik ausgelöst. Wir hatten die Aktionserklärung der Täter\_innen im letzten Autonomen Blättchen gelesen und uns schien die Aktion stringent begründet und konsequent durchgeführt. Wir finden die Aktion auch heute noch richtig und – sie war nötig.

Sind es ethische Zweifel, ein sehr abstraktes Politikverständnis oder mittelständische Korruption, die dazu führten, dass manche „radikalen“ Linken in den Entrüstungsturm bürgerlicher und rechter Medien einstimmten? Auch uns stellen sich Fragen. Aber wir fühlen uns solidarisch verbunden mit denjenigen, die die Aktion durchgeführt haben.

#### **Was passiert war:**

Eine Gruppe hatte bei Claudia Pech an der Haustür geklingelt und sie nach dem Öffnen der Tür körperlich angegriffen. Sie wurde dabei nicht ernsthaft verletzt.

Laut Bekennungsschreiben wendet sich die Aktion gegen den Angriff auf einen Stadtteil, der auch ein „Rückzugsort für Menschen (ist), die sich an feministischen und sozialen Kämpfen beteiligen“, der als linker Stadtteil wahrgenommen wird. Projekte wie das von Claudia Pech zu verantwortende „stellen eine Bedrohung für Connewitz als politischen Raum dar.“ Die körperliche Attacke auf eine verantwortliche Person wird als widerständige Antwort auf die Bedrohung durch Gentrifizierung verstanden.

Nach der Aktion wurde in der radikalen Linken an manchem Küchentisch und im Netz darüber gestritten, ob der Angriff auf eine Person richtig und zu rechtfertigen ist. Die Diskussion über den Sinn von Angriffen auf Verantwortliche und Repräsentant\_innen von Herrschaft gibt es in „linken Kreisen“ schon seit etwa 150 Jahren. Wir stellen hier unsere Meinung dazu zur Diskussion, ohne all die alten Debatten hervor zu kramen. Dass Lehrreiches zu finden wäre, bezweifeln wir nicht. Aber wir wollen eine Debatte über aktuelle militante Politik und keine Geschichtsstunde.

Zunächst ist der Angriff auf Personen für uns keine fernliegende politische Praxis. Denn es sind Menschen, die, entweder als Einzelne oder in den Strukturen die sie schaffen und von denen sie Teil sind, anderen das Leben zur Hölle machen. Für uns sind Unterdrückung, Diskriminierung, Vertreibung und Ausbeutung nichts Abstraktes. Die intellektuelle Abstraktion, z. B. als Kapitalismus oder Gentrifizierung, dient dem Verstehen struktureller Entwicklungen – die von Menschen erdacht und umgesetzt werden. Die Abstraktion selbst ist aber kein handelndes Subjekt. Der Kapitalismus z.B. tut nichts. Er ist nur ein abstraktes Gedankengebäude zum Verstehen einer ökonomischen Struktur und ihrer Bedingtheiten. Gentrifizierung kann man nicht überzeugen, anders zu handeln. Auch sie ist nur die systematische Beschreibung einer spezifischen städtischen Entwicklung. Menschen müssen anders handeln, damit sich etwas ändert. Wenn sie sich aber nicht so einfach überreden lassen, weil sie andere Interessen haben als „wir“, dann entsteht ein Konflikt, in dem Gegengewalt eine sinnvolle Rolle spielen kann. In der Regel üben wir dabei Gewalt gegen Dinge aus. Die körperliche Unversehrtheit eines Menschen ist ein hohes Gut – aber sie ist für uns kein Dogma.

Welche anarchistische Revolutionär\_in hätte je etwas dagegen gehabt, dem Kaiser den Kopf abzuschlagen? ...dem üblen Fabrikbesitzer eins auf die Rübe zu geben? ...den Führer in Stücke zu sprengen? ... dem Nazi aus dem Stadtteil so in die Fresse zu schlagen, dass er nur noch um die Ecken schleicht? ...dem Vergewaltiger die Eier platt zu treten? ...den Bullen ins Stolpern zu bringen? Sie alle repräsentieren unterdrückerische Strukturen. Ist der Kaiser aber Opfer der Monarchie? Der Fabrikbesitzer nur ein Rädchen in der Maschinerie des Kapitalismus? Der Vergewaltiger auch nur Teil patriarchaler Verhältnisse, wie wir alle? Der Nazi Opfer von Allem? Nein, sie alle halten mit ihrer Funktion und ihrem Verhalten diejenigen Verhältnisse aufrecht, die sie repräsentieren. Es scheint uns wichtig, dass die Verantwortung für Verhältnisse jedoch nicht nur bei ihren Repräsentant\_innen liegt, sondern auch bei denjenigen, die innerhalb der Verhältnisse und Strukturen handelnde Personen sind (z.B. Claudia Pech). Je offensichtlicher das Gewaltverhältnis ist, das sie ausüben, desto akzeptierter scheint es, sie auch persönlich anzugreifen. Aber nicht alle Verantwortliche und Repräsentant\_innen stehen in der Öffentlichkeit oder sind durch ihr Handeln als Gegner\_innen leicht zu erkennen. Die Projektentwicklerin eines Luxuswohnkomplexes ist in anderem Maße verantwortlich für die beschissene Entwicklung eines Stadtteils, als die politisch Verantwortlichen und die lokalen Beamt\_innen, die die Bebauungspläne verabschieden. Und doch weist der Angriff auf Pech darauf hin, dass sich die handelnde Person als Einzelne, als Individuum, auch entscheiden kann, auf welcher Seite sie steht und welches Leben sie anderen zumuten gedenkt. Die Gewalt, die zum Beispiel Claudia Pech ausübt, ist versteckt. Sie sitzt vielleicht als graues Mäuschen in ihrem Büro und erteilt im Auftrag ihres Chefs Anweisungen an die Projektbeteiligten. Sie ist die Leiterin des Projektes. Ist sie nicht verantwortlich für ihr Tun? Ist sie nicht verantwortlich für das Gewaltverhältnis, das sie

denjenigen gegenüber herstellt, die wegen ihres Handelns bald keinen Wohnraum im Stadtteil mehr finden werden?

Die Gewalt die sie ausübt kommt versteckt daher. Das heißt aber nicht, dass die Gegengewalt auch versteckt daher kommen muss! Im Gegenteil. In der offenen, kompromisslosen Gegengewalt erscheint das Moment der Ermächtigung derjenigen, die Opfer der Verhältnisse sind. Diese Ermächtigung wird im Moment der offenen Konfrontation öffentlich wahrnehmbar. Die offene Gegengewalt hebt die Kritik an der Entwicklung des Stadtteils aus der Sphäre des Strukturellen auf die Ebene des politischen Angriffs – so wird die Kritik am Handeln einzelner Akteur\_innen politisiert.

Der/die Einzelne als Verantwortliche im Gesamtsystem darf sich nicht hinter einer Struktur oder hinter dem Systemischen verstecken dürfen. Je totalitärer ein System ist, desto dringlicher wird das. Niemand ist dann mehr nur das Rädchen im System. Alle die im Sinne des Systems handeln sind dann wenigstens Unterstützer\_innen desselben. Sie sind verantwortlich für ihr Handeln – und sie sind verantwortlich zu machen für ihr Handeln. Daran haben wir keinen Zweifel. Die totalitäre Durchdringung aller gesellschaftlichen Organisation, ja allen Lebens, durch die kapitalistischen, die patriarchalen und die rassistischen Verhältnisse wirft das Licht der Verantwortung für das eigene Tun zurück auf jede einzelne Person. Auch ist niemand in Zeiten der ökologischen Katastrophe nur ein Rädchen der systematischen Vernichtungsdynamik, oder angesichts der digitalen Zurichtung nur ein User. Die Verhältnisse zu entpersonalisieren bedeutet, sie unveränderbar zu machen.

Greifen wir deswegen wahllos Menschen an? Nein. Wir wissen genau um die konkrete Verantwortung jeder angegriffenen Person. Dabei wäre es unserer Meinung nach falsch, den Angriff auf eine Person als Strafe oder Rache zu begreifen. Strafe und Rache sind für uns keine emanzipatorischen Kategorien. Es geht immer um eine konkrete Maßnahme, um den Versuch, ein konkretes Verhalten zu stoppen. Dabei kann die Einzelne auch Repräsentantin sein, wenn es darum geht, das Verhalten einer Gruppe anzugreifen. Der körperliche Angriff ist dann beides: Angriff auf die Person als verantwortlich handelnde und Angriff auf die Person als Repräsentantin einer Politik.

Früher sagte man: „Einen bestrafen, hunderte erziehen“, oder so ähnlich. Wir teilen nicht die Idee des Strafens. Aber faktisch versucht man durch den Angriff auf eine Person, das Handeln dieser, wie auch das Handeln Anderer, zu verändern.

Die ethischen Fragen des Angriffs sind dabei nicht zu trennen von den ethischen Fragen, die das Handeln der angegriffenen Person betreffen – dieses Verhältnis ist maßgeblich. Ich kann dem ausführenden Handlanger nicht genauso entgegenreten, wie dem großen Boss. Oder mehr aus der Praxis: den kleinen Dorf-Nazi kann ich dadurch daran hindern, andere anzugreifen, dass ich ihn

durch körperliche Gegengewalt einschüchtere und ihm den Handlungsraum einenge. Den Nazi-Boss, der tödliche Attacken auf Geflüchtete organisiert und anführt, müsste ich hingegen dauerhaft handlungs- und politikunfähig machen. Das ist nicht großspurig gemeint. Es soll nur deutlich machen, dass der Angriff auf die körperliche Unversehrtheit verhältnismäßig sein sollte.

Es sollte auch die klare Einschätzung bestehen, dass sich durch einen körperlichen Angriff das Verhalten einer Person, oder, so sie repräsentativ ausgewählt wurde, einer Gruppe, ändern könnte. Ansonsten bliebe blanke Gewalttätigkeit, die Rache, die Strafe. Das fänden wir falsch. Wir müssen uns immer fragen, was die Tat bringen kann. Nur dann können wir erkennen, ob der körperliche Angriff das richtige Mittel ist.

In Falle des Angriffs auf Claudia Pech hätte vielleicht auch das Verwüsten der Wohnräume gereicht, hätte dieses doch für Alle sichtbar in einem direkten Verhältnis zur der Wohnraumzerstörung gestanden, die ihr Handeln auslöst. Allerdings führt ihr Handeln auch zur geistigen und körperlichen Zermürbung vieler armer Leute im Stadtteil. Wie viele verzweifeln? Wie viele bringen sich um? Das sind üble körperliche Auswirkungen von Pechs Handeln. Ihr mit einem körperlichen Angriff zu begegnen ist also nicht an den Haaren herbeigezogen. Es kann sein, dass die angreifende Gruppe eine andere Legitimation für sich in Anspruch genommen hat. Das wissen wir nicht.

Natürlich stellen sich uns ethische Fragen. Jemandem körperlichen Schaden zuzufügen, ist deswegen ein Problem, weil wir selbst keine Verhältnisse anstreben, in denen Menschen durch andere geschädigt werden. Andererseits: wie stellen wir uns vor, dass wir uns gegen Gentrifizierung wehren können? Der wichtigste Ansatzpunkt ist für uns, die widerständige Selbstorganisation derjenigen zu stärken, die von ihr negativ betroffen sind und eigenständige solidarische Strukturen aufzubauen. Aber wir begreifen Gentrifizierung nicht nur als „normale“ kapitalistische Entwicklung, sondern auch als ein Herrschaftsprojekt. Dagegen müssen wir uns wehren und die Ansätze solidarischer emanzipatorischer Entwicklungen schützen. Das Abfackeln von Kränen und Baggern ist eine Möglichkeit, einen Stadtteil für Investor\_innen unattraktiv zu machen. Eine andere Möglichkeit ist es, ihnen als handelnde Konsequenzen anzudrohen oder sie diese spüren zu lassen. Der menschliche Körper ist für uns dabei nichts Unantastbares, Heiliges. Unsere Gegner\_innen tun anderen Menschen etwas an. Sie tun das nicht als intellektuelle Geister, sondern als körperliche Wesen. Sich mit einem Angriff auf die Körperlichkeit, also auf die Handlungsfähigkeit von Menschen wehren, ist deswegen grundsätzlich nicht abwegig, sondern naheliegend.

Im Rahmen der Auseinandersetzung über den Angriff auf Pech gab es Kritik daran, dass eine Frau geschlagen worden ist, weil Frauen ohnehin ständig männlicher Gewalt ausgesetzt seien.

Zunächst wissen wir nicht, ob die angreifende Gruppe aus Männern, Frauen, Queers etc. bestand. Kritisiert wird der Angriff auf den weiblichen Körper im patriarchalen Kontext. Aber der weibliche Körper ist nicht in jeder Hinsicht nur Opfer. Er kann auch der handelnde Körper eine politischen Gegnerin sein, die wir bekämpfen. Ist der Angriff auf diesen in einem nicht patriarchalen oder sexistisch konotierten Kontext per se falsch? Wir denken nicht. Dass die Vorstellung einer verummten Männergruppe, die eine Frau angreift mit Bildern sexualisierter Gewalt geradezu überfrachtet ist, ist uns klar. Aber was bedeutet das? Wie darf man Frauen angreifen? Wie Männer? Wie welche Frauen, welche Männer, welche Lesben? Wie darf man Trans-Personen oder Schwule angreifen? Inwiefern ist die alltägliche Gewalterfahrung von Menschen maßgeblich dafür, ob sie auch aus einem revolutionärem Kontext heraus angegriffen werden können? Inwieweit ist ihr eigenes Handeln maßgeblich? Darf man z.B. Alice Weidel in die Fresse hauen, obwohl sie eine lesbische Frau ist? Ist nicht wichtiger, dass sie gefordert hat, Flüchtende an den Grenzen abzuknallen? Wir haben keine endgültige Position zu diesen Fragen. Wir denken aber, dass es zu einfach ist, den Angriff auf Pech zu verurteilen, allein weil es einen weiblichen Körper getroffen hat.

Wir fragen uns, ob die Ablehnung des Angreifens von Körpern im linksradikalen Kontext nicht bereits die starke Verinnerlichung des staatlichen Gewaltmonopols bedeutet. Dabei ist die bürgerliche Gesellschaft schon immer durch und durch gewalttätig gewesen. Zu guter Letzt hat sie sich durch die französische Revolution etablieren können. Die Unversehrtheit des Körpers spielte dabei keine so große Rolle, wie man weiß. Die Propagandalüge von der körperlichen Unantastbarkeit dient heute nurmehr dem Aufrechterhalten des status quo – ebenso wie der idiotische bürgerliche Diskurs über „Hass und Gewalt“.

Dabei blieben die Körper der Arbeiter\_innen nie unversehrt. Die Körper der Armen blieben nie unversehrt. Die Körper der Verfolgten blieben nie unversehrt. Die Körper der Eingekerkerten blieben nie unversehrt.

Wir plädieren nicht dafür, mehr Menschen direkt anzugreifen. Wir plädieren dafür, den menschlichen Körper nicht heilig zu sprechen, den Menschen als handelndes fleischliches Wesen ernst zu nehmen und die Verantwortung für das eigene Handeln nicht leichtfertig auf die Strukturen in denen wir leben zu schieben. Es ist eine sehr deutsche Weltsicht und gleichwohl Folge antideutscher Diskurse, den handelnden Menschen nur als Funktion einer gesellschaftlichen Struktur zu sehen. So entheben wir nicht nur Arschlöcher ihrer Verantwortung für ihr Handeln, sondern machen Widerstand gegen die Verhältnisse unmöglich. Allein durch Strukturkritik entsteht keine bessere Welt.

Wir ziehen in unserem politischen Kampf die Aktionen gegen Gegenstände vor – aber Gewalt gegen Menschen kann in unseren Kämpfen kein Tabu sein. Erstrecht angesichts der wachsenden Gewalt durch Nazis. Die Gewalt

die wir ausüben setzt nicht auf die Eskalation oder Militarisation der Verhältnisse, sondern ist Gegengewalt. Sie ist ein Sich-Wehren gegen die Gewalt, die uns aufgedrückt wird, die uns bedrängt. Sie schafft uns im besten Fall Handlungsspielräume. So haben wir die Aktion gegen Claudia Pech verstanden. Im Wissen um die Folgen eines weiteren Luxuswohnhauses wurde der Versuch unternommen, mit dem Angriff auf eine Verantwortliche das Projekt in die Knie zu zwingen. Wenn das noch nicht gelungen sein sollte (wir wissen es nicht), muss dringend noch mehr passieren. Gegen Kräne und Bagger, gegen Projektleiter\_innen, gegen die grauen Mäuse in den Verwaltungen, gegen die Bullen, die die Verdrängungspolitik

gewaltsam durchsetzen. Das erübrigt nicht den ständigen Aufbau solidarisch kämpferischer Strukturen im Stadtteil. Dieser ist für uns die andere Seite der Medaille.

Diese Haltung gilt für uns nicht nur in Bezug auf den Kampf gegen Gentrifizierung. Sie gilt auch für unser Handeln gegen Nazis und Autoritäten, im Handeln gegen Rassismus, Sexismus und im Kampf gegen die ökologische Zerstörung.

Für eine andere Stadt, für ein herrschaftsfreies Leben.

Anarchist\_innen von Nebenan

## Wir hielten unser Wort

### Warum wir Bullen angreifen und wie es weiter geht nach der Linksuntendemo

Als Beitrag zur aktuellen Debatte folgen einige Überlegungen zur politischen Einordnung der Ereignisse der letzten Wochen rund um Connewitz und das Linksuntenverbot. Gleichzeitig rufen wir bei einem Verbot von [de.indymedia.org](http://de.indymedia.org) zu bundesweiten Aktionen auf.

#### DER KONTROLLVERLUST - SILVESTER

Die Öffentlichkeitsarbeit der Bullen und weite Teile der Politik im Nachgang zu Silvester hatten offensichtlich einen bestimmten Zweck: Ziel war, die Bullen als Opfer schrecklicher Gewalt seitens der Autonomen darzustellen und dadurch ein härteres Durchgreifen gegen linke Strukturen und linke Praxis politisch zu rechtfertigen. Dies geschah vermutlich insbesondere mit Blick auf die anstehende Demo anlässlich des Verbotsverfahrens gegen [linksunten.indymedia.org](http://linksunten.indymedia.org). Man forderte öffentlich den starken Staat und redete mal wieder eine „neue Qualität der Gewalt“ herbei, um dann am 25.01.2020 die Zähne zeigen zu können. (1)

Dummerweise ging diese Strategie ein wenig nach hinten los. Während noch in den ersten Tagen der herbei phantasierte Mord nach Silvester in der gesamten Bundesrepublik die Schlagzeilen dominierte und sich PolitikerInnen und JournalistInnen über das neue Problem linksextremer Gewalt in Connewitz empörten, wendete sich kurz darauf das Blatt. Die öffentliche Meinung wurde zunehmend von Berichten über Polizeigewalt, Lügen und Falschdarstellungen seitens der Bullen sowie einen privat auf Twitter ausrastenden Pressesprecher geprägt. Es zeigte sich: Das Bild, das die Leipziger Polizei versucht hatte von Silvester am Kreuz zu zeichnen hatte nicht viel mit der Realität zu tun.

Wir glauben weder an „rechtsstaatliche Standards“ noch an ein „korrektes Presseverhalten“ der Bullen. Wir wissen, dass sie lügen, wann immer es ihnen passt, und dass ihnen die Wahrheit so egal ist wie die Gesundheit von Menschen. Die Polizei ist ein politischer Akteur, der

immer versucht bestimmte Interessen durchzusetzen, mit dem jeder Dialog zwecklos ist und der meist nur so weit zurückweicht, wie wir ihn dazu zwingen können. Deshalb sind natürlich auch Forderungen an die Bullen sinnlos, genauso wie das Anzeigen ihrer Gewaltausbrüche. Dass das so gut wie allen Leuten bewusst ist, ist daran zu sehen, wie viele Menschen sich auf den Zeugenaufwurf der Cops gemeldet haben: Niemand. Dass die Bullen sagen, man solle Fälle von Polizeigewalt doch bitte anzeigen, dann würden diese aufgeklärt, zeugt wenigstens von einem gewissen Sinn für Humor. Dass zeitgleich viele sich als links verstehende Personen auf den Propagandazug des Staates mit aufgesprungen sind und die „Gewalt gegen Polizisten“ als ablehnenswert darstellten, war zu erwarten. Die Distanzierung unter Linken ist so alt wie der Wunsch nach einer Zuspitzung des Konflikts selbst.

Wir teilen auch nicht das Narrativ, dass die Gewalt an Silvester ausschließlich von den Bullen ausging. Gerade um uns von den staatlichen Lügen abzuheben, ist es wichtig, dass wir bei der Wahrheit bleiben. Warum auch nicht? Wir haben nichts zu verbergen, es ist nichts Schlechtes daran, die Bullen mit Steinen zu bewerfen und vielen Leuten ist das auch bewusst.

#### ESKALATION MIT ANSAGE DIE LINKSUNTENDEMO

Wie gesagt, ging die polizeiliche Medienstrategie etwas nach hinten los und am Ende war allen klar: Die spinnen, die Bullen. Deshalb mussten sie sich für den Tag (((i))) etwas überlegen, um ihr politisches Image wieder ein wenig aufzubessern. In der Chefetage wurde sich deshalb für eine „deeskalative“ Polizeitaktik entschieden inklusive deeskalativer Öffentlichkeitsarbeit, nachdem die beiden allseits bekannten Pressesprecher Andreas Loepki und Udo Voigt abgeschossen wurden. Es sollte gezeigt werden, dass die Eskalation von uns Autonomen ausgeht und nicht von den Bullen.

Für uns bringt das eine neue Situation mit sich, die wir so nicht gewohnt sind: Uns wird eine weitgehend bullenfreie Demo zugestanden, die Cops halten sich mit Angriffen zurück und Vergehen werden nicht geahndet. Das bedeutete für uns, dass wir das Ziel, der Demonstration einen kämpferischen und selbstbestimmten Ausdruck zu verleihen, der dem Anlass angemessen ist, erreichen konnten. Wir freuen uns auch über das zahlreiche Erscheinen und die wahrnehmbare Wut und Entschlossenheit der Anwesenden. Dass die Bullen mehrfach mittels Anwendung unmittelbaren Zwanges der Demo verwiesen werden konnten, ist ebenfalls schön. Es war seit längerem der erste erfolgreichere Versuch einer militanten Demonstration in Leipzig und auch die bis dato konfrontativste in der Bundesrepublik seit G20 in Hamburg. Vorgegangen war der Versuch eine militante Kampagne anzustoßen um dem Thema linksunten mehr Raum zu geben und gleichzeitig eine mobilisierende Wirkung zu erreichen. Das Thema entfaltete aber bundesweit keine größere Relevanz, trotz einer Fokussierung militanter Intervention und Kritik aus dem Leipziger Raum. Die militante Kampagne wurde kaum aufgegriffen, dennoch schien Leipzig generell eine stärkere Mobilisierungskraft im militanten Spektrum zu haben.

Was wir als einen Punkt betrachten, der der Diskussion und Selbstkritik würdig ist, ist die Tatsache, dass unsere Mobilisierung und Auseinandersetzung mal wieder nicht über Szenekreise hinausreichte. Linke Politgruppen und Organisationen schlossen sich der Kampagne kaum bis gar nicht an, zivilgesellschaftliche Akteure wurden so gut wie nicht erreicht. Das ist schade vor dem Hintergrund, dass Verbote freier Medien sehr viele Menschen betreffen sollten und nicht nur eine kleine linksradikale Minderheit. Wir müssen allerdings zugeben, dass die Mobilisierung von Anfang an auch nicht wirklich darauf ausgelegt war, breite gesellschaftliche Gruppen zu erreichen, sondern eher szeneeintern blieb. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Isolation und der immer bedrohlicher werdenden Faschisierung von Staat und Teilen der Gesellschaft sollte uns dies jedoch nachdenklich stimmen.

Dennoch blieb die befürchtete Konsequenz einer kleinen und wenig kämpferischen Demonstration aus. Trotz der ca. 2000 Menschen die sich auf die Straße bewegten und der vielen zum Angriff Motivierten unter ihnen, waren wir aber zu wenige, um dem martialischen Bullenaufgebot etwas entgegenzusetzen. So ist es auch verständlich, dass die Angst viele dazu veranlasste die Demo während der Konfrontationen zu verlassen. Die Demo wurde schlussendlich gespalten und die Zahl der Teilnehmer\*innen deutlich minimiert. Die Bullen hatten die Demo schnell unter ihrer Kontrolle und vermieden weitere Eskalationen indem sie auf einen Kessel und Festnahmen verzichteten.

Somit erreichten die Bullen eines ihrer Ziele, abseits ihrer Reinwaschung in der öffentlichen Meinungsbildung. Nämlich einen Kontrollverlust zu verhindern, mit dem Nachteil aber selber nicht offensiv agieren zu können. Sie mussten in Kauf nehmen, dass sie angegriffen wur-

den und die Angreifenden nicht verfolgen konnten. Dass sie diese Strategie verfolgten ist nicht nur ausschließlich der wütenden Mobilisierung und Silvester zu verdanken. Letztendlich war die Linksuntendemo eine Zuspitzung verschiedener autonomer Mobilisierungen in Leipzig, in der wir uns in der Konfrontation mit den Bullen üben konnten. Den Auftakt dessen bildete die linksunten Solidaritätsdemo im Sommer und erstreckte sich über die drei Kiezdemonstrationen, die in der zahlen- und ausdrucksstarken 13.12.-Demo endete. Angefangen mit kleinen Regelbrüchen mit Pyro, erweiterte sich die Konfliktbereitschaft durch Vermummung, Gefangenenbefreiung, bis hin zu Angriffen auf die Bullen. Das Konfrontationslevel war gestiegen und gipfelte an Silvester in einer Situation, in der die Bullen eine Stunde brauchten um die normale Ordnung wieder herzustellen. Das Bedrohungsszenario einer Out-of-Control Situation wurde real geschaffen und zwang die Bullen zur Zurückhaltung. Wir konnten nun oft beobachten, dass die Bullen diesem Bedrohungsszenario mit einer deeskalativen Strategie begegneten und auch Erfolg damit hatten. Oft wurde der Raum nicht genutzt, der uns gegeben wurde und eine Eskalation so auch von uns selbst verhindert. Als Beispiele möchten wir die Black-Triangle Demo, die Bullen-Kongressdemo und die 13.12. Demo nennen. Darin sehen wir eine Motivation weiter an einer konfrontativen Strategie in unseren Kämpfen festzuhalten, und an selbstbestimmten Demonstrationen und einer Herbeiführung einer Out-of-Control Situation zu arbeiten.

Zunächst scheint all dies also ein Erfolg zu sein. Nicht ausschließlich ein Erfolg der militanten antistaatlichen Angriffe und Mobilisierungen der letzten Monate - wir machen uns nicht die Illusion, dass die Schweine so große „Angst“ vor uns haben - sondern auch ein Erfolg der Gegenöffentlichkeit, die nach Silvester geschaffen wurde, und ein Erfolg des solidarischen Verhaltens vieler Menschen. Wir hüten uns jedoch davor, das Verhalten der Bullen als Zeichen der Schwäche zu werten. Dahinter steht vielmehr die strategische Entscheidung, die Auseinandersetzung auf eine andere Weise zu führen. Weniger mit Knüppel und Pfefferspray und mehr mit den Mitteln der Propaganda und der Selbstdarstellung. Es wurde sich bewusst dazu entschieden, ein mediales Bild zu zeichnen, in dem die Bullen als die friedlichen und deeskalativen Hüter der Ordnung erscheinen, die niemandem etwas Böses wollen, und die Autonomen als hasserfüllte Hooligans, die ohne jegliche Gründe Gewalt gegen alles und jeden anwenden. (2)

Vor diesem Hintergrund werden nun zunehmend Stimmen aus dem linken Spektrum laut, die ebenfalls die Gewalt gegen Bullen auf der Linksuntendemo verurteilen. Mal wieder überbieten sich VertreterInnen von Parteien und anderen Organisationen gegenseitig in Distanzierungen und Entsolidarisierungen. Besonders dominant ist dabei das Narrativ: „Die Polizei hat doch überhaupt nichts gemacht, sie war so deeskalativ und freundlich, und trotzdem wurde sie angegriffen. Das finde ich nicht gut.“ Wir wollen dazu ein paar Worte sagen.

## **GUTE BULLEN, BÖSE BULLEN**

Es gilt in linken Kreisen allgemein die Ansicht, dass es legitim und richtig ist, sich gegen Angriffe der Bullen zu verteidigen. Was ebenfalls die meisten verstehen, ist dass es legitim und richtig ist, die Bullen anzugreifen, wenn diese sich unmittelbar vorher unpassend verhalten haben, bspw. Leute verprügelt oder misshandelt haben. Woran sich nun die Geister scheiden, ist die Frage, ob es auch dann in Ordnung ist, Bullen anzugreifen, wenn diese konkret an diesem Tag noch gar nicht so negativ aufgefallen sind, weil sie bspw. einer „deeskalativen“ Einsatztaktik folgen.

Dabei scheinen einige derer, die sich zu Wort melden, nicht über das beste Gedächtnis zu verfügen. Wenige Tage vor der Linksuntdemo wurde die Antifaschistin Maria in ihrer Wohnung von Berliner Bullen exekutiert. An Silvester haben die Leipziger Bullen massenweise Leute krankenhaushausreif geschlagen. In den letzten Monaten häuften sich die Berichte von gewalttätigen Übergriffen im Connewitz seitens der Bullen, von rassistischen Kontrollen, Schikanen, Beleidigungen und Entführungen. In den Zeitungen reiht sich ein Naziskandal bei der sächsischen Polizei an den anderen. All die Bullenmorde der letzten Jahre, all die „Suizide“ in deutschen Gefängnissen, all die Abschiebungen in Kriegsgebiete, die die deutsche Polizei durchführt, all die Misshandlungen und Übergriffe, all die Erniedrigungen und Beleidigungen, die jede und jeder von uns schon erlebt hat, die Leichensäcke und der Ätzkalk, die Todeslisten und dazu die neuen Polizeigesetze - wie kann man all dies so schnell vergessen? Wie kann man angesichts dieser gesellschaftlichen Zustände ernsthaft behaupten, es sei verwerflich eine immer offener faschistisch auftretende Staatsgewalt anzugreifen?

Wir wollen uns entschieden gegen die Lügnerzählungen von guten Bullen und bösen Bullen aussprechen. Bullenschwein ist Bullenschwein, da die Struktur dahinter dieselbe bleibt und für uns ausschlaggebend ist. Wer sich dazu entscheidet, dieser Organisation beizutreten und die menschenverachtende kapitalistische Ordnung zu schützen, der trifft eine politische Entscheidung und muss auch mit den Konsequenzen dieser Entscheidung leben. All die, die jetzt meinen sich distanzieren zu müssen von linken Chaoten und moralische Urteile zu fällen über militante Demonstrationen, die sollten sich nochmal in Ruhe überlegen, ob es gerade der richtige Zeitpunkt ist, sich von linker Praxis zu distanzieren und sich auf die Seite der Bullen zu stellen.

## **BULLEN ANGREIFEN WARUM ODER WARUM NICHT?**

Doch weg von der Legitimität, hin zur politischen Strategie: Was ebenfalls viel diskutiert wird, ist die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Angriffen auf die Bullen.

Wir sind der Überzeugung, dass eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem bürgerlichen Staat unverzichtbar ist, wenn wir es mit der sozialen Revolution ernst meinen. Linksunten.indymedia.org war ein Medium der antikapitalistischen, revolutionären Linken in Deutschland. Sein Verbot war ein Angriff auf verschiedenste soziale Kämpfe und auf unser aller Interessen. Ein solcher Angriff kann nicht friedlich verhandelt werden. Es gibt darüber nichts mit dem Staat zu diskutieren. Es ist deshalb ein wichtiges politisches Zeichen gewesen, die Bullen trotz ihrer Zurückhaltung anzugreifen. Damit legen wir die Konfliktlinien fest, an welchen entlang wir uns zukünftig bewegen wollen.

Wir glauben, dass es existenziell ist, dass soziale Kämpfe auch auf eine militante Art und Weise geführt werden. Die Bahnen der Legalität sind der Versuch, die Bevölkerung ihrer Fähigkeit zu berauben, zu handeln, Druck auszuüben und gesellschaftliche Veränderungen hervorzurufen. Das Recht sich zu erheben und sich gegen die Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen wird dadurch stark eingeschränkt. Eine komplett friedliche Masse wird wenig bewirken bis gar nichts, weil sie keinerlei Gefahr für einen Staat darstellt und deshalb auch keine Aufmerksamkeit bekommt. Eine komplett militante Masse wiederum wird schnell durch militärische und repressive Einwirkung zerschlagen werden. Erst die Synthese macht die gefährliche Mischung aus, die alle Staaten dieser Welt fürchten. Deswegen ist diesen Staaten auch der ideologische Kampf um die Deutungshoheit über gute und schlechte Gewalt so wichtig. Der Staat wird neben Repression immer auf Vereinnahmung setzen, wird gleichzeitig versuchen, linke Kräfte voneinander zu spalten und zu isolieren. Die von den bürgerlichen Medien geführte „Gewaltdebatte“ ist ein Beitrag dazu. Traurigerweise lassen sich viele Linke auf genau diesen Diskurs ein und akzeptieren die Vorannahmen der Polizei und der bürgerlichen Presse. Diese Linken tragen dazu bei, militantes Agieren zu entpolitisieren - Stichwort Hooliganismus, Gewaltfetisch, etc. Sie hilft dabei mit, die Bevölkerung vergessen zu lassen, dass es ihr gutes Recht ist, sich auch mit Gewalt gegen die Ungerechtigkeiten des Staates und der Unternehmen zu wehren.

Anhand sozialer Bewegungen der letzten Jahre überall auf der Welt - Griechenland, Ägypten, Frankreich, Hong Kong, Chile, etc. - kann man erkennen, wie wichtig es ist, den Staat und seine Diener, neben Symbolen und Infrastruktur des Kapitals, anzugreifen. Oft geschieht dies aus reiner Selbstverteidigung; denn ein Staat, der um seine Macht fürchtet, wird alle ihm verfügbaren repressiven Mittel auf der Straße auffahren und dabei auch Tote in Kauf nehmen. Dies bezeugen die Bilder und Berichte der Gewalt seitens der Polizei- und Militärkräfte, die sich den zahlreicher werdenden Aufständen auf der ganzen Welt entgegenstellen. Oft werden Bullen auch angegriffen, um als Bewegung selbstverwaltete Freiräume zu erstreiten, die frei von staatlicher Kontrolle sind und in die sich prügelnde Faschisten mit und ohne Uniform nicht hineintrauen. Diese Freiräume können sich auf unterschiedliche Weisen formen und ausdrücken: Massenansammlungen,

Demonstrationen, Platz-, Fabrik- und Hausbesetzungen, rebellische Viertel und Quartiere. Sie sind existentiell für die Selbstorganisation der Bevölkerung, die die Umwälzung der Verhältnisse zum Ziel hat. In ihnen können neue Formen erprobt werden, wie man diskutiert, streitet, kämpft, sich organisiert und kennenlernt. Die Synthese eines von staatlicher Kontrolle befreiten Raumes mit den kämpfenden Kollektiven und Individuen, die darin wohnen, und der Selbstorganisation des Lebens birgt die Möglichkeit sich von der kapitalistischen Ausbeutungslogik zu befreien und den Staat zu zersetzen. Aus dieser Verbindung können sich neue revolutionäre Keimzellen bilden, aus denen befreiende Gesellschaftsmodelle entstehen können. Rojava, Chiapas, Exarchia, die Gemeindeversammlungen der Gelbwesten und der chilenischen Bevölkerung sind solche Versuche.

Auch in Connewitz verfolgen wir ein ähnliches Konzept. Es ist der Versuch einen Raum zu gestalten, in den die Bullen sich nicht hinein trauen. Oder es zumindest schwerer haben sich dort ungefährdet zu bewegen, weil ein großer Teil der BewohnerInnen ihnen feindlich gesinnt ist. Sie sollen keine ruhige Minute im Viertel haben, weil sie sich der ständigen Gefahr angegriffen zu werden bewusst sind. Dort wo die Staatsmacht herausgefordert wird, zeigt sich ihr wahres Gesicht. Das ist nicht immer angenehm und kann zu Gewaltexzessen der Bullen führen, wie wir sie in den letzten Jahren häufig erlebt haben. Doch nichts ist gefährlicher als eine friedliche Koexistenz, ein Sich-Einrichten in den herrschenden Verhältnissen, wie es weite Teile der linken Subkultur praktizieren. Dies führt zu einer Aufgabe der sozialen und antifaschistischen Kämpfe und notwendig zu einer Rückentwicklung.

Wäre ein befreiter Raum erreicht, wird auch der Kampf gegen die Immobilienhaie leichter sein, da ihre Baustellen ungeschützt wären. Es gäbe den Raum für Besetzungen, Selbstverwaltung und -organisation, aus denen neue kämpfende Kollektive entstehen können, bereit die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Doch soweit sind wir natürlich noch lange nicht. Auf dem Weg dahin ist aber jeder Angriff auf die Bullen ein Schritt nach vorne.

Somit sehen wir einige gute Gründe die Bullen anzugreifen. Im Folgendem möchten wir diese nochmal zusammenfassen:

- Wahrung einer legitimen Widerstandsform im kollektiven Gedächtnis
- Das Gewaltmonopol des Staates wird mit jedem Angriff in Frage gestellt
- Die Erkämpfung bzw. Verteidigung eines definierten Gebietes, in dem Widerstand und Selbstorganisation gedeihen können
- Verbreitung von antistaatlicher Propaganda; es gibt sehr viele Menschen, die die Bullen genauso wenig mögen wie wir

- Solidarische Angriffe als Reaktionen - z.B. nach Abschiebungen, Räumungen, Verhaftungen, Verboten, Schikanierungen, Gewaltausbrüchen, Morden, etc.

## **DIE GESELLSCHAFT DES SPEKTAKELS ANGRIFFE AUF JOURNALISTINNEN**

Auf der Linksuntendemo wurden Berichten zufolge mehrere JournalistInnen am Filmen gehindert, auch teils handgreiflich. Eigentlich bedürfte es einer eigenen Debatte, wie wir damit umgehen können, dass heutzutage die Gesellschaft des Spektakels von jedem und allem Bilder und Videos aufzeichnen will. Dazu gehört nicht nur die Presse, sondern auch Hobby-FilmerInnen und Demonstrierende selbst. Wir befinden uns bei diesem Thema im Widerspruch mit uns selbst. Natürlich will man sich selbst schützen, aber tausende Momentaufnahmen sind wie tausende Blickwinkel mit einem individuellen Wahrheitsgehalt. Sie können Polizeigewalt dokumentieren oder verhindern, widerständige Momente festhalten und Bilder verbreiten, die für sich und für uns sprechen. In Momenten des Aufstands bilden sie ein Pendant zur staatlich-kapitalistischen Propagandamaschinerie. Diese Bilder gehen um die Welt und bestärken auch uns. Smartphones sind kaum mehr von Protestbewegungen und Aufständen weg zu denken. Wie denn auch, wenn viele gerade auch in den sozialen Medien entstehen und organisiert werden? Andererseits setzt auch die Strafverfolgung in Deutschland auf genau diese Aufnahmen. Nach Events wie G20 wird öffentlich dazu aufgerufen, man möge alle Aufnahmen, die man von dem Event hat, an sie schicken. Die Verfolgungsbehörden scheinen nicht davor zurück zu schrecken gigantische Mengen an Videomaterial auszuwerten. Hunderte Öffentlichkeitsbilder nach Hamburg sind Beweise dafür.

Wir müssen also als Bewegung Wege finden, mit der Präsenz von MedienvertreterInnen auf unseren Demonstrationen umzugehen. Es ist kein Widerspruch für Pressefreiheit zu kämpfen und gleichzeitig nicht gefilmt werden zu wollen. Natürlich ist es nicht hinzunehmen, wenn Porträtaufnahmen von Einzelpersonen aus kurzer Distanz unter der Verwendung von Scheinwerfern gefertigt werden. Erstens, weil diese der Strafverfolgung dienen und Repression nach sich ziehen können. Zweitens, weil diese keinerlei Informationsgehalt transportieren, sondern lediglich das Verhalten von Einzelpersonen kontextlos skandalisieren sollen. Drittens, weil wir wissen, dass auch immer wieder Nazis auf unseren Demos unterwegs sind, um heimlich Aufnahmen zu fertigen, so auch auf der Linksuntendemo. Solche „Nahaufnahmen“ zu unterbinden ist deshalb eine legitime und notwendige Selbstschutzmaßnahme, auch wenn Gewalt bzw. die Androhung von Gewalt dabei nicht unbedingt das erste Mittel sein sollte - außer natürlich bei Nazis. Auch erschwert die Benutzung von Handys statt großen Videokameras seitens JournalistInnen den Demonstrierenden die Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Aufnahmen. Wenn man nicht gefilmt werden will - und das wollen viele nicht, egal von wem - spricht man das an, logisch. Die Menschen, die filmen, müssen darauf eingehen, das respek-

tieren und bestenfalls unterbinden, auch logisch. Wird dies nicht gemacht, kann es in stressigen Situationen - wie einer Demonstration - zu hitzigeren Reaktionen kommen, auch irgendwie logisch. Viel zu oft können wir erleben wie eine sensationsgeile Presse die Selbstbestimmung derer, die nicht gefilmt werden wollen, dreist missachtet. Einige Beispiele durften wir in letzter Zeit anhand der Kamarateams erleben, die neuerdings die Connewitzer Bevölkerung fast täglich teilweise aufdringlich belästigen.

Wir können die auch in unseren Kreisen mittlerweile verbreitete Unmut auf Teile der Medien nachvollziehen. Die Berichterstattung über Connewitz und Autonome in Leipzig in den letzten Wochen und Monaten war geprägt von Verleumdungen, Falschdarstellungen und Überspitzungen, nicht selten auch von Chauvinismus. (3) Dennoch müssen wir mit der Anwesenheit von Presse auf unseren Demonstrationen leben, so ist das nun mal mit Demonstrationen. Wer klandestin und ungesehen agieren möchte, sollte das nicht auf Demonstrationen versuchen, sondern lieber im Schutze der Nacht zu einem selbstgewählten Zeitpunkt losziehen und seine Meinung auf andere Weise kundtun.

Eine mögliche Lösung für die Zukunft wäre einen beidseitig kooperativeren Umgang mit der Presse zu entwickeln, vorausgesetzt sie hält sich an ein paar Regeln wie eben dass keine Porträtaufnahmen gefertigt werden und kein Material den Bullen zur Verfügung gestellt wird. Dabei kann natürlich auch zur Debatte gestellt werden, wie mit denunziatorischen und menschenverachtenden Hetzblättern der Springerpresse umgegangen wird.

### WIE WEITER NACH DEM VERBOT?

Jetzt ist die Demo vorbei, es hat geknallt und wir sind mit dem guten Gefühl nach Hause gefahren, doch noch fähig zu sein, eine gewisse Schlagfertigkeit zu entfalten. Wir haben auch hoffentlich gelernt, dass es einer Niederlage gleichkommt sich zu einer Sache wie dem Linksuntenver-

bot einfach gar nicht zu verhalten. Nochmal dürfen wir die gleichen Fehler nicht begehen. Nach dem Verbot ist vor dem Verbot, leider im wahrsten Sinne des Wortes. Das Bundesinnenministerium hat nun ein Zensur-Instrument in der Hand, bis das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe etwas anderes sagt. Das wird ewig dauern und gibt uns sowieso keine Garantie. Nur auf unsere eigene Stärke können und müssen wir uns verlassen. Die Linksuntendemo hat gezeigt, das wir gewillt sind diesen Konflikt auch auf der Straße offensiv auszutragen.

Das sächsische Innenministerium stellte bereits einen Antrag zu einem möglichen Verbot von de.indymedia.org an das BMI. Wir sollten auf ein nächstes Verbot vorbereitet sein. Dazu gehört eine Diskussion, ob wir zwischenzeitlich auf ein anderes Medium ausweichen können bis wieder ein vor Repression sicheres geschaffen wurde. Das Vorhandensein einer Plattform der revolutionären Linken ist unabdingbar um uns zu vernetzen, auszutauschen und aufeinander zu beziehen. Wir müssen davon ausgehen, dass die Zensur weiter gehen wird.

DESWEGEN RUFEN WIR AUF, AB DEM TAG (((i))), DEM TAG AN DEM de.indymedia.org VERBOTEN WIRD, BUNDESWEIT ZURÜCKZUSCHLAGEN! JEDE SOLIDARITÄTSBEKUNDUNG IST WERTVOLL!

Baut kämpfende Kollektive auf! Schafft Räume außerhalb staatlicher Kontrolle!  
Für eine revolutionäre Linke!

anonym

(1) Zu einer Beschreibung und Einordnung der Silvestereignisse siehe: <https://de.indymedia.org/node/57755>  
Für eine Analyse der Öffentlichkeitsarbeit u.a. der Bullen siehe: <https://de.indymedia.org/node/58066>

(2) Als Beispiel hierfür können diverse Videobeiträge der letzten Wochen herangezogen werden, z.B.: <https://www.youtube.com/watch?v=5v5OeHaeSWQ>

(3) <https://www.youtube.com/watch?v=xZgb4YeTPSY>

## Anarchist Gabriel Pombo Da Silva nach 1,5 Jahren in der Klandestinität verhaftet

Die Klandestinität des anarchistischen Gefährten Gabriel Pombo Da Silva ist nach etwa eineinhalb Jahren am Samstag, den 25. Januar 2020, beendet worden. Er wurde auf portugiesischem Territorium, aufgrund eines internationalen Haftbefehls mit einer angeblichen Reststrafe von mehr als zehn Jahren, verhaftet. Er ist derzeit in einer Zelle der Justizpolizei in Porto eingesperrt. Am 27. Januar sollte sein Verfahren beginnen und über die Auslieferung entschieden werden, jedoch hat der Prozess noch nicht angefangen, was aber in den nächsten Tagen passieren wird.

Seine Adresse lautet: (checkt auf [abc-wien.net](http://abc-wien.net) ob die Adresse noch aktuell ist)

Gabriel Pombo Da Silva  
EPPJ Porto  
Rua Assis Vaz, 109  
4200-096 Porto  
Portugal

### Hintergrund

Gabriel, der Anarchist, war fast 30 Jahre in spanischen und deutschen Knästen weggesperrt. Er wollte sich nie der kapitalistischen Ausbeutung, der Unterdrückung, dem Staat und seinen Gesetzen oder dem Knast unterwerfen. Er hat seine Rebellion gegen das Bestehende in Enteig-

nungen, Widerstand im Knast und Beiträgen zu international geführten anarchistischen Diskussionen ausgedrückt.

Er saß 20 Jahre im Knast in Spanien, davon 14 Jahre im berüchtigten FIES Isolationsregime. Gabriel hat jahrelang mit Schriften, sowie individuellen und kollektiven Aktionen (alltäglicher Widerstand, Hunger- und Hofgangstreik, Ausbruchsversuche ...) gegen die Isolation, Folter und Misshandlungen in spanischen Gefängnissen gekämpft. Im Oktober 2003 kehrte er nach einem Urlaub nicht mehr in den Knast zurück und flüchtete aus Spanien.

Ein halbes Jahr nach der Flucht stoppte die Polizei nahe Aachen, nahe der deutschen Grenze ein Auto mit vier Leuten, in dem neben Gabriel, ein weiterer flüchtiger spanischer Anarchist - „José Delgado“ -, Gabriels Schwester Begonie Pombo da Silva und der belgische Anarchist Bart de Geeter saßen. Bei dem Versuch sich dieser Routinekontrolle zu entziehen kam es nach einer Geiselnahme und einer Verfolgungsjagd mit Schusswechsel zu Festnahme der vier. In dem Auto der Verhafteten wurde ein Stadtplan von Dresden mit markierten Waffenläden und Polizeistationen gefunden. Nach 23 Prozesstagen wurden die Urteilsprüche verkündet: Jose 14 Jahre, Gabriel 13 Jahre, Bart: 3 Jahre und 6 Monate.

Nach 8,5 Jahren in der JVA Aachen, unter Isolationshaftbedingungen (23 h pro Tag in eine Zelle gesperrt und 1 h Hofgang täglich), weil er sich weigerte „Zwangsarbeiten“ auszuführen und Häftlingskleidung zu tragen, wurde Gabriel 2013 nach Spanien verlegt, um seine Reststrafe dort abzusitzen. Im Juni 2016 wurde er schließlich auch aus der spanischen Haft entlassen. Im März verabschiedeten sich Gabriel mit seiner Gefährtin Elisa und ihrem Kind Iraultza mit einem öffentlichen Statement in die Klandestinität:

### **„Frei und Gefährlich**

Ardire, Scripta Manent, Operation Buyo .... Sagen dir diese Begriffe etwas? Dies sind nur einige der polizeilichen „Operationen“, die unser „Clan“ an eigener Haut erfahren hat, weil sie Anarchist\*innen waren und blieben, bis zur letzten Konsequenz: Wir sind ein Nomad\*innenclan, der von Land zu Land auf der Suche nach Kompliz\*innen zieht, die Anarchismus praktizieren, ohne um Zustimmung oder Konsens zu bitten, die handeln, ohne sich um den „politisch korrekten“ Diskurs (in unserer Zeit so sehr im Trend) zu sorgen, der heute unsere kleinen Läden heimsucht. Es geht uns auch nicht um „Ästhetik“, sondern um „Ethik“, das Praktische, das Reale.....

Wir suchen einen Anarchismus, der unsere Hände verschmutzt, uns wach und immer auf der Hut hält (im Gegensatz zu jeder Selbstgefälligkeit); dieser Anarchismus, der den Diener\*innen des Staates, die ihre Bemühungen uns gefangen zu nehmen nicht aufgegeben haben, nicht gefällt und sie stört. Es ist nicht einfach, von einem Ort zum anderen zu gelangen. Noch schwieriger ist es zusammen mit unserer Tochter, dieser kleinen Schönheit, die

wir Iraultza nannten, und einer Hundebegleiterin, die wir immer mitnehmen werden, weil sie ein fester Bestandteil unseres Clans ist.

Anscheinend hat der spanische Staat nicht aufgehört, mich für eine „Reststrafe“ ins Gefängnis stecken zu wollen, die nur in seinem verfaulten Geist und seinen ekelhaften Papieren existiert. So wie die Dinge stehen, haben wir uns entschieden, im Schatten zu leben und unseren unsichtbaren Beitrag zu all den Projekten zu leisten, die für uns von Interesse sind und denen wir uns verpflichtet fühlen. Wir bekunden all unsere subversive Solidarität mit den vor Gericht stehenden WÜRDIGEN Gefährt\*innen in Italien und der Welt. Wir haben keine Erklärungen vor den Gerichten der „Roben“ abzugeben, weil wir uns einen Dreck um ihr Theater und ihr Farce, ihre Anschuldigungen und Freisprüche scheren.

Der beste Weg, Anarchie zu verbreiten, ist, sie intensiv zu leben, nicht sie zu repräsentieren. Wir sind nicht für die Farce oder Komödie.

Es wird keine „Kommuniqués“ mehr von unserem Clan geben: Wir sind frei und wir sind gefährlich.

Für die Anarchie!

Der nomadisch-anarchistische Clan.  
Elisa-Gabriel-Iraultza und die Vierbeiner.“

### **Aufruf zur finanziellen Unterstützung für die juristische Verteidigung**

Leider haben wir bisher noch keine Nachrichten von Gabriel erhalten. Sein Anwalt, der solidarisch ist, hat uns mitgeteilt, dass in seinen Fall mit sehr hohen Kosten zu rechnen ist. Der Anwalt ist auf mehrere „Expert\*innen“ angewiesen die alle Geld kosten. Hinzu kommt, dass er mit den Anwälten aus Deutschland und Portugal kommunizieren und arbeiten muss. Vieles muss für die Behörden übersetzt werden und das ist teuer. Deswegen bitten wir euch um eure Hilfe, es ist wichtig das immer wieder Spenden ankommen, um sich um die ganze Bürokratiescheiße zu kümmern, die die Zusammenarbeit drei verschiedener Länder (Spanien, Deutschland und Portugal) erfordert.

### **Darüber hinaus ist die rechtliche Lage folgende:**

-Die Staatsanwaltschaft von Girona (spanischer Staat) will das Gabriel weitere 16 Jahre Knast absitzt. Worum es sich hier dreht ist dass die Urteile, die der spanische Staat Gabriel zur Last legt, eigentlich verjährt sind. Dies negiert eigentlich die europäischen Gesetze für Auslieferung, in diesem Fall das „Grundsatz der Spezialität“<sup>1</sup> (eines der rechtlichen Gründe, warum die Entlassung von Gabriel im spanischen Staat im Juni 2016 überhaupt möglich war). Portugal hat ein Ersuchen an Deutschland gefordert, um genau dies in Erfahrung zu bringen, ob dies was nützt, werden wir noch sehen.

-Die Auslieferung wird bis auf weiteres auf Eis gelegt, während Portugal die Lage von Gabriel analysiert, bis dass mit dem „Grundsatz der Spezialität“ geklärt wird.

-Das Ziel der Verteidigung ist es die sofortige Freilassung, aufgrund der Anerkennung des „Grundsatzes der Spezialität“, zu erzwingen.

-Sollte dies nicht erreicht werden, ist das Ziel die Auslieferung nach Spanien zu stoppen, damit Gabriel die angebliche Reststrafe in Portugal absitzt, um so die Misshandlungen/Folter zu vermeiden die Gabriel in den spanischen Knästen zu erwarten hat und selbst über viele Jahre erlebt hat.

-Sollte Gabriel am Ende ausgeliefert werden, kämpfen wir dafür, dass auch in diesem Fall die Strafe nicht abgessen wird. Denn wie schon oben erwähnt, stützt

sich die Staatsanwaltschaft auf verjährte Fälle. Würde Gabriel seine Strafe in Portugal absitzen, kämpfen wir auch weiterhin für seine Freiheit. Es ist wichtig diesen Kampf auch auf der rechtlichen Ebene zu führen, damit ein für alle Mal die Staatsanwaltschaft keine Handhabe mehr hat um irgendwelche Fälle auszugraben um Gabriel fertig zu machen.

#### **Hier ist das Spendenkonto:**

Elisa Di Bernardo  
IBAN: ES06-0128-0180-3601-0009-8696  
BIC/SWIFT: BKBKESMMXXX

FREIHEIT FÜR GABRIEL!  
FREIHEIT FÜR ALLE!  
ES LEBE DIE ANARCHIE!

## **«DIE MAUER ZWISCHEN GEFÄNGNIS UND DRAUSSEN NIEDERREISSEN»**

### **Bericht über 16 Monate Haft in Deutschland**

*Loïc wurde im August 2018 wegen seiner angeblichen Beteiligung an den G20-Krawallen in Hamburg im Jahr 2017 verhaftet und nach 16 Monaten U-Haft in Deutschland wurde vor kurzem der Haftbefehl vorläufig aufgehoben. Sein Prozess, der vor mehr als einem Jahr begann, dauert an. Es folgt hier die erste öffentliche Stellungnahme des jungen Mannes seit seiner Inhaftierung. Es geht um die Bedingungen seiner Freilassung, über sein Leben im Gefängnis, den Prozess (der mindestens bis April andauern wird), seine Entschlossenheit, seine bisherigen Kämpfe fortzusetzen und die sozialen Bewegungen zu unterstützen, wo immer sie sich auch ausbreiteten.*

Veröffentlicht im französischen Original auf der Unterstützungswebseite und bei [lundimatin#225](#), 12. Januar 2020, übersetzt von Pipette Relais.

Wie findet man nach einem Jahr und vier Monaten Gefangenschaft die richtigen Worte? Wie verbindet man die Gefängnisrealität mit der Außenwelt und reißt die Mauer, die sie trennt nieder? Im Gefängnis verschwand ich, ich hörte auf, an mich selbst zu denken. Ich habe mich entleert, um nicht zu leiden. Ich verschloss mich – auch gegenüber meinen Erinnerungen – demgegenüber, was jenseits dieser Mauern geschieht, um mich auf dieses neue Leben mit den anderen Häftlingen zu konzentrieren. Dies war einer der Gründe, warum ich wenig Kraft hatte, auf die vielen Briefe, die ich erhielt, zu antworten. Heute merke ich, dass ich nicht mehr viel fühle, dass ich keine Leidenschaft mehr habe (außer für Schnee). Es gibt eine Lücke, ich bin mit meinen Gedanken woanders. Eine neue Zeitvorstellung lebt in mir, ich hatte Momente der Kontemplation, der Stille, der Abwesenheit.

Der Prozess wurde immer wieder verschoben, im April sollte er nun aber zum Ende kommen. Die Haftentlassung unter Auflagen am 18. Dezember kam unerwartet: Wenige Wochen zuvor hatte der Staatsanwalt angekündigt, dass er gegen einen solchen Beschluss Einspruch einlegen würde. Ich erwartete bestenfalls zwei Stunden, bevor ich wieder ins Gefängnis zurückkehren müsste – so wie es zuvor bei den beiden anderen Angeklagten der Fall war, die zwar entlassen, aber nach dem Einspruch des Staatsanwalts gezwungen wurden, wieder ins Gefängnis zurückzukehren. Ich hatte überlegt, dass ich bis zur endgültigen Entscheidung besser mal in der Zelle bleibe, denn wenn man für zwei Stunden rauskommt, riskiert man nicht nur durchzudrehen, sondern auch wieder im Gebäude A zu landen.

#### **GEBÄUDE A**

Dieses Gebäude ist für Neuankömmlinge, hier muss man 23 Stunden am Tag in den Zellen bleiben. Es ist ein dunkler Ort, wo die Insassen durchdrehen, schreien und gegen die Wände schlagen – ich war vier Monate dort. Während des ersten Monats nach meiner Auslieferung aus Frankreich hatte ich genau nur die Kleidung, die ich bei meiner Ankunft trug. Es war unmöglich, meine Sachen zurück zu bekommen, obwohl sie zur gleichen Zeit ankamen.

In diesem Gebäude gibt es zwei gemeinsame Duschen pro Woche, um 6.45 Uhr. Dort habe ich meine Unterhose gewaschen und dann meine Kleidung wieder übergezogen, weil ich sie erst auf dem Heizkörper meiner Zelle trocknen konnte. In diesem Gebäude schubsen und schrei-

en einen die Wärter an, wenn du bei der Essenausgabe die unsichtbare Linie zwischen deiner Zelle und dem Korridor überschreitest. Der 1-stündige Hofgang ist der einzige Moment am Tag zum Durchatmen – in einer Zelle, die weniger als zwei Meter breit und vier Meter lang ist. In diesem Gebäude sitzen hauptsächlich Ausländer, deren Straftat sein soll, keine gültigen Papiere zu haben, kleine Drogenhändler oder Leute, die des Diebstahls beschuldigt werden. Ich sah, wie die Wärter einen im Ausland geborenen Häftling verprügelten, der nach dem Hofgang einfach nur ein Buch aus der Zelle nebenan holen wollte. Ich habe ausgiebige lange, hasserfüllte Blicke von Wärtern auf die rassisierten (1) Häftlinge gesehen.

Die meisten Ausländer, die ich auf einem Hofgang im Gebäude A kennen gelernt habe, definieren die Wärter als Nazis. Es gab mir ein merkwürdiges Gefühl, das heute zu hören, da ich ja weiß, dass die Nazis in demselben Gefängnis vor weniger als einem Jahrhundert mehrere hundert Menschen getötet hatten. (2)

### **DER ELBCHAUSSEE – PROZESS ODER DIE KONSTRUIERTE KOMPLIZENSCHAFT**

Der Prozess ist etwas Besonderes. 99% der Anklagepunkte haben nichts mit den Angeklagten selber zu tun. Der Vorwurf bezieht sich auf einen Schaden von mehr als 1 Million Euro. Der Staatsanwalt versucht dabei, eine sehr weit gefasste Vision der Komplizenschaft zu konstruieren und durchzusetzen, bis zu dem Punkt, dass er diese sogar über die vermeintliche Anwesenheit der Angeklagten hinaus erweitern möchte. Konkret: Stellt euch vor, jemand verbrennt 50 Meter entfernt ein Auto – Ihr seid demzufolge dann verantwortlich für den Schaden. Aber das ist war erst der Anfang! Nun stellt Euch vor, ihr habt eine Demonstration bereits verlassen und 10 Minuten später wird ein Molotow-Cocktail geworfen und obwohl ihr schon ganz woanders seid, werdet ihr dafür zur Verantwortung gezogen.

Es gibt viele Probleme in diesem Prozess, im Gefängnis, in der Polizei, im Kapitalismus, im Staat und seiner Welt. Diese verschiedenen Themen haben unter anderem folgende fauligen Gemeinsamkeiten: Den Durst nach Führung, Globalisierung, Klassifizierung – eure Persönlichkeit, Identität, Kreativität, Einzigartigkeit, muss dabei in irgendeine Schublade passen.

*„Die Einzigartigkeit eines Menschen zeigt sich in jedem Merkmal seines Gesichts und in jeder seiner Handlungen. Einen Menschen mit einem anderen zu verwechseln und diese dabei global zu betrachten, ist ein Zeichen von Dummheit. Nur stumpfsinnige Geister unterscheiden zwischen Rassen, Nationen oder Clans, während der weise Mensch zwischen Individuen unterscheidet.“*

Thoreau, Tagebuch – Juli 1848  
(169 Jahre vor der Hamburger G20)

Letzten November, also fast ein Jahr nach Beginn dieses Prozesses, bot ich an, eine Erklärung abzugeben, unter der Bedingung, dass diese dann auch öffentlich gehört werden kann. Die Richterin sagte zunächst, dass dies wohl möglich wäre, änderte dann aber ihre Meinung, wahrscheinlich wegen dem Ausschluss der Öffentlichkeit in dem Verfahren. Deshalb habe ich bis zu diesem Zeitpunkt, trotz fast fünfzig Tagen Anhörungen, noch keine Erklärung abgegeben. Die letzten müssen am Ende des Prozesses für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Seit meiner Entlassung aus dem Gefängnis am 18. Dezember haben mir Leute gesagt, dass dies ein schönes Weihnachtsgeschenk gewesen sei. Das Problem ist, dass das Geschenk ein Jahr zu spät kommt, ich habe bereits ein Weihnachten im Gefängnis verbracht.

### **GRÜNDE UND BEDINGUNGEN FÜR DIE FREILASSUNG**

Dennoch stimmte das Gericht schließlich der Haftentlassung zu. In seiner Entscheidung macht es geltend, dass die Fluchtgefahr aus mehreren Gründen ausgeschlossen ist: Erstens würde eine Flucht bedeuten, dass ein neuer Europäischer Haftbefehl erlassen wird, und dann müsste der Prozess wieder von vorne beginnen. Zweitens: Während im Juni der Antrag auf Freilassung abgelehnt wurde, ist das Gericht sechs Monate später nunmehr der Ansicht, dass der Anteil der noch zu erwartenden Strafe im Verhältnis zu dem schon Verbüßten deutlich zurückgegangen ist. Das Gericht geht auch davon aus, dass ich die Kontaktfreiheit zu meiner Familie nicht durch eine Flucht gefährden würde, was wiederum auf dem Mitlesen meiner privaten Korrespondenz beruht.

Das Gericht wirft mir jedoch auch eine mangelnde Zusammenarbeit mit dem Staat vor. Sie hätten es gerne gesehen, wenn ich unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgesagt hätte, was ich bisher abgelehnt habe. Nachdem ich jedoch angekündigt habe, dass ich am Ende der Verhandlung eine öffentliche Erklärung abgeben werde, ist das Gericht der Ansicht, dass ich schon nicht weglaufen werde, weil ich ja nun das Wort ergreifen möchte. Ganz generell erklärt das Gericht die Aussetzung des Haftbefehls auch damit, dass es mich als „einen höflichen und freundlichen jungen Mann“ wahrgenommen hat, was das

in mich gesetzte Vertrauen offenbar rechtfertigt. Ich bin also seit dem 18. Dezember 2019 unter Auflagen wieder draußen. Bis zum Ende des Prozesses muss ich folgende Verpflichtungen einhalten:

- Eine Meldeadresse in Hamburg vorweisen.
- Mich jeden Montag und Donnerstag bei der Hamburger Polizei melden.
- Als Gärtner in der Baumpflege arbeiten.
- Dem Gericht meinen Pass und meine Papiere abgeben.
- Zu den nächsten Gerichtsterminen erscheinen.
- Mich nicht an irgendwelchen illegalen Aktionen beteiligen.

### GEISTIGE FREIHEIT AUF BEWÄHRUNG

Hier bin ich also, draußen und „frei“, mich zu äußern. Aber diese Freiheit ist auch nur rein theoretisch und an Bedingungen geknüpft. Es mangelt nicht an Lust oder an Dingen, die ich zu sagen hätte, aber angesichts dessen, was das Gericht von mir erwartet und der Risiken, die noch immer auf mir lasten, ist es illusorisch zu glauben, dass ich mich „frei ausdrücken“ könnte. Auch in diesem Bereich ist meine wiedergewonnene Freiheit sehr relativ.

Meine Sicht der Welt hat sich jedoch nicht geändert. Seit 16 Monaten abgetrennt, ist es besonders schockierend, von der Repression gegen die Demonstrationen in Frankreich (gegen die Gelbwesten und andere) zu erfahren. Es gibt mittlerweile schon fast tausend Gefängnisstrafen. Ich habe von Verurteilungen von bis zu 5 Jahren gehört, und kürzlich hagelte es 3,5 Jahre Gefängnis für eine in Nancy (3) verurteilte Person. Derweil wird ein Polizist zu einer zweimonatigen Bewährungsstrafe verurteilt, weil er einen Pflasterstein auf ungeschützte Leute geworfen hat. Er kann im Dienst verbleiben, keine Eintragung ins Vorstrafenregister. Wer aber einen Pflasterstein auf die Leute mit Helm und Schild wirft, bekommt mehrere Jahre Gefängnis. Ist das Gerechtigkeit? Das Gefängnis ist Wahnsinn, es zu akzeptieren, ist Wahnsinn. Vorverurteilungen sind ein Wahnsinn, die undifferenziert Leid erzeugen.

Vergewaltiger und Mörder machen weniger als 5% der Gefängnisinsassen aus. Es sind schlicht arme Leute hinter Gittern. Ich habe keine Bürger, Bankiers oder Polizisten im Gefängnis gesehen. Doch eigentlich ganz vorne bei der Gewalt und auch bei der Kriminalität, ist doch das, was von der Spitze der sozialen Pyramide herkommt.

Die Menschen, die ins Gefängnis geworfen werden – in fast allen Fällen – werden wegen des Drucks der elitären Klassen, wegen der Ausbeutung der Armen durch die Reichen und wegen der sozialen Ungleichheit ins Gefängnis geworfen. Ich habe wirklich keine Reichen im Gefängnis gesehen, nur arme Leute. Es ist an der Zeit einzugestehen, dass die eigene Entscheidung angesichts der Situation fast keine Auswirkungen mehr hat. Es ist die Situation der Armut, die kriminell ist. Acht Personen sind so reich wie die Hälfte der Weltbevölkerung!

### AN DIE, DIE KÄMPFEN

Nach der eigenen Erfahrung weggeschlossen zu sein, fühle ich mich mit denen solidarisch, die noch immer eingesperrt sind. Deshalb möchte ich meine Solidarität ausdrücken und wünsche allen viel Kraft, die in Frankreich infolge der Demonstrationen nun inhaftiert sind – sei es im Kontext der Gelbwesten oder bei Protesten gegen die Rentenreform von Macron & seiner privatisierten und neoliberalen Welt.

Solidarität & Kraft für die Revoltierenden in Chile, die unter der gleichen neoliberalen & Privatisierungspolitik leiden.

Solidarität & Kraft für die Revoltierenden von Katalonien. Solidarität & Kraft für den autonomen Stadtteil Exarchia in Griechenland.

Solidarität & Kraft mit den gefolterten Anarchist\*innen in Russland.

Solidarität & Kraft mit den gefolterten Gefangenen in Guantanamo.

Solidarität & Kraft für die Revoltierenden von Hongkong, die bei den Protesten immer häufiger schwarze Flaggen blühen lassen, während die amerikanischen verschwinden.

Solidarität & Kraft für die Anarchist\*innen und Anti-Atomkraft-Aktivist\*innen, die in den USA, Frankreich, Deutschland (4) und auf der ganzen Welt inhaftiert sind. Solidarität & Kraft für Rojava, wo die konkrete Geschichte von Emanzipation, Autonomie, Ökologie & Feminismus weiter lebt.

Solidarität & Kraft für Afrika, ein großer vergessener Kontinent, der noch immer für den Komfort der Länder des Nordens geplündert wird.

Möge jede und jeder Gefangene die Erfahrungen im Gefängnis bezeugen, damit wir so schnell wie möglich diese schrecklichen Mauern, die Leid säen, niederreißen können. Diese Mauern, die wir nur hinnehmen, weil wir in die Augen derer, die dort eingesperrt sind, nicht reinschauen können.

Loïc,  
Angeklagter beim Dauerprozess in Hamburg.

# DE - DK Grenzzaun deplaziert

## Aktivistis deplatziieren dänisch-deutschen Grenzzaun

Dokumentation, 26.02.2020: „Heute Nacht haben wir 22 Meter des Zauns entlang der dänisch-deutschen Grenze nahe des Ortes Ellhöft, des Naturschutzgebiets Schwansmoor und der Region Töndern entfernt. Einige demontierte Elemente des Zauns sind in Flensburg, Süderlügum, Ellhöft und Kiel ausgestellt. Daran befestigt sind Infoplateaus über den Zaunbau, seiner nationalistischen und rassistischen Symbolik und die Problematik der Schweineindustrie. Wir schreiben dort, warum eine Welt ohne Grenzen eine bessere Welt wäre und zeigen Fotos von anderen Grenzen. Vorbeikommende können dort auch nachlesen, welche Tierarten besonders von den ökologischen Folgen der Absperrung betroffen sind. Wir laden alle Menschen herzlich ein sich selbst ein Bild von der Aktion zu machen:

Koordinaten des freien Grenzübergangs: 54°54'08.6"N 8°56'56.4"E

Ausgestellte Zaunelemente:

- Gemeindezentrum Ellhöft: Dorfstraße 18, 25923 Ellhöft
- Supermarkt Nielsen: Hauptstraße 50, 25923 Süderlügum
- Nordertor Flensburg: Norderstraße 138, 24939 Flensburg
- Kiel Rathausplatz

Begründung:

In einer Zeit, in der weltweit, europaweit und hier vor Ort nationale Grenzen ausgebaut, zunehmend überwacht und abgeschottet werden, haben wir durch die Aktion ein Symbol des Rechtsnationalismus einfach wieder abgebaut. Abgebaut werden sollte auch die Schweineindustrie, die durch den Zaun angeblich bzw. vergeblich geschützt werden soll. Denn die Branche hat nicht nur die Ursachen für den Ausbruch der Schweinepest durch Massentierhaltung und weite Transportwege selbst geschaffen, sondern ist verantwortlich für zahlreiche Umweltproblematiken und Tierleid. Während der Zaun für die Schweineindustrie und nationaldenkende Chauvinist\*innen eine rein symbolische Wirkung hat, ist die Barriere für viele Wildtiere ein reales Problem.

Wir möchten mit der Aktion jede\*n ermutigen, sich über die Grenze zu denken und zu bewegen, als sei sie nicht da. Wir - als Gesellschaft und als widerständige Menschen - können eure einschränkende Symbolpolitik so nicht stehen lassen. Besorgt euch 10er-Schlüssel, Bolzenschneider und Schreibmaschine und macht mit! Zusammen können wir Brücken über den Grenzwassergraben bauen, den Zaun aufschrauben, ausgraben und wegknipsen und abflexen, Überwachungskameras an den offiziellen Übergängen kreativ ausschalten und gegen rassistische Kontrollen aufbegehren. Wir müssen zu denen halten, die sich dabei einer ungleich größeren Gefahr und Gewalt

aussetzen, wie den Geflüchteten, die vor 4 Wochen bei dem Versuch, die serbisch-ungarische Grenze zu überqueren, mit Schüssen bedroht wurden.

Wir müssen das infrage stellen, was durch Grenzen geschützt werden soll - seien es angeblich überlegene „Werte“ oder Wirtschaftsinteressen. Obwohl die Menschen in Deutschland und auch nördlich des Wildschweinzäuns immer weniger Fleisch essen, wächst die Tierindustrie kontinuierlich. Mit ihr wachsen auch die Nitratbelastung durch Gülle und der globale Klimaschaden. Knapp ein Fünftel der in Deutschland und etwa 90% der in Dänemark geschlachteten Schweine werden für den Export getötet. Ein Großteil des Fleisches (mit wachsender Tendenz) wird nach China ausgeführt. Schweine werden immer häufiger in Großbetrieben zusammengepfercht. Solange sie dort auf wenig Platz, teilweise von ihrem übermäßigen eigenen Körpergewicht niedergedrückt in ihren Exkrementen liegend, erschöpft und immungeschwächt und präventiv mit Medikamenten gefüttert leiden, kann kein Zaun verhindern, dass unter ihnen Epidemien ausbrechen. Dabei weist sogar das FLI (Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit) darauf hin, dass das Hauptrisiko für eine Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest menschliches Verhalten sei. Das Virus wird in den toten Körpern infizierter Schweine, zum Beispiel in roher Wurst, hunderte Kilometer weit befördert, klebt unter Schuhsohlen und in den Rillen von Autoreifen und kann durch Jagdtourismus eingeschleppt werden.

Noch dazu erscheint die Auswahl des Ortes, wo der „Wildschweinzäun“ gebaut wurde, reichlich schräg: In der Region gibt es nahezu keine Wildschweine. Und als 2018 das Dänische Parlament den Zaunbau beschloss, waren im Umkreis von über 700 km (!) des Grenzgebiets noch nie infizierte Schweine gefunden worden. Ohnehin kann sich das Virus auf direktem Weg - also von Wildschwein zu Wildschwein - jährlich nur bis zu 20 km weit ausbreiten.

Dagegen passt der Zaun in seiner Symbolik perfekt zu zunehmender Hetze und Hass gegen Migrant\*innen. Seit 2016 finden an allen großen Straßen in Richtung Norden Personenkontrollen statt. Sie wurden als „nur vorübergehend“ angekündigt, wahlweise mit der „Abwehr“ von Geflüchteten oder von Terrorismusgefahr begründet und haben sich seitdem immer weiter verschärft. Kontrolliert wird „stichprobenartig“ (übersetzt: anhand rassistischer Kriterien) auch in Bussen, Zügen und an Fähranlegern. Etwa 30-50 Menschen werden dabei pro Woche abgewiesen. Seit 2017 werden auch bewaffnete Soldat\*innen an den Kontrollhäuschen eingesetzt. Dazu kamen das automatische Scannen aller Nummernschilder an allen kleinen Straßen, unregelmäßige Personenkontrollen durch Polizeistreifen und Zivilwagen sowie Kontrollen aus der Luft.

Die Idee, die dänisch-deutsche Grenze mit einem Zaun abzusperren, entsprang also nationalistischer Fantasie. Die zugrunde liegende Denkweise entpuppt sich als zutiefst rassistisch: Immigrant\*innen aus bestimmten Teilen der Welt werden nicht als Menschen gedacht und behandelt. Man will sich von ihnen durch einen Zaun abschotten, der für Wildschweine konzipiert ist. Unter der letzten Regierung bestand der Plan, unerwünschte Geflüchtete auf der winzigen Insel Lindholm zu isolieren. Die Insel ist abgeriegelt, weil sich dort bisher zur Erforschung von Tierseuchen infizierte Tiere befanden. Die zuständige Ex-Ausländerministerin Støjberg, das Arschloch, wollte die Lebensbedingungen in dem geplanten Abschiebelager „so unerträglich wie möglich“ gestalten.

Während sich die Welt immer weiter abschottet, wachsen ökologische Probleme, die nur gemeinsam über Land und Ozean hinweg gelöst werden können. Auch Zäune sind ein ökologisches Problem. Weltweit werden die Wege, die Tiere zurücklegen, immer weiter eingeschränkt: durch Straßen, Bahntrassen und nationale Grenzabsperungen. Wenn Tiere nicht wandern können, verhindert das genetischen Austausch und macht sie krank. Manche müssen im Verlauf der Jahreszeiten wandern können oder um

sich Klimaveränderungen anzupassen und transportieren dabei Pflanzensamen und Biomasse.

Etwa acht km östlich von der Stelle, wo wir den Zaun entfernt haben, befindet sich ein Wäldchen beiderseits des Zauns, einige Kilometer südlich davon das Naturschutzgebiet Schwansmoor und Kranichmoor und auf den umliegenden Feldern sind häufig Rehe zu sehen. An dem parallel verlaufenden Wassergraben, der Süderau zeugen Fußspuren davon, dass die Tiere hier queren und gewohnt waren, sich dabei nicht vom soziopolitischen Grenzverlauf stören zu lassen. Von den Schlupflöchern für igelgroße Kleintiere, von denen 20 verteilt auf 70 km Zaunlänge eingebaut sein sollen, ist hier nichts zu sehen. Mehrere Rehe und ein Rothirsch haben sich schon an dem Zaun verletzt. Auch auf Fischotter, Füchse, Wölfe und Goldschakale kann der Zaun sich problematisch auswirken.

Die Menschen, die hier leben, wehren sich durch Kunst, Petitionen und Demos  
Wir finden es logisch, den 8 Mio € teuren „Sachschaden“ selbst zu beseitigen!  
For freedom of movement for all (beings)!“

anonym

## Rede bei der Soli-Demo am 8.1.20 in Hannover

Widerstand lässt sich weder verbieten noch einsperren!  
Solidarität mit den Dreien von der Parkbank!

Wir demonstrieren hier, weil ab heute in Hamburg 3 Gefähr\_t\_innen vor's Landgericht gezwungen werden!  
Die Staatsanwaltschaft klagt sie der Verabredung zur schweren Brandstiftung und wegen Verstößen gegen das Waffengesetz an, weil bei ihnen Brandsätze gefunden worden waren, während sie auf einer Parkbank saßen. Die 3 sollen für Jahre im Knast landen. 2 von ihnen sitzen bereits seit einem halben Jahr in U-Haft.

Wir demonstrieren heute unsere Solidarität mit den Dreien, weil nicht nur sie angeklagt sind, sondern weil linksradikalem, militantem Handeln insgesamt der Prozess gemacht werden soll!

So konstruiert die Anklage einen der Dreien zu einer Art anarchistischem Anführer und begründet mit seiner politischen Gesinnung seine angebliche Gefährlichkeit. Ein wesentlicher Punkt der Anklage beschäftigt sich mit der politischen Einstellung der Drei. Vielleicht werden sie am Ende zu Knast verurteilt werden, allein, weil sie Anarchist\_innen sind. Aber noch gibt es die Möglichkeit, das zu verhindern! Unser solidarisches Handeln kann den Druck aufbauen, der das verhindert. Wir sollten uns

nur nicht vormachen, das wäre einfach. Denn wir wissen: Solidarität ist keine Haltung, sondern eine Handlung – sie muss praktisch werden.

Aber die drei sind nicht Opfer polizeistaatlicher Willkürherrschaft. Sie sind linksradikale Kämpfende, die offenbar bereit waren, militant Widerstand gegen die beschissenen Verhältnisse zu leisten. Dass der Staat mit Observationen und Verhaftungen zurückschlagen kann, sollte uns weder schrecken noch empören. Es ist auch kein Skandal. Wir sind diejenigen, die die herrschende Ordnung in Frage stellen und wir werden mit den Reaktionen der Herrschaft umzugehen lernen. Lasst uns selbstbewusst solidarisch sein, wenn der Staat auf militante Angriffe reagiert und Gefähr\_t\_innen einsperren will.

Das Kalkül des Staates, durch Verhaftungen Ruhe in den Karton zu bekommen, geht sowieso nicht auf. Seit ihrer Verhaftung wurden Bullenwachen und -autos angegriffen, Autos von Knastprofiteuren, Vonovia und anderen Schweinen wurden abgefackelt, Scheiben eingeworfen, Parolen gesprüht, Banner aufgehängt, Demos und Kundgebungen durchgeführt. Es hat seit der Verhaftung der drei auf einer Parkbank viele dutzend solch militante Angriffe gegeben hat, die sich solidarisch auf die „3 von der Parkbank“ beziehen.

**Chronik: 24.11.19:** Strabag Auto in München geplättet. „Das STRABAG-Tochterunternehmen ZÜBLIN verdiente in der Vergangenheit häufig am Bau von Knästen“ **26.11.19:** Ein Streifenwagen und zwei Privat Autos von Cops brennen in Stralsund. Der Schaden beläuft sich auf 40.000 Euro. November: Den Fahrzeugen von Schleswig-Holsteins Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) sind am Dienstag auf seinem Privat-Grundstück die Scheiben eingedengelt worden. **27.11.19:** Bankautomat brennt in Basel „Ob in Chile, im Iran oder sonstwo, ob heutzutage oder in vergangenen Kämp-

Diese Demo reiht sich ein, in diese Art lebendiger Solidarität und sie ist Teil des autonomen linksradikalen Widerstandes, der mit dem Prozess in Hamburg auch verhandelt werden soll – zumindest, wenn es nach dem Willen der Staatsanwaltschaft geht. Aber dieser Versuch der Staatsanwaltschaft, das kann man jetzt schon sagen, ist ordentlich nach hinten losgegangen. Lange gab es nicht mehr so viele Soli-Aktionen wegen staatlicher Repression. Widerstand lässt sich nicht verbieten!

Die Drei sind angeklagt, Aktionen gegen Konzerne geplant zu haben, die mitverantwortlich sind für Gentrifizierung und hohe Mieten. Wir demonstrieren heute auch, weil wir den Widerstand gegen Gentrifizierung und Verdrängung unterstützen, wegen dem die 3 angeklagt werden!

Die 3 sind angeklagt, einen Angriff auf die Bausenatorin von Hamburg geplant zu haben. Wir demonstrieren auch, weil es richtig und notwendig ist, die politisch Verantwortlichen für die menschenverachtende Wohnungspolitik praktisch zu kritisieren. Hier hat gerade die Stadt Hannover den Mega-Miethai dafür verliehen bekommen, dass sie beste Bedingungen für die gewinnmaximierende Immobilienwirtschaft herstellt. Militantes Vorgehen gegen politisch Verantwortliche ist genauso Teil autonomer Politik, wie das mitorganisieren von Basisbewegungen.

Wir demonstrieren heute auch, dass wir uns nicht wegen der Wahl der Mittel spalten lassen, die Leute für nötig halten, um was gegen den kapitalistischen Wohnungsmarkt zu unternehmen.

Einer der Verhafteten wurde lange observiert, weil offenbar vermutet wurde, er könne zum Jahrestag des G20-Widerstandes in Hamburg aktiv werden.

Wir demonstrieren auch um klar zu stellen, dass der massive Widerstand gegen das G20-Treffen in Hamburg richtig und notwendig war!

Seit dem 8. Juli 2019 sitzen 2 Leute in U-Haft. Wir wussten schon vorher, dass Knast scheiße ist, dass er gebaut wird, um Menschen zu beherrschen, sie klein zu machen und zu isolieren. Wir demonstrieren heute auch gegen eine Gesellschaft, die Menschen in Gefängnisse sperrt!

Dabei sind Schuld oder Unschuld für uns keine Kategorien die uns interessieren. Aber wir tun auf der anderen Seite auch nicht so, als hätten die drei nur zufällig und ohne Sinn Brandsätze dabei gehabt – oder als sei das nur eine Behauptung der Bullen. Wer so argumentiert geht schon er Juristerei auf den Leim und hantiert mit Unschuldsvermutungen. Knast kann die Folge von Widerstand sein. Das ist scheiße. Aber wer das weiß und sich trotzdem entschließt zu handeln, ist kein armes Opfer, sondern politische Gefangene oder Gefangener. Wir demonstrieren hier unsere Solidarität mit den beiden Gefangenen und schicken auf diesem Wege liebe Grüße über die Knastmauern.

Allen Dreien, ihren Freund\_innen und den hamburgere Solistrukturen, wünschen wir viel Kraft für die angesetzten 25 Prozesstage und die Zeit danach. Wir können sie unterstützen, indem wir politisch solidarisch handeln, indem wir zu den Prozessen fahren, indem wir Briefe in den Knast schreiben. Die juristischen Details, die Prozessdaten samt Uhrzeiten und den aktuellen Stand der Dinge sowie weitere Infos findet ihr unter:

[parkbanksolidarity.blackblogs.org](http://parkbanksolidarity.blackblogs.org)

## Ökotechnokratie „Smarte“ Ökologie von oben

*Die Klimafrage beherrscht derzeit die öffentliche Debatte. Selbst das Weltwirtschaftsforum in Davos (Februar 2020) gibt vor, die Brisanz des Umweltschutzes verstanden zu haben. Die Bewegung Fridays for Future hat den durch die viel zu hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachten Klimawandel endlich zum weltweiten Gesprächsthema gemacht. Als Hauptursache für die steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen gelten der weltweit steigende Energiehunger in Wirtschaft und Gesellschaft und seine Sättigung mit fossiler Energieerzeugung. Wenn sich nichts Grundlegendes ändert, so warnt der Weltklimarat, werde sich die Erde in den nächsten 20 Jahren um mindestens 1,5 Grad erwärmen (im Vergleich zum vorindustriellen Klima). Hungersnöte, Waldbrände,*

*Unwetter und Artensterben würde sich bereits bis zum Jahr 2040 drastisch verschlimmern. Jenseits der 1,5 Grad droht sogar eine Hitzespirale: Biomasse in auftauenden Permafrostböden in Nordkanada, Alaska, Grönland und Ostsibirien würden Milliarden Tonnen zusätzliches CO<sub>2</sub> freisetzen, genau wie Waldbrände in der Tundra oder den Tropen. Schmelzendes Eis in der Arktis könnte mittelbar den Golfstrom versiegen lassen. Wie Dominosteine könnten sogenannte „Kippelemente des Klimas“ eine Krise nach der anderen auslösen. Auf der Erde würde es immer heißer werden. Was dann genau passieren wird, kann die Wissenschaft nicht vorhersagen.*

fen: Banken gehören wohl immer zu den ersten Einrichtungen, die von den Flammen der Aufständischen ergriffen werden.“ 27.11.19: in Dresden wird ein Thyssen-Krupp Transporter demoliert. #Riseup4Rojava 27.11.19: In Wuppertal brennt ein Auto der Firma Spie. „Wir werden uns dass recht auf die Straße nicht nehmen lassen und Repressionsorgane wie Spie sollten sich lieber warm anziehen sonst werden wir ihnen weiter einheizen.“ 29.11.19: Buttersäureanschlag auf Burschenschaft in Passau. 01.12.19: Feuer am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gelegt. „Den Betroffenen des



(vergeblich) versuchen, die Konsequenzen eines weiter-wie-bisher einzuhegen.

Der Klimawandel trifft dabei nicht alle gleichermaßen – die Bedrohung „der Menschheit“ als Ganzes ist eine wenig hilfreiche Unterschlagung der unterschiedlichen sozialen Konsequenzen. Reiche trifft der Klimawandel weniger als Arme, ältere weniger als jüngere. Wenn mensch in die Chefetagen der IT-Konzerne schaut, dann sitzt da die wohl am wenigsten gefährdete Bevölkerungsgruppe an den Hebeln. Das hat durchaus Einfluss darauf, was für „Lösungsvorschläge“ von dort kommen.

Besonders eindrücklich versinnbildlichen riesige CO<sub>2</sub>-Staubsauger des Startups Climeworks der ETH Zürich das Dilemma der Technokratie: Die Anlage, die aussieht wie ein Raketentriebwerk, soll das CO<sub>2</sub>-Problem lösen, indem sie das klimaschädliche Gas mit riesigen Turbinen aus der Luft filtert und bindet. Tatsächlich erzeugt sie aber ein massives Energieproblem, denn: Um auch nur ein Prozent des jährlichen, weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aus der Luft zu filtern, bräuchte es 250.000 dieser Anlagen. Deren Betrieb fräße so viel Strom wie alle bundesdeutschen Haushalte zusammen – und emittiert darüber zusätzliches CO<sub>2</sub>.

### **Digitaler Energiehunger lässt sich nicht weg-virtualisieren**

Die Virtualisierung von Anwendungen in der cloud verschleiern zwar ihren ökologischen Fußabdruck, aber sie vergrößert ihn in der Regel: Das einstündige Videostreaming über youtube verbraucht über die involvierte Server- und Netzinfrastruktur so viel Strom, wie die halbstündige Nutzung der Heizplatte eines E-Herds. Die Herstellung und der Vertrieb von DVDs waren deutlich ressourcenschonender! Wir sehen keinerlei Anzeichen für eine tatsächliche „Dematerialisierung“ durch Digitalisierung. Im Gegenteil: die Digitalisierung wirke als „Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern, die planetarische Leitplanken durchbrechen“<sup>1</sup>.

>> Die Digitalisierung hat eine klare materielle Basis, die unausweichlich mit unserem Ökosystem zu tun hat. Deshalb können wir nicht nur über Zukunftstechnologie und Mensch reden, sondern müssen Umwelt dazunehmen. Alles andere gibt keine Zukunft. <<

Laut der französischen Umweltorganisation The Shift Project steigt der Energieverbrauch digitaler Technologien am schnellsten an. Weltweit waren digitale Dienste noch 2015 für rund zwei Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich, ähnlich viel wie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller weltweiten Urlaubsflieger. Bereits 2018 galt das Verhält-

*Dagegen versprechen Technologiegläubige mit einer Digitalisierung sämtlicher Lebensprozesse über Big-Data-Techniken und Künstlicher Intelligenz (KI) Lösungen für das Klimaproblem zu liefern – u. a. durch KI-gestützte Prozessoptimierung. Dummerweise hat die Informationstechnik für ihre zahllosen Rechner und Geräte, ihre ungeheuren Datenmengen in Rechenzentren und weltumspannenden Netze einen immensen Energiebedarf, für dessen Bereitstellung schon jetzt mehr CO<sub>2</sub> freigesetzt wird, als durch den gesamten Flugverkehr weltweit. Der rasante Anstieg dieses Ressourcenverbrauchs wird vor allem von Cloud- und Streamingdiensten sowie Online-Gaming und neuesten KI-Anwendungen getrieben.*

Das Grundmuster der herrschafts- und profitorientierten „Technokratie-Falle“ ist in allen der im Folgenden diskutierten technologischen Innovationen gleich: Technologie-zentrierte Antworten befeuern das Technologie-induzierte Problem des wachsenden Energiehungers. Sie sind damit vielmehr Teil des Problems als dessen Lösung. Statt die Ursachen der Zerstörung des Planeten ergebnisoffen zu beforschen und dann radikal zu bekämpfen, wird „fortschrittsblind“ nach Technologien gesucht, die

Linksunten-Verfahrens und den kämpfenden G20-Beschuldigten wünschen wir viel Kraft. Freiheit für Loic und die drei von der Parkbank.“ Dezember: In Niedersachsen wurden zahlreiche Kriegerdenkmäler mit NS-Bezug umlackiert. 01.12.19: Eine „feministische autonome Zelle“ hat in Hamburg ein Bosch-Auto in Flammen gesetzt. „Der Bosch Konzern, stets bemüht um das Ansehen als der freundliche Bohrmaschinenhersteller von nebenan, ist tief in die Sicherheits- und Überwachungsindustrie verstrickt und arbeitet zunehmend mit der Rüstungsindustrie zusammen. Daher: konsequent gegen

nis nicht mehr. Derzeit liege ihr Anteil bei vier Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen, heißt es: Das sei mehr, als der gesamte weltweite Flugverkehr ausmache. Zwar ist der Schaden durch Flugzeuge immer noch deutlich höher – sie pusten ihre Schadstoffe direkt in die Atmosphäre – doch der Strombedarf der Informations- und Kommunikationstechnologie wird weiter steigen: Bis zum Jahr 2025 könnte sich der Anteil auf insgesamt acht Prozent verdoppeln, so die Umweltorganisation.

*„Wenn wir uns überlegen, dass der weltweite Datenverkehr jedes Jahr um 25 Prozent ansteigt, dann müssen wir ganz offensichtlich dringend darüber nachdenken, welche Inhalte wir über die Netzwerke schicken“, sagt Zeynep Kahraman-Clause (Project Managerin des „Shift Project“).*

Der sogenannte Rebound-Effekt ist das eigentliche Problem: Die steigende Energieeffizienz neuer digitaler Technologien führt eben nicht dazu, dass weniger Strom verbraucht werde. Ganz im Gegenteil: Die Möglichkeiten werden immer komplett ausgereizt; der Gesamtstromverbrauch steigt weiter an. Der Rebound-Effekt ist seit 150 Jahre bekannt: Dem britischen Ökonomen William Stanley Jevons war 1865 aufgefallen, dass die Dampfmaschine von James Watt zwar effizienter Kohle verbrannte als zuvor, aber damit nahm die Industrialisierung erst richtig Fahrt auf. Insgesamt wurde viel mehr Kohle verbraucht als vor der Erfindung der sparsameren Dampfmaschine. In dieses Muster reihen sich viele der alltagstauglichen technischen Innovationen ein: Onlinezeitung statt Printausgabe, Emails statt Briefe, Musikstreaming statt CD, ... .

Bei einem Großteil der Verbraucher sorgt vor allem die Produktionsphase für eine schlechte Umweltbilanz. Knapp die Hälfte der Emissionen entstehen bei der Herstellung. Bei einem Smartphone sei die Energiebilanz besonders verheerend: Ausgehend von einer zweijährigen Nutzung sind bereits 90 Prozent der Energie im Lebenszyklus eines solchen Telefons verbraucht, bevor ein Kunde das Gerät überhaupt gekauft habe.

### **Stromhungrige KI soll das Klimaproblem lösen**

Zum Energiebedarf der KI errechnet eine Studie des MIT, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck für das Training eines einzigen modernen „neuronalen Netzes“ (einer derzeit besonders erfolgversprechenden Art „künstlich-intelligenter“ Algorithmen) dem fünffachen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Lebenszyklus' eines Kraftfahrzeugs inklusive seines Verbrauchs entspricht. Oder anders verglichen: Anstelle eines KI-Trainings kann man über 300 Mal von San Francisco nach New York und zurück fliegen.

Die Wissenschaftler betrachten dabei Modelle aus der Verarbeitung natürlicher Sprache. Für eine einzelne Berechnung eines sogenannten Deep-Learning-Modells (einer populären Variante künstlicher neuronaler Netze) sind die Stromkosten vergleichsweise gering. Was aber viel Energie verbraucht, ist das Einstellen optimaler Parameter. Da es sich um ein hochdimensionales Optimierungsproblem mit vielen verschiedenen Parametern handelt und da aus der Wahl nicht direkt auf eine Verbesserung oder Verschlechterung geschlossen werden kann sondern erst das „neuronale Netz“ neu trainiert werden muss, ist es üblich, die Parameter zu erraten und verschiedene Konfigurationen durchzuprobieren, um die besten Ergebnisse zu erzielen. Der Parameterraum ist allerdings zu groß um sämtliche Möglichkeiten durchzuprobieren.

Bislang sind Prognosen des Hasso-Plattner-Instituts, „Clean IT“ könnte zu Energieeinsparungen im Bereich der KI-Anwendungen um den Faktor 20 führen, einen Beweis schuldig geblieben. Neben dem reinen Stromverbrauch ist für die ökologischen Folgen natürlich auch relevant, wo die Betreiber der Infrastruktur ihren Strom beziehen. Die MIT-Wissenschaftler zitieren dabei einen Vergleich von Greenpeace. Während in Googles Rechenzentren angeblich „immerhin die Hälfte“ des Stroms aus erneuerbaren Energien stammt, entspricht Amazons Strommix trotz ökologischer Versprechen immer noch dem US-amerikanischen Durchschnitt – größtenteils fossile Energieträger mit sogar einem Drittel aus Kohlekraftwerken.

### **Elektromobilität**

Das E-Auto ist ein Alptraum. Der angesagte Plugin-Hybrid (Elektro+Verbrennungsmotor) ist besonders unsinnig: er dient nur den Auto-Herstellern beim Weiterverkauf einer Fahrzeugflotte mit übergewichtigen und hochmotorisierten SUV. Zum einen lassen sich Milliarden an EU-Fördergeldern kassieren, zum anderen bewahren Hybrid-Autos die großen Hersteller vor Strafzahlungen wegen Nichterreichens der europäischen Klimavorgaben, da sie mit angeblichen Zero-Emissionsmodellen den Ausstoß im Flottenmix nach unten drücken. Es geht selbstredend auch um ein „grünes“ Markenimage und um Technologiekontrolle. Man baut Hybrid-Autos im Wissen, dass sie alles andere als die automobiler Zukunft sein werden.

Aber auch reine Elektro-Fahrzeuge lösen keine Klimaprobleme: Der Bau eines Akkus für einen Tesla ist so umweltschädlich wie acht Jahre Betrieb eines Verbrennungsmotors. Und dieser Akku hat wegen der begrenzten Ladezyklen nach acht Jahren nur noch Schrottwert. Aus diesem Grund fällt die Öko-Bilanz für E-Scooter (Elektro-Tretroller) mit deren noch geringerer Akku-Haltbar-

die autoritäre Formierung – die Akteur\*innen aufzeigen und angreifen!“ 02.12.19: Auto der Überwachungsfirma alphacom brennt in Athen. „Letztlich wurde dieser Angriff aus Solidarität und Sympathie für die Verfolgten des Falls „Organisation Revolutionäre Selbstverteidigung“ und für jene, die wegen ihrer guten Absichten, Verwandtschaft und Freundschaft verfolgt werden, verübt. Unsere Stärke und Solidarität sind der Politik und repressiven Operationen überlegen. Kraft den comrades Michailidis, Athanassopoulou, Chatzivasileiadis, die in der Illegalität sind.“ 02.12.19: In

keit von nur wenigen Monaten besonders katastrophal aus.

Die Fertigung von Elektro-Autos stößt zudem an Ressourcengrenzen, wenn es um die benötigten Rohstoffe für den Bau von Akkus geht. Deren Abbau in Chile (Lithium) und Zentralafrika (Kobalt) ist nicht nur extrem umweltunverträglich, sondern geht in weiten Teilen mit unverträglicher Kinderarbeit einher. Der Bedarf an Lithium allein in der E-Mobilität steigt bis 2030 auf das 20-40fache. Daran ändert auch die zukünftig anvisierte Feststoff-Batterie nichts – auch sie benötigt Lithium. Für Kobalt sieht die derzeitige Prognose sogar noch dramatischer aus: »Würde Audi den A4 in großer Serie rein elektrisch bauen, müssten sie den halben Weltmarkt an Kobalt leer kaufen.« (Professor Jörg Wellnitz von TH Ingolstadt). Bei VW – so Wellnitz – habe man so eine Rechnung schon mal aufgemacht und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass der Konzern für seine Produktion von E-Autos rund 130 000 Tonnen Kobalt benötigen würde. Die Weltproduktion liegt derzeit bei 123 000 Tonnen.

Wenn uns nun auch noch das E-Flugtaxi als Mobilitätskonzept der Zukunft verkauft wird (um dem Problem der zu hohen Verkehrsdichte am Boden zu begegnen), dann klingt das wie ein Rückfall in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts. Damals wie heute war und ist klar, dass jegliche Art des Fliegens einen deutlich höheren Energieaufwand bedeutet, als die gleiche Strecke am Boden zurückzulegen. Dennoch bekommen wir nun 70 Jahre später erneut Drohnen-ähnliche Flugtaxis als moderne und vermeintlich ökologische Form der Fortbewegung angepriesen. Selbst optisch haben sie sich nur wenig von den futuristischen Männerfantasien der technokratischen Blütezeit entfernt (siehe Abbildungen) – Retro-Futurismus der primitiven und rückschrittlichen Sorte. Die damalige, blinde Fortschrittsgläubigkeit halluzinierte übrigens atomgetriebene Fahrzeuge herbei, die sich im Jahr 2000(!) innerstädtisch mit bis zu 300km/h und außerhalb geschlossener Ortschaften mit bis zu 1000 km/h schnell bewegen würden. Eine nicht ganz treffende Prognose für einen Individualverkehr, der in den Ballungsgebieten täglich mehrere hundert Kilometer Stau produziert.

Die Technokratie gibt sich hier äußerst konservativ. Sie versucht den Automobilitätismus einfach fortzusetzen, indem sie vom Verbrenner- auf den E-Antrieb umsteigt und ansonsten die Verkehrskonzepte aus dem letzten Jahrhundert unverändert beibehält. Ein zweieinhalb Tonnen schwerer 600-PS-Elektro-Porsche muss als trotzig-zynische Antwort der deutschen Automobil-Branche auf die Klima- und Mobilitätskrise verstanden werden.

*Ohne eine grundlegende Abkehr von den derzeitigen, völlig überkommenen Mobilitätsvorstellungen des auto-*

*mobilen Individualverkehrs wird es nicht möglich sein, den Klimawandel auf ein langfristig überlebbares Maß zu reduzieren. Wer an einer Expansion des Welthandels und des Tourismus festhält und dabei glaubt, unser Lebensstandard ließe sich (technologisch innovativ) auf den restlichen Teil der Weltbevölkerung verallgemeinern, beraubt sich jeglicher Chance, diesen Planeten vor dem Kollaps zu bewahren. In vielen Bereichen werden vermeintlich innovative Energie-Effizienz-Steigerungen durch den „Rebound-Effekt“ aufgefressen.*

### Renaissance der Atomkraft?

Als Anfang der 1950er Jahre der Wohlstand spürbar zunahm, begann eine Phase eines geradezu euphorischen Fortschritts- und Technikglaubens. Konzeptfahrzeuge von atomkraftbetriebenen Autos wurden vorgestellt. Die Genfer Atomkonferenz (1955), das Bundesministerium für Atomfragen (ab Oktober 1955; erster Minister: Franz Josef Strauß) und die Deutsche Atomkommission (1956) brachten den politischen Durchbruch der Kernenergie in Westdeutschland.

Rund 50 Jahre ist es her, dass sich erstmals überregional Widerstand gegen die atomare Stromerzeugung regte. Riskant, gesundheitsschädlich, zerstörerisch und zentral herrschaftssichernd – diese Aspekte sind mit der Atomenergie verbunden. In den vergangenen Jahrzehnten stieg mit den großen atomaren Unfällen in Tschernobyl 1986 sowie Fukushima 2011 die Skepsis gegenüber dieser Form der Energieerzeugung. In Deutschland wurde nach dem Super-GAU in Japan der „endgültige Ausstieg“ aus der Atomkraft besiegelt. 2022 sollen die letzten Meiler abgeschaltet werden. Jetzt im Zuge des (halbherzigen) „Kohleausstiegs“ scheinen einige in der CDU den Rückwärtsgang einlegen zu wollen. Ein Positionspapier erwägt die Rückkehr zur Kernkraft. Erstellt hat das Dokument der Bundesausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze und Steuern. Wasser auf die Mühlen des konservativen Flügels: Man wolle „Technologie-offen“ bleiben. Auf der Liste der Unterstützer\*innen dieser Idee steht unter anderem die internationale Energieagentur IEA, die Subventionen für die nukleare Energieerzeugung fordern. In ihren Analysen wird Atomenergie in einem Zug mit Erneuerbaren Energien als klimafreundliche Energiequelle genannt.

Das ist nachweisbar grober Unfug. Nur wer den Blick auf den Reaktorbetrieb einschränkt, kann ein AKW klimagasfrei nennen – wenn die gesamte Kette Bergbau, Aufbereitung, Anreicherung, Transport, Kernspaltung berücksichtigt wird, entspricht der Klimagasausstoß eines AKW dem eines Gaskraftwerks - das ungelöste Entsorgungsproblem noch nicht mal eingerechnet. Um Kohle, Öl und

Berlin werden 3 Thyssen-Krupp LKW abgefackelt. „Feuer und Flamme den Knästen und Waffenherstellern. Abrüstung selber machen.“ 02.12.19: Steine fliegen auf eine Marburger Burschenschaft. 03.12.19: Eine „anonymous anarchist agency“ hat die Web-Präsenz der Gewerkschaft der deutschen Polizei (GdP) gehackt. Sie hinterließen ihr Communique und ein Hambi bleibt Banner. Die Aktion steht im Zusammenhang mit den neuesten faschistischen Umtrieben der Polizei bei Ende-Gelände in Cottbus. 04.12.19: In Dresden wird das Auto eines AfD Landtagsabgeordneten demoliert.

Gas zu ersetzen, müssten hunderte AKW gebaut werden. Beim derzeitigen Verbrauch von Uran beträgt dessen Reichweite nur ein paar Jahrzehnte. Kommen hunderte neuer Anlagen dazu entsprechend weniger. AKW werden für Laufzeiten von etwa 40 Jahren kalkuliert – wenn viele neue Anlagen hinzukommen, geht diese Rechnung nicht mehr auf. Der sogenannte „energy cliff“ beschreibt den Moment, bei dem zur Herstellung eines Brennstoffes gleich viel Energie reingesteckt wird, wie dieser dann freisetzen kann. Bei Uran ist die kritische Stelle der Abbau. Ab einer Konzentration von 0.04 % Uran im Erz ist der „cliff“ erreicht: Bei niedrigerer Konzentration ist es wirtschaftlicher die Energie, die in den Abbau gesteckt wird, direkt zu nutzen und das Uran in der Erde zu lassen. Aktuelle (neue) Minen bauen bereits Erz mit weniger als 1% Urangehalt ab – der Cliff ist nicht mehr weit. Ergo: Atomenergie als Lösung des Klimawandels zu propagieren ist Augenwischerei.

Die EU-Kommission hat im Dezember 2019 einen Plan vorgestellt, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Darin spielt die Kernenergie keine Rolle, allerdings steht das Vorhaben noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Mitgliedstaaten. Diese streiten noch über die Frage der Atomkraft. Auf Druck osteuropäischer Länder und Frankreichs nannte der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs Atomkraft als mögliche Energiequelle auf dem Weg zur Klimaneutralität. Eine politisch geförderte Rückkehr der Dinosaurier wäre ein GAU für die Umweltbewegung. Diese muss nun unmissverständlich deutlich machen, dass jede nukleare Option an ihrem heftigen und breiten Widerstand scheitern würde.

### **Ökologische Verhaltenslenkung Smarter Behaviorismus**

Die Glaubwürdigkeit der Technokraten, das Klimaproblem rein technologisch in den Griff zu kriegen, schwindet zusehends. Selbst in einer Ingenieurs-geprägten Gesellschaft wie der französischen, die zudem nicht auf ein besonders ausgeprägtes Umweltbewusstsein zurückgreifen kann, schwindet seit den beiden unerträglich heißen bzw. extrem trockenen Sommern 2018 und 2019 der Fortschrittsglaube der Bevölkerung an die Fähigkeiten der Technokratie. Im Gegenteil, die „Kollapsologen“ sind in der öffentlichen Debatte immer stärker vertreten. Die „Kollapsologie“ als interdisziplinärer Wissenschaftsansatz – weit über die engen Grenzen der Umweltwissenschaften hinaus – gibt es seit dem 2015 von Pablo Servigne und Raphaël Stevens erschienen Essay „Wie alles zusammenbrechen kann – kleines Kollapsologie-Handbuch für gegenwärtige Generationen“. Darin gehen die Autoren von einer höchst wahrscheinlichen Unfähigkeit

des Kapitalismus aus, den ökologischen Zusammenbruch verhindern zu können.

Mit einem weiter schwindenden Vertrauen in den technologischen „Fortschritt“ versucht der Kapitalismus seine „Nachhaltigkeits“-Glaubwürdigkeit anders herzustellen und gleichzeitig die Ressource Mensch besser inwertsetzen zu können. Smarte (algorithmische) Verhaltenslenkung, basierend auf einer eher rückschrittlichen Auslegung des „Behaviorismus“, steht (nicht nur in China!) hoch im Kurs.

John B. Watson beschrieb 1913 in seiner Antrittsvorlesung an der Columbia University die „Psychologie aus der Sicht des Behavioristen“ als Disziplin mit dem „theoretischen Ziel, Verhalten vorherzusagen und zu steuern“. Indem Watson die Tätigkeit des Gehirns oder „innere Zustände“ als Blackbox außen vor ließ, konnte er allein mit dem beobachtbaren Verhalten lebendiger Wesen arbeiten und davon ausgehend eine Psychologie ohne jegliche Subjektivität entwerfen. B.F. Skinner erforschte mit einer Methode, die er „operante Konditionierung“ nannte, wie bestimmte äußere Reize das Lernen beeinflussen. Während die klassische (Pawlow'sche) Konditionierung einen Reiz schlicht mit einer Reaktion koppelt, ist bei der operanten Konditionierung das Verhalten anfangs spontan, doch die davon ausgelöste Rückkopplung bestärkt oder hemmt die Wiederkehr bestimmter Handlungen. Es ist interessant zu beobachten, wie eng verbandelt der von Watson und Skinner geprägte Behaviorismus mit der Disziplin der Kybernetik war.

Die Zukunftsvision vieler Tech-Giganten einer paternalistisch geführten Welt fußt auf der Idee dieses Behaviorismus. Ein persönliches Journal „sämtlicher Handlungen, Entscheidungen, Vorlieben, Aufenthaltsorte und Beziehungen“ soll die Grundlage sein für ein System digitaler Assistenz, das KI-basiert auf jeden Einzelnen zugeschnittene „Handlungsempfehlungen“ ausspricht. Angesichts „zu komplexer Lebensverhältnisse“ gehen z. B. die Visionäre von Google von einer notwendigen Verhaltenssteuerung andernfalls nicht-rational handelnder Individuen aus – ein paternalistisches und rückschrittliches Menschenbild. Mehr Retrotopie, als technologie-affine Utopie.

### **Smart-City als Durchsetzungsrahmen**

Realisiert sehen wir die teilweise geradezu „totalitär“ anmutende Rückbesinnung auf den Behaviorismus derzeit in vielen Smart-City Ansätzen – vorgeblich zugunsten einer vermeintlich besseren und ökologischeren Lebensweise:

In einem Pilotprojekt in der als ökologische Vorzeigestadt in der Wüste Abu Dhabis konzipierte Retorten-Stadt

**06.12.19:** In Neubrandenburg wird der Supermarkt eines AfDlers mit Farbe beworfen. 06.12.19: „Großes Entsetzen herrscht in drei Münchner Kirchengemeinden: Unbekannte haben die Eingangsbereiche von vier Kirchen großflächig mit Hassbotschaften besprüht.“ 06.12.19: Farbe gegen Büro der deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG) in Stuttgart. 06.12.19: In Weimar werden bei einer Bank und zwei Versicherungen die Scheiben eingeschlagen. „In Erinnerung an Alexandros Grigoropoulos! Solidarität mit Exarchia! Es lebe die Anarchie!“ 06.12.19: In Wuppertal wir ein SUV der

Masdar City unter der Leitung von Professor Scott Kennedy (Masdar Institute) wurde bereits vor mehr als zehn Jahren der individuelle Energie- und Wasserverbrauch überwacht und verschiedene Anreizmechanismen zum Einsparen getestet. Grundvoraussetzung für das System war, dass in jeder Wohnung der Verbrauch von Strom sowie kaltem und warmem Wasser minutengenau gemessen wurde. Heute sind wir mit der Einführung der Smart Meter und zeitvariabler Stromtarife diesem Prototyp der ökologischen Verhaltenslenkung sehr nah.

Die „grüne“ Stadt Songdo in Südkorea findet in ihrem „technologisch deterministischen Ansatz“ als geschlossen gedachtes System keine Antworten auf die „komplexen Herausforderungen“ urbanen Lebens. Mit ihren rigide formalisierten Steuerungsparametern wird der grüne Smart City-Ansatz den unterschiedlichen Möglichkeiten verschiedener Bevölkerungsschichten beim Zugang zu städtischen Dienstleistungen nicht gerecht. „Die Stadt wurde derart vorrangig als technologisches System gedacht, dass soziale Dimensionen in Songdo's Smart-City-Vokabular gar nicht erst vorkamen.“ (Paul D. Mullins) 2

In mehreren Großstädten Chinas wurde 2017 auf öffentlichen Toiletten eine Gesichtserkennung eingeführt, um den übermäßigen Verbrauch an Toilettenpapier einzudämmen. Ein Automat händigt eine fest kontingentierte maximale Tagesmenge Toilettenpapier aus. Das klingt fast unglaublich absurd: Ökologie-Erziehung mit schwerem Geschütz oder aber die gewöhnende Einübung einer permanenten Präsenz digitaler „Assistenz“? Beides sind gleichermaßen ernst zu nehmende Motive. Jetzt mag mensch einwenden, dass China in Alleinstellung ja doch eh sämtliche Lebensäußerungen nutzt, um die KI-Algorithmen seiner „Sozialen-Punkte-Systeme“ mit möglichst vielen Alltags-Datensätzen zu füttern. Das stimmt – bis auf die Alleinstellung. Manche europäische Smart-City-Projekte zur „Ökologisierung“ erscheinen da nur unwesent-

lich sinnvoller: Ein Pilotprojekt zur personalisierten Abfallsorgung in den Niederlanden sollte RFID-gesteuert erkennen, wer berechtigt ist welche Mülltonne zu befüllen – angeblich um Missbrauch zu verhindern bzw. zu detektieren. Der Überwachungseifer zugunsten der Quantifizierbarkeit vermeintlich relevanter Parameter scheint auch außerhalb Chinas extrem zu sein. Das Projekt wurde jedoch durch Verweigerung und Sabotage der Probanden (zunächst) wieder zu Fall gebracht.

Auch in Deutschland schätzen Technokraten die Möglichkeit einer versteckten top-down-Bevormundung zu umweltbewussterem Verhalten. So schreibt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in einer Bestandsaufnahme unterschiedlicher Smart-City-Ansätze: „Um den Nutzer der städtischen Infrastrukturen zu bestimmen, zum Beispiel ökologisch wertvollen Verhaltensweisen zu motivieren, (...) testen die Städte verschiedene Anreiz- und Aktivierungsmodelle. Hier werden mithin neue Formen des städtischen Regierens in Form einer gewollten Steuerung von Verhaltensformen erprobt.“ (Smart Cities International, Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR))

*Es ist skurril: Wir erleben aktuell einen „postfaktischen“ Zerfall der Realität in konkurrierende „Wahrheiten“ und gleichzeitig wird DIE Wahrheit – als faktisch verbindliche Lebensrealität – algorithmisch durchgesetzt, ohne wahrnehmbaren Expertenstreit und ohne gesellschaftlich ausgehandelte, transparente Regeln. Der nicht einsehbare Code einer Smartifizierung urbanen Lebens bestimmt schleichend und schwer angreifbar unser Verhalten. Hierzu benötigt die Technokratie nicht einmal mehr einen Vertrauensvorschuss. Angesichts der Dringlichkeit eines irreversiblen Klimawandels erscheint es überlebensnotwendig, sich von der Technokratie aktiv abzuwenden und anzuerkennen, dass eine grundsätzliche und einschneidende Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweise notwendig ist.*

## Castor Alarm

Es wird im Zeitraum vom 1.3.-31.12.2020 einen Castor-transport mit sechs Castorbehältern von Sellafeld nach Bilblis geben. Eine Transportgenehmigung für diesen Zeitraum liegt seit dem 14.2. vor. Es ist davon auszugehen, dass die Castoren per Schiff an einen deutschen Hafen gebracht werden und dann per Bahn weitertransportiert werden. Wegen des besonders hohen Gewichts dieses Typs Castorbehälter (je 115 Tonnen) wird der Hafen in Nordenham (Wesermündung gegenüber von Bremerhaven) als wahrscheinlicher Anladehafen gehandelt. Dann KÖNNTE die Reise über Hude, Bremen, Hannover, Göttingen, Kassel und Frankfurt erfolgen oder aber auch

über Münster und die Rheinschiene. Ihr könnt Euch in die Alarmliste eintragen lassen, um den Tag X nicht zu verpassen: <https://castorstoppen.noblogs.org/alarmliste>

Aktuelle Infos unter:  
<https://castorstoppen.noblogs.org/>  
und <https://castor-stoppen.de/>

### Warum blockieren?

Es ist schon erstaunlich. Da fahren Castoren bezahlt von RWE oder E.on nach Sellafeld und werden entladen. Als

Stadtwerke abgestochen und eingefärbt. **06.12.20:** Streifenwagen in Berlin in Hinterhalt gelockt und mit Steinen beworfen. Solidarität mit den Squats in Exarchia. **07.12.19:** In Hamburg brennt eine Barrikade auf der Chausse. Solidarische Grüße an die Kämpfenden in Griechenland. **07.12.19:** In Athen brennen neun Fahrzeuge auf dem Gelände eines Citroen Händlers. Diese liefern Fahrzeuge an die griechische Polizei. **07.12.19:** In Leipzig brennt ein Bürozimmer mit der Post von 2 Tagen im Sächsischen Landesamt für Steuern und Finanzen. Die Aktion geschieht in Solidarität mit

nächstes werden hochradioaktive Brennstäbe im Wasser der Wiederaufbereitungsanlage aus den Castoren gehoben, später zersägt, aufgelöst und verglast. Und wie in einem magischen Akt verwandelt sich die nukleare Altlast der Konzerne in bundesdeutschen Müll, in „unseren Müll“. Und nicht nur das: alle, die schon gegen die Erzeugung dieser tödliche Altlasten gestritten haben, sollen nun schweigen und im nationalen Kollektiv das Produkt privatwirtschaftlichen Handelns schultern. So überzeichnet diese Beschreibung der Vorgänge im Umfeld der anstehenden „(Rück)transporte“ erscheint. Der hier zu beobachtende Prozess der Sozialisierung von Kosten, also des Abwälzens der Folgen privatwirtschaftlichen Handelns auf die Allgemeinheit zieht sich durch alle Bereiche des Betriebs von Atomanlagen von der Kernforschung über den Uranabbau bis hin zur Ent-Sorgung.

Bereits 1999 fasste die Anti-AKW Bewegung ihre Motive zur Blockade jeglicher Atommülltransporte wie folgt zusammen:

- Alle Transporte gewährleisten den Weiterbetrieb von Atomanlagen und lassen damit auch weiteren Atommüll entstehen.
- Seit 25 Jahren kämpfen wir gegen die Produktion dieses Atommülls!
- Es ist nicht „unser Müll“, es ist privater Müll von RWE, Siemens etc. nur die Gefährdung, die Schäden und die Kosten treffen uns alle!
- Wenn die „Verstopfungsstrategie“ Erfolg hat, gibt es keine Wiederaufarbeitung mehr, welche insbesondere die Umgebungen der WAA's aber auch global verstrahlt und verseucht. – Durch den Widerstand gegen die WAA Transporte wurden diese 2005 eingestellt
- „Unser Müll“? Seit wann gehören wir zu den internationalen profitorientierten Großkonzernen, die rücksichtslos auf unsere Kosten AKW's betreiben?
- Der Atommüll wurde von privatwirtschaftlichen, zum Teil multinationalen Unternehmen gegen unseren Willen



produziert. Französische sowie englische Unternehmen verdienen sehr gut an der Wiederaufarbeitung dieses Mülls. (Die französische Cogema drohte sogar mit Klagen gegen deutsche AKW-Betreiber, falls der vertraglich vereinbarte Atommüll nicht rechtzeitig eintrifft.)

- Innerhalb Europas fallen die Grenzen, wir Europäer wachsen zusammen, heißt es – während die „Festung Europa“ v.a. gegen Flüchtlinge ausgebaut wird. Wenn es den Atominteressen nützt, sind die innereuropäischen Grenzen plötzlich wieder wichtig. Die Grenzen werden also gezogen wie es das Kapital und der Profit benötigen! Radioaktivität kennt aber keine Grenzen...
- Castor-Blockaden sind Widerstand gegen die unsinnige europaweite Verschiebung von Atommüll, es gibt keinen nationalen Müll! „Wiederaufarbeitung“ und „sichere Endlagerung“ sind Illusionen! La Hague und Sellafield sind ungeeignet und gefährlich – Gorleben und Ahaus sind ungeeignet und gefährlich – die Transporte sind ungeeignet und gefährlich! Die Atomindustrie ist dafür verantwortlich (nicht die Deutschen, die Engländer oder die Franzosen), die Allgemeinheit ist nicht verantwortlich, sie ist höchstens leidtragend und muss für die Kosten aufkommen. Deswegen muss die internationale Atomindustrie gemeinsam bekämpft werden.

*Dem bleibt auch 21 Jahre danach nichts hinzu zu fügen.*

den Kämpfen in Griechenland gegen das Spar-Diktat und um das Viertel Exarchia. **08.12.19:** In Tübingen wird ein Burschi sein Mützchen los. **08.01.20:** In Indien streiken über 250.000.000 Menschen gegen die Regierungspolitik von Modi. **09.12.19:** Soldaten und Nazi-Denkmäler in Wuppertal mit Farbe versaut. **09.12.19:** In Berlin wird die Berliner SPD-Parteizentrale großflächig in kurdische Farben getaucht. **11.12.19:** In Berlin brennt eine Thyssen-Krupp Karre. **12.12.19.** Farbe gegen Mercedes-Benz Bank in Berlin. „Mercedes ist einer der größten Lieferanten der türkischen

# Niemand hat die Absicht, die Laufzeiten zu verlängern

## Der nächste Ausstieg vom Ausstieg aus der Atomkraft

### könnte mit Verweis auf die Klimaziele erfolgen

Für weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung ist der Atomausstieg beschlossene Sache, viele Menschen glauben sogar, dass alle Atomkraftwerke bereits abgeschaltet sind. Doch wie energiepolitische Untote laufen die sieben leistungsstärksten Reaktoren im Jahr 2019 noch immer. 19 Jahre nach dem für weite Teile der bundesdeutschen Bevölkerung ist der Atomausstieg beschlossene Sache, viele Menschen glauben sogar, dass alle Atomkraftwerke bereits abgeschaltet sind. Doch wie energiepolitische Untote laufen die sieben leistungsstärksten Reaktoren im Jahr 2019 noch immer. 19 Jahre nach dem Beginn der verschiedenen Atomausstiege und -konsense liegt Deutschland im europäischen Vergleich immer noch auf Platz drei der installierten nuklearen Kraftwerksleistung. Angesichts der massiven antinuklearen Stimmung nach dem dreifachen GAU von Fukushima 2011 ein bemerkenswerter Umstand.

Wer hätte damals gedacht, dass die Stilllegung der acht ältesten Reaktoren ausreichen würde, um den Widerstand weitgehend zu befrieden und den verbliebenen neun Reaktoren eine Bestandsgarantie von bis zu einem Jahrzehnt zu verschaffen? Unberührt vom sogenannten Atomausstieg blieben auch die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherung in Gronau, die jeweils von erheblicher internationaler Bedeutung sind. So versorgt die Anlage in Lingen neben vielen anderen AKWs weltweit auch die rissigen belgischen Reaktoren Tihange und Doel mit Brennelementen. Ungeschoren kamen auch die Kernforschungszentren (KIT Karlsruhe, FRMII Garching) davon, die mit enormem finanziellem Aufwand an zukünftigen Reaktorlinien forschen und die atomtechnische Ingenieurs-Community am Leben halten.

### Noch lange nicht erledigt

Um zu verstehen, weshalb aktuell eine Reihe von Anti-Atom-Gruppen eine Laufzeitverlängerung von AKWs 2021/22 für wahrscheinlich halten, lohnt es sich, die innere Logik des Atomausstieges von 2011 genauer unter die Lupe zu nehmen. Zunächst einmal war es für die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung notwendig, die Proteste außerhalb und innerhalb der Parlamente zu befrieden. Wie sehr Letzteres drängte, machte der Regierungswechsel im CDU-Kernland Baden-Württemberg deutlich. Hier war die Welle der Empörung über den Super-Gau maßgeblich dafür verantwortlich, dass Winfried Kretschmann erster grüner Ministerpräsident wurde. Den heutigen Kohleprotesten ähnlich, bedrohte

der bis weit ins bürgerliche Lager reichende Zweifel an der herrschenden Energiepolitik die Machtbasis der CDU. In einem vielschichtigen Manöver gelang es Angela Merkel, zunächst einmal durch die Stilllegung einer Reihe sehr alter und in der Kritik stehender Reaktoren (z.B. Biblis und Krümmel) dem Wunsch einer Bevölkerungsmehrheit nach AKW-Abschaltungen nachzukommen. Darüber hinaus nahm sie die kurz vorher beschlossenen Laufzeitverlängerungen auf die Linie des rot-grünen Atomkonsenses zurück – und damit der parlamentarischen Opposition wirkungsvoll den Wind aus den Segeln. Aber auch die Befürworter\*innen der Atomanlagen wurden bedient. Denn drittens stellt der sogenannte Atomausstieg auch eine Bestandsgarantie und Planungssicherheit für die wichtigsten Leistungsreaktoren der Stromkonzerne dar. Mit Laufzeitverlängerungen von zwei bis fünf Jahren für die jüngsten Reaktoren wurden die wegfallenden Kraftwerkskapazitäten der alten und kleineren Reaktoren weitgehend kompensiert. Für die Energiewirtschaft ein äußerst glimpfliches Ergebnis, mit dem nach einem dreifachen GAU nicht zu rechnen war.

Obendrauf gab es jedoch noch mehr: Mit dem Beschluss, die sechs stärksten Leistungsreaktoren (Brokdorf, Grohnde, Lingen, Neckarwestheim 2, Gundremmingen C und Isar 2) rund um das Wahljahr 2021 innerhalb von zwölf Monaten vom Netz zu nehmen, wird ein politischer »Möglichkeitsraum« eröffnet. Dieser stellt zwar keine Garantie des Weiterbetriebs dar, legt aber einer zukünftigen Bundesregierung ein wirkmächtiges Instrument in die Hand, um den Ausstieg je nach Opportunität in Frage zu stellen.

### Herbeigeführte Sachzwänge

Um die energiepolitische Option Atomenergie-Laufzeitverlängerung im Jahr 2021 einzulösen, brauchte es also lediglich eine frühzeitige Politik der Unterlassung und Behinderung von energiepolitischen Veränderungen, um die Stilllegung der Reaktoren 2021 als irrational und technisch gar nicht machbar erscheinen zu lassen. Aus Sicht der Atomwirtschaft gilt es, »Sachzwänge« herbeizuführen, die einen Weiterbetrieb der AKW nahelegen.

Schaut man sich die energiepolitischen Rahmenbedingung im Jahr 2019 an, so steht außer Zweifel, dass diese Obstruktionspolitik in vielen Bereichen seit Jahren und mit zunehmender Heftigkeit umgesetzt wird. Der für den Transport großer Mengen an Windstrom in den Süden notwendige Ausbau von Stromnetzen wurde von der

Armee;“ Dezember: „Seit letztem Monat dreht ein autonomer Bus (genannt Hubi) im sogenannten Wissenschaftspark in Osnabrück seine Runden“ Die Teststrecke wurde mehrfach sabotiert um die Datensammelei zu behindern „Gegen die Smartifizierung von Städten, Kontrolle und Macht. Smarte Infrastruktur angreifen; “Hubi” geh sterben.“ 13.12.19: In Hamburg wird der gepanzerte Dienstwagen von Innensenator Andy Grote auf dem Weg zur Arbeit mit Steinen beworfen. 13.12.19: In Frankfurt gibts Buttersäure und Steine fürs Büro der GdP. 13.12.19: In Leipzig brennt ein Auto der

Bayerischen Landesregierung von Beginn an blockiert und auch von vielen anderen Akteuren behindert. Nach Auskunft der Bundesnetzagentur waren im dritten Quartal 2018 von den notwendigen 7.700 Kilometern neuer Stromleitungen lediglich 4.600 Kilometer in Planungsverfahren, 1.800 genehmigt, und erst 950 tatsächlich gebaut. Ein Netzausbau, der den Ansprüchen des Atomausstieges und der Energiewende gerecht wird, ist bis 2022 vollkommen unrealistisch geworden. Auch die Mitte des nächsten Jahrzehnts gilt mittlerweile als recht ambitioniertes Ziel.

Im Bereich der Energiewende sieht es nicht besser aus. Nach einem fulminanten Start mit einem Zubau von Windkraftanlagen mit bis zu 4.600 Megawatt jährlich Mitte des Jahrzehnts wurde vom Bundestag und der Bundesregierung mit geradezu brutalen Mitteln der Ausbau der Regenerativen zum Erliegen gebracht.

Mit mehreren drastischen Absenkungen der Einspeisevergütungen für Wind- und Solaranlagen sowie überbordend bürokratischen Ausschreibungsverfahren wurde vor allem die Windenergie attackiert, die nur zu einem geringen Anteil im Besitz der großen Stromkonzerne ist (rund 5%). Das Ergebnis: Im ersten Halbjahr 2019 wurden nur noch 85 Windräder in der gesamten Bundesrepublik aufgebaut. Da aber im gleichen Zeitraum 51 Windräder abgebaut wurden, bleibt netto lediglich ein Zuwachs von 34 Windrädern. In Bayern und fünf weiteren Bundesländern wurde im ersten Halbjahr 2019 kein einziges Windrad errichtet. Dies hat zur Folge, dass in den Jahren 2016 und 2017 nach Angaben der IG Metall Küste rund 26.000 Arbeitsplätze in der Windindustrie verloren gingen. 2018 wurden weitere 3000 Arbeitsplätze gestrichen, bis schließlich im September 2019 mit Senvion ein großer Player Konkurs ging.

### »Deutschlands ungeliebte Klimaschützer«

Entgegen aller klimapolitischer Sonntagsreden lässt sich Ende 2019 festhalten, dass mit Blick auf die Stilllegung der sechs größten AKWs in den nächsten drei Jahren das Feld bereitet wurde, um den Ersatz der Leistungskapazitäten durch regenerative Energie unmöglich erscheinen zu lassen.

Doch um das Aufschnüren des sogenannten Atomausstieges zugunsten der Laufzeitverlängerung einiger

AKWs auf die Tagesordnung setzen zu können, braucht es eine gut durchdachte mediale Orchestrierung. Noch zu Zeiten der Laufzeitverlängerung 2010/2011 forcierten die Betreiber und das deutsche Atomforum sehr erfolgreich die Kampagne:

»Deutschlands ungeliebte Klimaschützer«. Angesichts des massiven Imageverlustes der Atomenergie in Deutschland werden die Konzerne sich 2019 doch eher weicher Kommunikationsstrategien bedienen, wie es die Consulting Firma PRGS schon vor zehn Jahren einem Stromkonzern in einem Gutachten riet. Als weiche Kommunikationsstrategie wird darin geraten, die Atomenergie argumentativ mit dem positiv besetzten Klimaschutz zu verbinden und dies von verschiedenen Akteur\*innen aus Parteien, Wirtschaft und gezielt ausgewählten Medien vertreten zu lassen – anstatt selbst die Initiative zu ergreifen. Im Gegensatz zur Laufzeitverlängerung 2011 werden sich die Betreiber daher dieses Mal bitten lassen, statt selbst öffentlich für die Atomenergie zu werben.

Aktuell wird die Forderung von Laufzeitverlängerungen provokativ vom Volkswagen-Chef Herbert Diess und dem Kuratoriumsvorsitzenden der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, dem ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement medial vertreten. Ende September 2019 forderte aber auch der Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Peter Hauk (CDU), dazu auf, zugunsten eines schnelleren Kohleausstieges den Atomausstieg noch einmal zu überdenken.

Der Boden für eine AKW-Laufzeitverlängerung ist also bereitet, und es scheint absehbar, dass Umfragen lanciert werden, die mit Fragen wie: »Würden Sie für das Erreichen der 2030 Klimaziele den zeitlich begrenzten Weiterbetrieb von AKW hinnehmen?« einen Stimmungswechsel forcieren werden. Die amtierende Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) formuliert es so: »Deutschland ist das einzige Land, das gleichzeitig aus Atomkraft und Kohle aussteigen will, und das, wo wir die Netze in Deutschland dafür noch nicht haben, wo wir die regenerativen Energien noch nicht so schnell hochgefahren haben, wie wir sie dann brauchen ...« (Handelsblatt, 20.12.2018) Wie schlüssig dieser Satz doch ist, wenn er ohne ein Wissen um seine Vorgeschichte und die Perspektive einer AKW-Laufzeitverlängerung gelesen wird.

Anti-Atom-Büro Hamburg

Sicherheitsfirma WIS. 13.12.19: In Berlin werden zwei Filialen der Isbank und eine von Jenoptik angegriffen. „Jenoptik ist ein Rüstungskonzern welcher Kameras und Infrarot Suchsysteme herstellt welche in Panzern und Drohnen verbaut werden. Die Isbank Bank ist integraler Bestandteil des türkischen Staates und spielt eine wichtige Rolle in der Finanzierung und aufrecht Erhaltung des faschistischen Erdogan Regimes“ #Fight4Rojava! 13.12.19: Zwei Fahrzeuge bei einem Nissan Händler und fünf Autos und ein Funkmast der Telekom brennen in Berlin. „Mit der Tochterfirma T-Systems ist der

# Fragen an die Rigaer Straße

Zunächst wollen wir klarstellen, dass das Haus Rigaer Str. 94 in Berlin nicht als politische Gruppe mit einer einheitlichen Ideologie oder Praxis funktioniert. In den verschiedenen Kollektiven und Wohnungen des Hauses haben sich einige gefunden, die Fragen zu bearbeiten, unter dem Ziel, die politische Linie des Hauses ungefähr abzubilden. Dabei haben wir uns an Grundsätzen entlang gehandelt, die sich in unseren alltäglichen Kämpfen und Diskussionen seit Jahren herauskristallisiert haben.

**Frage:** *Seit vielen Jahren verteidigt ihr euer Wohnen mit militanten Mitteln. Wie hat sich die Nachbarschaft in Reaktion auf eure Militanz entwickelt? Wo seht ihr Grenzen für eine Solidarisierung, z.B. hinsichtlich des Stresslevels?*

Wir finden es immer wieder wichtig klar zu stellen, dass unser politisches Handeln nicht auf die Verteidigung unseres Wohnraums in der Rigaer Straße 94 abzielt. Des Weiteren setzt eine starke militante Politik um unser Haus und unseren Kiez voraus, dass sie von mehr als diesem einen Haus und seinen jeweiligen Bewohner\*innen getragen wird. Einschätzungen über die Reaktionen der Nachbar\*innenschaft auf die offene Militanz im Kiez können wir natürlich nur anhand des Feedback

machen, welches uns auch erreicht. Umso mehr wir im Alltag auf der Straße sind, vor den Türen oder auf dem Dorfplatz, umso mehr Ansprechbarkeit folgt daraus von Seiten verschiedenster Nachbar\*innen. Der Weg in unsere Küfa oder zu Veranstaltungen stellt eine weitaus größere Hürde dar.

Über die Jahre hat sich unser Verhältnis, nicht nur persönlich sondern auch strategisch, zu unseren Nachbar\*innen verändert. Spätestens mit dem Gefahrengelände 2015 sind die Nachbar\*innen direkt mit Bullenschikanen konfrontiert gewesen. Aus dieser Betroffenheit heraus hat sich sicherlich auch ein weiteres Verständnis für unser Handeln ergeben. Mit diversen Zwangsräumungen in den letzten Jahren haben vielleicht auch viele Anwohner\*innen des Nordkiezes ihre eigene Situation erfasst und erkennen müssen, dass Verdrängung durch Luxussanierung und Neubau auch für sie eine reale Gefahr sein können. Feuer am Dorfplatz, Farbwürfe und Steine auf Bullen, Angriffe auf Nazis oder das Bemalen und Bekleben der Wände des Kiezes haben natürlich Einfluss auf unsere Nachbar\*innen.

Positives Feedback aber kommt im Alltag meist nur von denjenigen, die auch selbst politisch aktiv sind, unsere Küfa besuchen oder einen persönlichen Bezug haben zu der Straße oder unseren Kampffeldern. Auf versehentlich in Mitleidenschaft gezogene Anwohner\*innenautos wer-

den wir als Hausbewohner\*innen dagegen oft direkt angesprochen. Eine generelle Entsolidarisierung konnten wir aufgrund solcher Fälle jedoch nicht beobachten. In Extremfällen wie Razzien oder dem Räumungsversuch 2016 zeigt sich dann wiederum, dass die Solidarität, wenn es hart auf hart kommt, auch außerhalb der Hausprojekte ganz praktisch sein kann. Es ist spannend zu beobachten, dass eine gewisse Normalität den Aktionen zugesprochen wird, die wir in den Straßen um den Dorfplatz eingeführt haben oder regelmäßig veranstalten. Wenn dann mal Eier auf Baustadtrat Florian Schmidt geworfen werden, sich von Dächern abgeseilt oder Feuer in der Mitte des Dorfplatzes entzündet wird, laufen die Menschen vorbei, manche mit Stirnfalten und andere fragen interessiert, was wir denn heute hier machen. Angst, uns an zu sprechen oder Angst vor den Aktionen selbst, haben tatsächlich nur diejenigen, die sich selbst als unsere Feinde erkennen.

Natürlich ist ein Kiez wie unserer sehr heterogen und neben Szeneprojekten, Autonomen und solidarischen Nachbar\*innen wohnen hier auch Menschen, deren politische Ansichten und deren unsolidarisches Handeln nicht in das Konzept eines „solidarischen Nordkiezes“ passen. Wir wissen, dass es Nachbar\*innen gibt, die sich als Bullenspitzel anbieten oder als Parteigänger\*innen versuchen, die Nachbar\*innenschaft zu spalten. Hier ist es uns wichtig auch politisch gegen zu halten und ihrem Konzept des „Rechtsstaates“ ein Verständnis von Solidarität und Selbstverwaltung entgegen zu setzen.

**Frage:** *Wertet ihr es als Erfolg einer militanten Zuspitzung, wenn sich der Bauunternehmer Christoph Gröner als Chef der CG-Gruppe nur noch unter Polizeischutz eurer Nachbarschaft nähert? Wie wirken Angriffe auf CG-Baustellen andererorts oder der Angriff auf seine Privatwohnung eurer Meinung nach?*

Wir wissen nicht genau, ob sich Christoph Gröner ausschließlich mit Polizeischutz im Kiez bewegt. Es ist jedoch bekannt, dass er dies zumindest bei größeren Veranstaltungen der CG-Gruppe in unserem Kiez tut. Dies sehen wir sehr wohl als Ergebnis einer militanten Zuspitzung in Kombination mit öffentlichen Aktionen der Nachbar\*innen. Ob es jedoch als Erfolg gewertet werden kann, ist eine andere Frage und können wir als Haus auch nicht beurteilen.

Um eine Kampagne gegen die CG-Gruppe als erfolgreich zu bewerten, denken wir, ist weit mehr notwendig. Im Kiez haben sich mehrere Nachbar\*innen-Gruppen

Konzern einer der weltweit führenden Dienstleister für Sicherheitsbehörden, Großindustrie und die Energiebranche.“ Nissan liefert Fahrzeuge an die griechische Polizei die in diesen Tagen Exarchia besetzt. **14.12.19:** Vonovia Van wird in Berlin abgefackelt. **16.12.19:** In Berlin wird eine Amazon Packstation von einer feministischen autonomen Zelle umlackiert. **16.12.19:** In Stuttgart gibts Farbe für eine Nazikneipe. Dezember: Schon wieder kaputte Scheiben bei der Karodiele in Hamburg. **17.12.19:** Mobiler Trafo von RWE fackelt im Umfeld des Hambacher Forsts ab. Der Schaden



gegen CG aus Kiezversammlungen heraus gegründet. Die Gruppen sind immer noch aktiv und tragen den größten Teil der anhaltenden Auseinandersetzung hier in der Straße. Was sicherlich klarer als Erfolg dieser Kampagne gesehen werden kann, ist die breite Ablehnung gegen den Neubau der CG-Gruppe im Nordkiez. Jedoch müssen wir auch erkennen, dass wir als Haus in Bezug auf die Verhinderung der Neubauten keinen langen Atem gezeigt haben.

Ein erfreulicher Punkt ist die überregionale Bezugnahme aufeinander. Auch außerhalb der Rigaer Straße, außerhalb von Berlin kam es zu Angriffen gegen die CG-Gruppe. Es zeigt eine gewisse Stärke auf, dass an vielen Orten zugeschlagen wird. So war es auch ein überregionales Signal an Investor\*innen, als in Köln die Privatwohnung von Christoph Gröner angegriffen wurde und es in Leipzig an Baukränen brannte. Ob der spezifische Kampf gegen die CG-Gruppe in der Straße ein Fokus bleibt, ist für uns offen, eine militante Begleitung dieses Kampfes fänden wir wichtig.

Christoph Gröner ist zum Einen ein extrem aggressiver Investor, zum Anderen auch jemand, der es genießt, in der Öffentlichkeit zu stehen und dem dabei eine schlechte Reputation egal ist. Wir können sagen, dass die Militanz

nur eine Ebene der politischen Auseinandersetzung ist und dass eine Personifizierung des Kampfes in Form von Christoph Gröner bei einem derartigen Egozentrismus schwierig ist und wenn, dann in aller Konsequenz umgesetzt werden müsste.

**Frage:** Die Hohe Anzahl von Angriffen auf Büros und Firmenfahrzeuge des größten Vermieters Vonovia sorgt für viel Diskussion in den Medien. Was kann eine primär militant vorgetragene Forderung nach bezahlbarem Wohnraum erreichen?

Das Wissen darüber, welche Rolle Vonovia in Berlin und bundesweit auf dem Wohnungsmarkt spielt, glauben wir, ist unter anderem erst mit den militanten Angriffen entstanden. Militant hieß vor allem, Reifen zerstechen, Graffiti und teilweise auch mit Feuer. Das ist mit Sicherheit ein wichtiger Beitrag: die Aufmerksamkeit auf jene zu lenken, die in großem Stil Profite machen und durch den beträchtlichen Anteil an Wohnraum großen politischen Einfluss haben müssen.

Es ist natürlich immer eine Frage der Stimmung und auch Politik, welche militanten Kampagnen in der Medienland-

beträgt um die 30.000 Euro. 17+18.12.19: In Hamburg werden zahlreiche Autos von car2go und DriveNow demoliert. Diese sind Tochter der BMW-Group und die wiederum betreibt Zwangsarbeit in deutschen Knästen. „Solidarität mit den dreien von der Parkbank! Feuer allen Knästen – Freiheit für alle Gefangenen! Smart City angreifen!“ 19.12.19: In München brennen Kabel von Vodafone und der Münchener Stadtwerke an zwei Brücken. Ziel war es die klimaschädliche Industrie direkt anzugreifen. Der Schaden liegt vermutlich bei über 100.000 Euro. 19.12.19: Farbe für Burschenschaft

schaft skandalisiert werden und welche nicht. Vonovia wurde bundesweit und in regelmäßigen Abständen zum Angriffsziel militanter Akteur\*innen. Da konnte die Presse in Zeiten der Wohnraumfrage nicht weg schauen. Dass das Thema dann aufgegriffen wird und Vonovia als Angriffsziel auch in bürgerlichen Kreisen auserkoren wurde, ist ein Erfolg.

Wir glauben, dass jene militanten Angriffe dann fruchten, wenn das Klima in der Stadt verspricht, die Angriffe in stadtpolitische Kämpfe zu integrieren. Da in den letzten zwei Jahren in Berlin die Wohnraumfrage permanent in den Medien aufgegriffen wird, denken wir, dass militante Angriffe in diesem Kontext zwei Dinge erreichen: Sie zeigen, dass der Dialog mit der Politik oder die Forderung an einen Konzern nettere Mietenpolitik zu betreiben, nicht funktioniert, ohne ein entsprechendes Drohszenario dahinter aufzubauen. Es geht dabei nicht zwingend um den Sachschaden, aber um den Imageschaden und die Verknüpfung des einen Konzerns mit jenen Angriffen. Zum anderen erreichen fokussierte militante Angriffe durch ihren Bezug zu statt findenden Kämpfen und Bedürfnissen eine Legitimation und Akzeptanz, die zu anderen Zeiten oder Themen in der BRD leider oft fehlt.

Wir können aber nicht an Stelle der verschiedenen militanten Zusammenhänge sprechen, die sich an den Angriffen gegen Vonovia beteiligt haben. Wenn wir ihre Texte lesen, dann geht es z.B. darum, „das Eigentum von Vonovia massenhaft zu zerstören, um unseren Widerstand weiterzuentwickeln.“ In einem gänzlich anderen Text haben wir zu unserem Erstaunen tatsächlich die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum gefunden. Die Erklärung zum Brandanschlag auf zwei Autos endet mit der Parole „Keine Rendite mit der Betriebskostenabrechnung!“. Erstaunt sind wir deshalb, weil unser erster Reflex beim Lesen der Frage eigentlich war, zu behaupten, es gäbe keine militant vorgetragene Forderung nach bezahlbarem Wohnraum.

Für uns ist gerade nicht erkennbar, ob die Frequenz der Angriffe auf Vonovia gehalten werden kann. Möglicherweise war dies nur ein kurzes Phänomen, wie die meisten autonomen Kampagnen. Viel interessanter als die Auswahl der Zielobjekte ist daher eigentlich die Kontinuität und Verbreitung des anarchistischen Kampfes. Vielleicht waren die Angriffe auf Vonovia auch nur Element einer andauernden Suche nach dem einen besonderen Objekt des gesellschaftlichen Zornes, dessen Zerstörung endlich eine schlagartige Vermassung der Form des Kampfes herbeiführt, welche wiederum zu einer Ausbreitung des politischen Bewusstseins in der Gesellschaft gelangt. Ein anschauliches Beispiel dafür ist auch die Kampagne gegen Uber, die nur deswegen so interessant ist, weil wir an

eine kollektive Abneigung gegen die smarten Leihräder und -roller glauben.

Wir sind selbst nicht der Meinung, dass es aus militanter Perspektive dauerhaft Sinn macht, reformistische Forderungen zu lancieren. Aus taktischen Gründen kann man dies hier und da tun, doch wie in der Frage zum Bündnis gegen Zwangsräumungen weiter unten angedeutet, stehen wir für mehr klare Positionierung, da diese gerade im deutschsprachigen Raum fast nicht zu finden ist.

**Frage:** *Wie wertet ihr die starke Teilnahme bei der Berliner Demo gegen den Mietenwahnsinn? Seht ihr nach den letzten fünf Jahren eine echte Verbreiterung der Basis für Wohnraumkämpfe?*

Vor allem in den letzten zehn Jahren würden wir von einer enormen Veränderung der Wohnraumsituation in Berlin sprechen. Die Stadt ist attraktiv für Immobilienspekulation, die Mieten explodieren, Leerstand oder Brachflächen sind kaum noch zu finden. Das Image der kreativen Stadt zieht Tech-Unternehmen und Start-Ups an wie der Honigstock die Biene. Dadurch, dass immer mehr Menschen, bis in eine zahlungskräftige Schicht hinein, von den Auswirkungen kapitalistischer Stadtpolitik betroffen sind, steigt auch die Teilnahme an den jährlich stattfindenden großen Protestaktionen von bürgerlicher Seite. Waren es 2017 noch um die 1.500 Menschen, die unter dem Motto „Wem gehört die Stadt? – Gegen hohe Mieten und Zwangsräumungen“ zusammen kamen, so beteiligten sich 2018 ca. 25.000 und 2019 um die 40.000 Leute an den Mietenwahnsinn-Demos.

Man könnte also meinen, dass sich die Basis für Wohnraumkämpfe verbreitert hat. Die zahlenmäßig große Beteiligung an den Demos kann aber nicht mit der Qualität der Bewegung gleichgesetzt werden. Sie hat die Tendenz zur Spaltung, Vereinnahmung und Befriedung. Das Vertrauen in die Demokratie und ihre Vertreter\*innen ist teilweise so stark, dass Forderungen an die Politik gestellt werden und lokale Politiker\*innen durch eine vermeintliche Nähe zur Basis, der Teilnahme an Demos oder zahlreichen Versprechen, in der Bewegung Fuß fassen können. So kommt es nicht dazu über die Thematisierung des Grundbedürfnisses an Wohnen hinaus die Eigentumsfrage zu stellen. Unter dem Baustadtrat Florian Schmidt kauft der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zahlreiche Häuser, in denen sich Mieter\*innen anfangen gegen den Anstieg der Mieten zu organisieren. Auch der Berliner Senat beteiligte sich zum Beispiel mit dem Kauf von 670 Wohnungen in der Karl-Marx-Allee durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag. Dort wollte die Deutsche Wohnen kaufen, die auch bereits mit

und geparkte Karre in Bonn, 19.12.19: Nazi-Auto in Stuttgart tiefergelegt. **20.12.19:** Glasbruch bei Berliner Immobilienagentur Next Estate GmbH. **21.12.19:** Drei SPD-Büros werden in Berlin angegriffen. „Die Art und Weise wie Finanzsenat und Innensenat in Berlin als faktische Entscheider auftreten, hat die beiden Senatoren für uns zur Zielscheibe gemacht. Wir bleiben alle! Liebig34, Potse&Drugstore, Syndi, Meute...“ **24.12.19:** Weihnachtsgeschenk für Rostocker Fascho. Advent Advent sein Auto brennt. 24.12.19. In Tübingen brennt ein Transporter der Freikirche TOS und der

militanten Mitteln angegriffen wurde. Das staatliche Ziel, einen breiteren Widerstand zu vereinnahmen, ist dort aufgegangen. Die Befriedung funktioniert, denn bevor sich die Mieter\*innen mit anderen Initiativen vernetzen und selbst organisieren, steht der Heilsbringer der Politik schon mit auf ihrer Kundgebung. So ist der Begriff „Immobilienhai“ weit verbreitet, gleichzeitig zeichnen Kampagnen wie „Deutsche Wohnen Enteignen“ oder jene zum Berliner Mietenvolksentscheid 2016 ein Bild der Notwendigkeit staatlichen Eingreifens gegen eine ungezügelter Immobilienbranche. Der Berliner Mietendeckel ist eine weitere Reaktion der rot-rot-grünen Regierung auf die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Gefährlich sind zudem manche Initiativen, wie Bizim Kiez, die lieber mit der Politik zusammen arbeiten und das auch noch als Organisation von unten verstehen. Durch die Distanzierung von der Anwendung von Gegengewalt, unterstützen sie die Spaltung eines vielfältigen Zusammenschlusses in einen „guten“ und „bösen“ Widerstand. Dieser Spaltung muss entgegen gewirkt werden, wenn wir an einer echten Basis für Wohnraumkämpfe arbeiten wollen.

Andere Initiativen wie Zwangsräumung verhindern arbeiten daran, von der Vereinzelung zur Organisation überzugehen. Menschen zu aktivieren, sich an den kontinuierlichen Kämpfen zu beteiligen, funktioniert jedoch nicht im großen Stil. Vielleicht ist das Ohnmachtsgefühl zu groß und der Mut, sich einer hochgerüsteten Polizei und einem perfektionierten Bürokratieapparat entgegen zu stellen, fehlt. Das Gefühl zu stärken, dass es sich lohnt, gemeinsam gegen das System zu kämpfen, dass sich daraus starke soziale Beziehungen und Netzwerke der Solidarität entwickeln können, ist unabdingbar.

**Frage:** Sind die kontinuierlichen und militanten Alltagsauseinandersetzungen um Wohnraum eine Berliner Eigenart, oder sind die Kämpfe in Leipzig, München, Hamburg, Bremen und Köln ähnlich verfasst?

Berlin ist aufgrund der Hausbesetzungsgeschichte der 1980er und 1990er Jahre speziell. Viele der damals besetzten Häuser und Projekte beteiligen sich zwar nicht mehr wahrnehmbar am lokalen Widerstand gegen die kapitalistische Stadt, einige wie unser Haus oder unsere Nachbarin, die Liebig34, sind jedoch Teil antagonistischer Kämpfe und versuchen dies in den Kiez auszustrahlen. Auseinandersetzungen um rebellische Kieze und die Bildung von Gefahrengebieten für Bullen, Nazis, Investor\*innen und andere Feinde der Freiheit sehen wir jedoch auch in Leipzig-Connewitz. Auch dort siedelten sich viele Linke, Student\*innen, Antiautoritäre an, unter ande-

rem, da der Wohnraum momentan noch vergleichsweise günstig ist. Im Gegensatz zu einer Stadt wie München oder auch Hamburg, in denen die Wohnraumpreise schon seit langem stabil hoch sind, befinden sich Städte wie Berlin oder Leipzig noch in einer steigerbaren Phase der kapitalistischen Verwertung des Raumes. Dadurch könnte man sagen, dass die Auseinandersetzung alltäglicher ist.

Wir sehen Städte jedoch generell als menschenfeindliche Orte an, sofern wir davon ausgehen, dass ein menschliches Zusammenleben mit solidarisch, kollektiv und selbstorganisiert gleichgesetzt werden kann. Deswegen ist es kein Berliner Phänomen, dass sich kontinuierlich und militant mit der Frage um Wohnraum oder der Entstehung oder Erhaltung emanzipatorischer Inseln auseinandergesetzt wird. Aus allen Städten, die ihr genannt habt (und darüber hinaus auch aus kleineren Städten), lesen wir nämlich immer wieder von militanten Angriffen auf Immobilienfirmen oder kontinuierlicher antiautoritärer Propaganda durch Graffiti, von Besetzungen und kleinen, feinen Demos, die die Regeln der Beherrschbarkeit durchbrechen. Der Austausch von Erfahrungen und Analysen über die jeweiligen Stadtgrenzen hinaus, ist dabei sicher noch ausbaubar.

**Frage:** In vielen Städten gibt es szenetypische Besetzungen um autonome Freiräume durchzusetzen. Wie eng sind diese Besetzungen eurer Meinung nach eingebettet in die Kämpfe um Wohnraum für alle?

Wir denken, da sieht es von Ort zu Ort unterschiedlich aus. Wenn zum Beispiel in vom Braunkohleabbau bedrohten Dörfern und Kleinstädten Häuser besetzt werden, auch explizit mit dem Ziel, sich damit dort eine Basis zu schaffen, stellt sich bei den meisten Nachbar\*innen gar nicht erst die Frage, ob das auch Teil ihres Kampfes ist. So sieht es wohl auch in anderen Nachbarschaften, in denen es eine breite direkte Betroffenheit gibt, aus. Schon einige Male haben sich auch

Zusammenschlüsse von Menschen, aus von Entmietung, Sanierung und Mietsteigerung bedrohten Wohnhäusern, explizit in der Hoffnung, leerstehende Wohnungen in ihrem Haus könnten besetzt werden, an uns oder andere als szenezugehörig wahrgenommene Zusammenhänge gerichtet. Das sehen wir als klares Zeichen dafür, dass Besetzungen zumindest von ihnen als Teil eines Kampfes für Wohnraum wahrgenommen werden. Sicher richten sich einige Besetzungen auch primär gar nicht an

Nachbar\*innen und eine breitere von Gentrifizierung und städtischer Wohnungspolitik betroffene Masse, sondern suchen zunächst eigene Räume und Handlungsoptionen

Eingang wird mit Farbe eingesaut. Eine feministische autonome Zelle bekennt sich zu dem Anschlag auf einen antifeministischen Akteur. 24.12.19: In München fliegt Farbe auf ein AfD-Büro. 24.12.19: Wisag Karre in München geplättet. 25.12.19: In Solidarität mit linksunten.indymedia.org wird das Landgericht in Rostock mit Steinen und Farbe angegriffen. 26.12.19: Autos von Schließern auf dem Bediensteten-Parkplatz der JVA in Großbeeren beschädigt. 27.12.19: Chemnitz: Ein Treffpunkt von Pro Chemnitz wird mit Farbe markiert und in einem Nazi-Laden und Musikversand wird

zu schaffen. In wie fern dies von Anderen als Teil eines breiteren Kampfes für Wohnraum empfunden bzw. in diesen Kontext gestellt wird, bleibt dann ihnen überlassen. Generell würden wir sagen, dass zumindest in letzter Zeit auch dann der Bogen dahin oft geschlagen wird.

Auf Berlin bezogen sind wir uns nicht ganz einig. Einerseits wurde durch das gehäufte Auftreten neuer Besetzungsversuche und dem Ansatz, offen aufzutreten zu Zeiten eines generell gesteigerten medialen Interesses an der Wohnungsproblematik, eine breite Öffentlichkeit weit über Szeneränder hinaus erreicht und Besetzungen in aller Munde gebracht. Andererseits sind einige der Meinung, dass Hausbesetzungen speziell in Berlin schon lange mit der Thematik des Mietenkampfes verbunden sind und zumindest in Alltagsgesprächen und Diskussionen stets als Lösungsansatz wahrgenommen wurden. Der Schritt zur Praxis ist aber meist ein großer und da sehen einige von uns in der Vermassung und dem partizipativen

Ansatz eine große Chance, solange es Erfolgsbeispiele gibt. Mit szenetypischen Besetzungen sind wahrscheinlich #besetzen und ähnliche Arten der Besetzungen, die es schon so lange wir denken können immer wieder gibt, gemeint. Dabei werden Räumlichkeiten besetzt, im Wissen, dass man sie in der momentanen Situation nicht gegen den Staat verteidigen kann. Sie zielen stattdessen darauf ab, eine breitere Bewegung zu schaffen, die eines Tages genug Kraft hat, die Handlungsoptionen des Staates so weit zu reduzieren, dass er tatsächlich Raum verliert, wenn wir ihn uns nehmen. Die Besetzungen sind also in erster Linie ein Mittel der Propaganda so wie praktisch alle Demonstrationen, Anschläge, Texte und Plakate. Szenig wirken sie für uns nur dann, wenn die staatliche Propaganda es schafft, uns davon zu überzeugen, dass sie ausschließlich einen identitätsstiftenden Charakter haben. Das ist um so leichter, je weniger Erfahrung und politisches Bewusstsein die involvierten Militanten haben, da die Vermittlung des politischen Sinnes hinter dieser Aktionsform nicht so einfach ist. Schließlich zieht sie immer eine Menge an Verfahren nach sich und greifbare, räumliche Erfolge sind bisher ausgeblieben. Die Militanz der Aktionsform sehen wir so lange, als dass sie nicht ihren Endpunkt in Verhandlungen mit dem Staat sieht und sich somit zum Spielball der Politik macht.

Wir wissen aber natürlich auch, dass die Szeneidentität eine große Rolle bei der Politisierung von Menschen spielt. Das große Interesse und die Partizipation, die sicher auch dem offenen Charakter zu verdanken sind, sehen wir als Teilerfolg.

Wir hoffen dass der Elan zu Neubesetzungen nicht verloren geht und die Szene als Anknüpfungspunkt genutzt wird, um sich über Erfahrungen und Konzepte auszutauschen

und Perspektiven und Einschätzungen zu diskutieren. Die Einbettung von eher symbolischen Besetzungen in weiter gefasste Kämpfe ist so für uns leicht erkennbar, schließlich ist die Szene eine politische Subkultur, zu deren großen Themen eben auch die Frage nach Wohnraum zählt.

**Frage:** Was ist euer Verhältnis zu Akteuren wie dem Bündnis gegen Zwangsräumungen?

Die vom Zwangsräumungsbündnis hatten im Jahr 2013 ihre Finger im Spiel, als wir kurze Zeit das Gefühl hatten, eine Bewegung zu werden. Der Zwangsräumung von Ali Gülbol in der Lausitzer Straße war ein Moment des koordinierten Gegenangriffs gegen die aggressive Politik der Gentrifizierung in Berlin. Die brennenden Straßensperren und die handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den Bullen sind vielen von uns noch in Erinnerung. Oft wurde danach diskutiert, wie das passieren konnte und warum die folgenden Zwangsräumungen nicht noch mehr Widerstand hervorriefen. Vermutlich konnten die Akteure, auch das Zwangsräumungsbündnis, einfach nicht die eigene Stärke realisieren. Zusätzlich reagierten die Herrschenden klug, indem sie mit einigen äußerst brutalen Angriffen auf die folgenden Demos und Aktionen neu gewonnene Leute terrorisierten. Auch das wurde nicht rechtzeitig realisiert. Damit nahm aus unserer Sicht die Bedeutung des Themas Zwangsräumungen und auch des Bündnisses gegen Zwangsräumungen ab.

Unser Verhältnis zum Bündnis ist nach wie vor gut. Wir haben persönliche Kontakte, politisch jedoch wenige Schnittpunkte, was natürlich daran liegt, dass wir mit unserer Raumnahme das erklärte Ziel verfolgen, den Staat zu beseitigen, während das Zwangsräumungsbündnis ohne eigenes Territorium versucht, in bürgerlichen Sphären Empörung zu erzeugen. Wir wissen von keinen Äußerungen ihrerseits, die auf revolutionäre Ziele hindeuten. In ihrem Selbstverständnis auf ihrer Website wollen sie „eine Stadt für alle“ - ein Wunsch, den wir nicht teilen können. Wir wollen (um nur ein paar zu nennen) Nazis, Bullen, Investor\*innen und Bonzen aus den Kiezen jagen. Dennoch sind wir geneigt, die radikale Intervention des Bündnisses in bürgerliche Kreise zu dessen Politisierung als sinnvollen Ansatz zu sehen, der seine Stärke eben 2013 gezeigt hat, sich langfristig aber nicht behaupten konnte.

Der folgenden Textpassage aus einem aktuellen Aufruf des Bündnisses gegen den Immobilien-Lobby-Kongress „Quo Vadis 2020“ zum Beispiel stimmen wir zu: „Wir wollen keine Gesellschaft in der die Wenigen auf Kosten der Vielen leben, [...] in der Menschen Angst um ihre Wohnung haben müssen und hunderttausende wohnungs-

Feuer gelegt. 27.12.19. In Tübingen werden zwei Ticketautomaten der bahn sabotiert. 28.12.19: In Magdeburg brennt ein Vonovia Auto. 28.12.19: Feuer im Thor-Steinar Laden in Plauen. Zum Zeitpunkt des Feuers befinden sich 10 Leute im Haus. Es wurde jedoch niemand verletzt. 29.12.19: In Leipzig brennen drei Bullenkarren und ein Funkmast. „Dieser Anschlag gilt in erster Linie den Repressionsorganen, die linksunten verboten haben, also den Bullen und ihren Chefs in den Innenministerien“ 30.12.19: Auto und Carport von AfDler in Dresden abgefackelt. 31.12.19: In Hamburg brennt ein

los sind. Deshalb kämpfen wir auch weiter für ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse.“ Offen bleiben für uns, wie bei den meisten stadtpolitischen Gruppen auch, beim Bündnis gegen Zwangsräumungen die Fragen nach erstrebenswerten gesellschaftlichen Verhältnissen sowie Strategien für den Weg dorthin. Intransparenz ist unserer Meinung nach oft bewusste politische Taktik und verhindert das Vordringen zu Fragen der Organisation und der gemeinsamen Praxis.

**Frage:.** Was haltet ihr von der Kampagne „Deutsche Wohnen enteignen“? Wird hier strategisch geschickt und provokativ die Eigentumsfrage gestellt, oder meint enteignen hier den propagandistischen (teuren) Rückkauf von Wohnungen?

Wir haben über die letzten Jahre sehr deutlich gemacht, dass wir rein gar nichts davon halten, sich mit Politiker\*innen an gemeinsame Tische zu setzen, noch Forderungen an die Regierung zu stellen. Diese klare Entscheidung und Warnung davor, sich auf ihre Annäherungsversuche einzulassen, sehen wir tagtäglich in den stetigen Versuchen des Senats bestätigt, unseren Kiez zu befrieden.

Das kapitalistische System beruht auf Eigentumsverhältnissen. Das heißt, dass einige wenige etwas besitzen und alle anderen für jene Dinge bezahlen müssen, welche zu Waren gemacht wurden. Zum Beispiel für Wohnraum. Der rot-rot-grüne Senat steht für die Aufrechterhaltung dieses Systems mit smarterem Image, sodass auch mal ein Mietendeckel eingeführt wird oder Wohnungen für gigantische Beträge zurück gekauft werden, die einige Jahre zuvor erst an Konzerne von jenen Parteien verschenkt wurden. Das ist es, wofür Politik für uns steht und das ist das Feld dieser Kampagne.

Wir sind für die Abschaffung aller Eigentumsverhältnisse. Als Aktive in dieser Straße stellen wir diese Forderung nicht im Rahmen staatlicher Organisation und auch nicht in der Hoffnung auf gute Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Stadt-Bewohner\*innen. Wir können als Feinde dieser Ordnung nicht daran glauben, durch Reformen im System das System selbst zu zerstören. Das ist aber unser Ziel. Eine Befriedung unserer Gedanken und Kämpfe ist hierbei der größte Stein, der uns immer wieder in den Weg gelegt wird. Genau dieser Versuch, breit aufgestellte Gegner\*innen der Stadtpolitik an einen Tisch zu bringen und zu beruhigen, sehen wir in dieser Kampagne als große Gefahr. Geschickt und provokativ gewählt, scheint uns dabei der Begriff der „Enteignung“ allemal, indem er impliziert, dass der Erfolg darin liegen würde, Eigentumsverhältnisse zurecht zu rücken und Wohnraum „zurück“ in die Hände der Bewohner\*innen zu geben. Er impliziert die Möglichkeit einer sozialen Stadtpolitik, menschen-freundlicher Konzerne und guter Politiker\*innen innerhalb dieses Systems. Ein Konzern wie Deutsche Wohnen ist aber kein besonders schlechter Konzern. Er spielt nach den Regeln des Systems. Ob die Eigentumsverhältnisse bei diesem liegen oder bei einer städtischen Wohnungsgesellschaft ist nicht der Punkt, an dem wir uns abarbeiten wollen.

Wir befürworten natürlich eine breit aufgestellte Bewegung um die Wohnraumfrage. Aber wir müssen immer wieder daran arbeiten, zu verbreiten, dass die Eigentumsfrage nur von unten gestellt werden kann und niemals im Einvernehmen mit Politik oder Konzernen einhergehen wird. Daher begrüßen wir militante Angriffe zu Deutsche Wohnen oder auch Vonovia und würden sie gerne in einem Atemzug mit anderen Initiativen aufgezählt sehen. Sodass eine Mietenwahnsinn-Demo solidarisch zusammen steht und sich die Akteur\*innen gegenseitig beeinflussen, statt sich die Luft raus nehmen zu lassen von Befriedigungstendenzen.

## Gedanken zu Hanau

Am 19. Februar 2020 so zwischen 21:30 und 22:00 Uhr nahm der 43-jährige Tobias Rathjen seine Glock 17 im Kaliber 9x19mm, stieg in sein Auto, fuhr zur Shisha-Bar Midnight am Hanauer Heumarkt und erschoss dort den 30-jährigen Besitzer der Bar, Sedat G., den 20-jährigen Hamza K., den 33-jährigen Kalojan W., und den 34-jährigen Faith S.. Danach fuhr Rathjen weiter zur Shisha-Bar Arena Bar&Café, wo er den 22-jährigen Ferhat Ü., die 35-jährige Mercedes K. und mit ihr ihr ungeborenes Kind, den 37-jährigen Gökhan G., den 23-jährigen Vili Viorel P. und den 22-jährige Said Nessar H. erschoss. Fünf

weitere Menschen verletzte er. Danach fuhr er zurück zu sich nach Hause, wo er bei seinen Eltern wohnte und erschoss erst seine Mutter Gabriele Rathjen und dann sich selbst. Damit beendete er seine entsetzliche Tat. Tobias Rathjen stahl sich aus dem Leben und entfloh durch Suizid seiner Verantwortung; zurück bleiben die Familien und Freund\*innen der Toten. Zurück bleiben auch Angst und Schrecken, bei allen, die wissen, dass die Opfer von Hanau stellvertretend auch für sie selber erschossen wurden, dass die Kugeln auch ihnen galten. Und zurück bleibt auch eine erschütterter Teil der Gesellschaft, der nicht

Streifenwagen während eines Einsatzes ab. 31.12.19: Steine Und Farbe gegen Bosch Niederlassung in Berlin. „Bosch arbeitet eng mit Rüstungskonzernen wie Airbus, Rheinmetall und Heckler & Koch zusammen und ist damit Teil der Industrie die massiv von den momentanen Kriegen weltweit profitiert ob nun in Nord Ost Syrien, Yemen oder Mali“ 31.12.19: Auto von rechtem BZ Journalisten Gunnar Schupelius in Berlin abgefackelt. 01.01.20: Glasbruch beim Berliner Jobcenter. 01.01.20: Glasbruch und Pyrotechnik für das Jobcenter in Hamburg. 02.01.20: Farbe für Bank in

fassen kann, was da passierte. Und so sagte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier: „Das ist furchtbar. Diese Tat macht im Grunde sprachlos.“

Nicht alle aber haben ihre Sprache verloren. Zum Beispiel diejenigen, die sich seit Jahr und Tag mit den Problemen dieser Gesellschaft beschäftigen und für die die Bedrohung durch rechten Terror keine Neuigkeit ist. Wer sich die Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre ansieht, die allgemeinen Hetz- und Propagandareden gegen Migrant\*innen und Geflüchtete hört ohne sie zu glauben, wer sich das Kleinreden einer faschistischen Bedrohung und die anhaltende migrant\*innen- und geflüchtetenfeindliche politische Praxis anschaut, wer die Nazimorde zählt, die es in Deutschland seit der Wende gegeben hat, wer nicht blind und taub ist hinsichtlich der Verstrickungen zwischen staatlichen Behörden und deren Mitarbeiter\*innen und dem NSU, der wusste schon lange, dass ein Anschlag dieser Art passieren würde, ja wunderbarlich war eher, dass er erst jetzt passierte, und ohne hier in Schwarzmalerei zu verfallen, der weiß auch, dass weitere Anschläge dieser Art folgen werden. Und so waren auf einer Reihe der spontanen Demonstrationen und Kundgebungen nicht bloß Trauerreden zu hören, sondern auch Anklagen – Trauer wandelte sich in Wut.

### **Der Bundespräsident achtet auf unsere Sprache**

Es ist indes merkwürdig, dass wir es in Hinblick auf die Demonstrationen und Kundgebungen zu Hanau es doch mit einer gewissen Breiigkeit zu tun bekommen und zwar zum einen hinsichtlich der dort geäußerten Inhalte, aber auch in Hinblick darauf, wer hier eigentlich mit wem zusammen demonstriert. Um das zu verstehen, hören wir doch einmal kurz in die Rede des Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier rein, bei dem für uns völlig fraglich ist, was er auf einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer zu suchen hat (er selbst würde vermutlich sagen, er wurde dort erwartet und vermutlich trifft es sogar auf einige Leute zu, dass sie es schön fanden, dass er da war). Er selbst gibt sich alles Recht dazu, weil es seine Aufgabe ist, als Staatsoberhaupt, in Krisenzeiten die richtigen Worte zu finden: „In dieser Stunde, auf diesem Platz spüren wir, dass wir nicht alleine sind. Wir sagen das, wissend, dass sich in mehr als fünfzig Städten heute Abend in Deutschland zur gleichen Stunde tausende, vermutlich zehntausende Menschen zu Mahnwachen zusammengefunden haben und der Opfer von Hanau gedenken.“ Salbungsvolle Worte, und so geht es auch weiter: „Wir spüren, dass es diese Gemeinschaft gibt, die Entsetzen und Wut teilt, aber eben auch Trauer, Anteilnahme und Solidarität zeigt. Eine Gemeinschaft, die wir alle brauchen, die jede Gesellschaft braucht – eine Gemeinschaft, die zusammenhält. [...] Heute ist die Stun-

de, in der wir zeigen müssen: Wir stehen als Gesellschaft zusammen. Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir laufen nicht auseinander. Wir trauern. Wir nehmen Anteil, und wir sehen, dass wir eins sind in unserer Trauer, einig gegen Hass, Rassismus und Gewalt. Ich stehe an der Seite der Menschen, die von rassistischem Hass bedroht sind. Und wir gemeinsam stehen Seite an Seite gegen Gewalt und eine Sprache der Ausgrenzung und Herabwürdigung, die der Gewalt allzu häufig den Weg bereitet. Nehmen wir die Verantwortung an, die uns alle trifft, und achten wir auf unsere Sprache – in der Politik, in den Medien und überall in der Gesellschaft! Halten wir dagegen, wenn Einzelnen oder Minderheiten in unserem Land die Würde genommen wird.“

Es wäre viel zu sagen zu dem, was Steinmeier hier von sich gibt, aber um die vielen Aspekte geht es gerade nicht, sondern mehr um das Bild, welches er aufbaut: Es gibt eine Gesellschaft, die ist geprägt von Zusammenhalt, von dem Wunsch nach einem friedlichen Miteinander, von Solidarität. Und dann passiert etwas Schreckliches, von irgendwoher kommt ein Mann, der diesen Frieden zerstört. Und den zerstört er aufgrund von Rassismus, Hass und Gewalt. Und woher kommen diese drei Übel? Sie kommen aus der verrohten Sprache. Deswegen ist es wichtig, ja zentral, auf die Sprache zu achten und somit zu verhindern, dass Hass und Gewalt sich verbreiten. Dass er damit „den richtigen Ton“ getroffen hat, ist wahrscheinlich, denn der oberflächliche Glaube, dass hier soweit alles in Ordnung ist, abgesehen von abzählbaren und benennbaren Problemen, der ist sicher bis in Teile der Linken verbreitet und ebenso, dass die Gewalt in der Sprache zu der Gewalt in der Gesellschaft führt oder zumindest beiträgt, und es deswegen richtig und wichtig ist, auf seine Sprache zu achten.

### **Reden und Schweigen**

Wenn wir davon ausgehen, dass durch die Sprache und durch die Weise, wie wir sprechen, die Gewalt in der Welt sich vervielfältigt, dann läge ja der Gedanke nahe, einfach zu schweigen, wer schweigt, der übt auch keine gewaltsame Sprache aus. Für viele keine Option, denn wer schweigt, stimmt zu und daher ist es vielen so wichtig, eben nicht zu schweigen, aber eben auch keinen Schaden durch Sprache in die Welt zu bringen und daher sehr genau darauf zu achten, wie gesprochen wird. Warum Steinmeier das in seiner Rede so prominent erwähnt, ist ersteinmal nicht so recht ersichtlich, es scheint sich eher um den Wunsch, zu gefallen zu handeln, als etwas hilfreiches mitzuteilen. Allerdings ist diese Sichtweise aktuell wieder Thema, gerade wenn es um Hatespeech im Internet geht. In Hatespeech wird die Ursache für die gesellschaftliche Verrohung gesehen, weswegen es ja aktuell

Leipzig. 02.01.20: Farbbeutel fliegen auf Landesamt für Verfassungsschutz in Stuttgart. Januar: In Bonn werden insgesamt 5 Ticket-Automaten der Bahn zerkloppt. **04.01.20:** Feuer an der Tür des Amtsgerichts von Haldesleben. 04.01.20: Glasbruch bei AfD-Büro in Berlin. **05.01.20:** Hämmer und Steine gegen Project Showroom in Berlin. „In der malmöer strasse 28 im prenzlauer berg plant die bundesweit agierende immobilien-gruppe „PROJECT“ ein mehrere dutzend millionen euro teures haus mit eigentumswohnungen hinzubauen, und wir haben beschlossen dass wir das nicht wollen.“

Entwicklungen gibt, das anonyme Schreiben im Internet einzuschränken, denn wer ohne soziale oder staatliche Kontrolle frei schreiben und sprechen kann, scheint in den Augen vieler gefährlich zu werden, so jemand radikalisiert sich, eine Phrase, die bei einer Reihe von gerader rechter Gewalttaten anzutreffen ist: Der Täter habe sich im Internet radikalisiert, wo er sich bei twitter oder in Darknet-Foren ungehemmt austauschen konnte und auch Bestätigung für seine finsternen Absichten fand.

Egal, welches Motiv Steinmeier (oder die Personen, die seine Reden verfassten) auch gehabt haben mag: Fest steht, dass dieser Gedanke doch in Hinblick auf die Tat völlig naiv ist, er damit Augenwischerei betreibt und den Bock zum Gärtner macht. Die Gewalt und der Hass, die im Attentat von Hanau ihren schrecklichen Ausdruck fanden, kamen nicht aus der Sprache oder dem Internet. Sie kommen aus dem Staat und der Gesellschaft, in der wir leben. Denn diese ist, ganz anders als Steinmeier (oder wer auch immer) sagt, kein solidarischer Ort und kein gewaltfreier Raum, in den erst das Übel einbricht, wenn Faschisten umhermarschieren. Es ist doch eher so, dass Faschisten aus dieser Gesellschaft und diesem Staat hervorgespuckt werden, weil Staat und Gesellschaft gerade all dies nicht sind. Faschismus ist nicht ihr Gegenteil, sondern ihre Fortsetzung, wie es 1939 kurz vor Beginn des zweiten Weltkriegs einmal von Max Horkheimer gesagt wurde: „Die totalitäre Ordnung ist nichts anderes als ihre Vorgängerin, die ihre Hemmungen verloren hat.[...] Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen. Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft.“ Damit soll gesagt werden, dass der kapitalistische Staat und die kapitalistische Gesellschaft aus einem Menschen bereits einen faschistischen Mörder macht, auch wenn er es aktuell noch nicht zu sein scheint. Die Tendenz jedoch dazu wird den Menschen Zeit ihres Lebens eingetrichtert.

Horkheimers Annahme war, einmal kurz abgerissen, dass der Mensch durch seine Verdinglichung im Kapitalismus sich selbst fremd wird, er sich nicht mehr als Subjekt, sondern als Sache erlebt, sich nicht mehr als Mensch, der sein Leben bestimmt sieht, sondern als Ding, was sich irgendwie an die große Produktionsmaschine angliedern muss, damit er überleben kann. Dieses sich-selbst-als-Ding-sehen führt zu einer Entfremdung des Menschen von sich selbst, er wird sich selbst fremd und damit wird er auch den anderen Menschen fremd. Er sieht sie gar nicht mehr wirklich als lebendige Menschen mit eigenen Zwecken und Zielen, sondern als eben ein Anhängsel des Produktionsapparates, als das er sich auch selbst erlebt. Zugleich konkurriert er mit den anderen Menschen um die guten Posten im kapitalistischen System, er ist ihnen gegenüber feindselig eingestellt, und ebenso sie gegenüber ihm. Und das sind ganz grob die Verhältnisse, von

der Horkheimer eben annahm, dass sie den Faschismus hervorbringen.

Es mag gut sein, dass Horkheimer den Ausschnitt allzusehr verengte und zwar darauf, dass es „der Kapitalismus“ ist, der den Faschismus gebiert und damit die Produktionsweise dessen zentrale Ursache ist. Es ist ja so, dass es daneben andere autoritäre Strukturen gibt, die den Menschen zum Ding herabwürdigen, möglich sogar, dass es eben diese autoritären Verhältnisse sind, wie sie seit Bakunin im Anarchismus untersucht werden, die den Kapitalismus erst hervorgebracht haben. Wichtig ist hier aber vor allem die Betrachtung, dass der gegenwärtige Staat und die gegenwärtige Gesellschaft, wie sie in der Rede vom Bundespräsidenten (und nicht selten auch in den Reden von allen möglichen Leuten) beschworen werden, eben grundsätzlich nicht das sind, was er sagt, sondern das genaue Gegenteil davon, also genau der Ort, von welchem Menschen wie Rathjen oder auch der mutmaßliche Mörder von Lübcke, der Attentäter von Halle und die vielen anderen faschistischen Mörder herkommen. Und es bringt rein gar nichts, diese Solidarität und Freundschaft zwischen den Menschen zu beschwören, denn aktuell sind sie nicht da und sie kommen auch nicht einfach herbei, wenn wir nach ihnen rufen oder sie herbeizitiieren.

### Wieviel krasser ist die Liebe

Das gilt im Übrigen auch für die Ansicht „Hass ist krass, Liebe ist krasser“. Hier wird eine Vermischung vorgenommen, die sich auch im Geschwätz des Bundespräsidenten wiederfindet. Hass, Gewalt und Faschismus gehören hier zu einer bösen Familie, der dann Liebe, Solidarität und Demokratie gegenübergestellt werden und nicht nur das, eben auch als hochwertiger gegenübergestellt werden (interessanterweise sind sehr viele Menschen daran gewöhnt, Böses auch hässlich zu finden oder es damit zu identifizieren, ein Blick etwa auf die Darstellung von Ungeheuern aller Art in Filmen gibt Ausschluss darüber. Die Orks im Herrn der Ringe etwa sind regelrecht missgestaltet, voller Geschwülste und dergleichen und im linken Alltagssprech werden dementsprechend die Bullen auch schon mal als Orks bezeichnet. Demgegenüber legen Namen wie „politische Herzlichkeit“ oder „Zentrum für politische Schönheit“ nahe, dass das eigene Anliegen eine gute UND schöne Sache ist. Das Gutes und Schönes zusammengehört war übrigens schon Thema bei den alten Griechen und ist auch bis heute Grundlage des Werbedesigns wie – ein Ergebnis soziologischer Untersuchungen – auch der Notengebung in der Schule). Es ist eben diese Weltsicht, dass da, wo die Menschen von der Liebe schwärmen, kein Faschismus aufkommt, und dass die Demokratie (oder vielleicht auch manchmal der Sozi-

**14.01.20:** Naziwohnungen in Dortmund werden mit Farbe markiert. **14.01.20:** Glasbruch und Farbe bei einer Burschenschaft in Lübeck. **15.01.20:** Auto der GdP in ihrer Tiefgarage demoliert und Propaganda-Material entsorgt. **15.01.20:** Auto von der Immobilienfirma Hesse und Partner in Bremen angezündet. **17.01.20:** 4 Baufahrzeuge der Firmen Hamburg Port Authority und ReGe Hamburg brennen auf Baustelle beim Vollhöfener Wald. „Wir hoffen, den Fortschritt der Baustelle zumindest für kurze Zeit behindert und den Zerstörern der Natur Schaden zugefügt zu haben. Wir wollen nicht

alismus, Kommunismus oder Anarchismus) jenes Verhältnis ist, in dem Liebe möglich ist. Faschismus und Gewalt und Hass, sie kommen in dieser Vorstellung von außen her (eben z.B. aus dem Internet).

Dahinter steckt vor allem bürgerliche Ideologie. Es zeigt zum einen eine völlig andere (wir würden freundlich sagen: realitätsferne) Annahme, wo Faschismus seine Ursache hat und zeichnet zugleich auch ein Bild von der gegenwärtigen Gesellschaft, die als grundsätzlich friedlicher Ort angenommen wird. So lange niemand geschlagen oder beleidigt wird, so lange ist der Ort gut. Wenn ich auf meine Sprache achte, und eine Sprache verwende, mit der ich niemanden demütige, dann ist der Ort gut. Gewalthandlungen aller Art werden vom sie hervorbringenden Gesamtzusammenhang als deren Ausdruck abgelöst und vollständig heruntergebrochen auf das konkrete Geschehen und in die Ursache des Übels verkehrt. Das heißt: Richtige Gewalt gibt es in dieser Perspektive erst, wenn sie offen zutage tritt. Dass es gute Gründe für Hass und Gewalt gibt, wird einfach ge- leugnet. Hass und Gewalt sind immer und grundsätzlich falsch. Das gleiche Denken zeigte sich beispielhaft nach der Demo zum Linksunten-Verbot in Leipzig am 25.01.: Dort wurden die Demo begleitende Bullen mit Steinen und Feuerwerk angegriffen. Dies sorgte für Unverständnis bis weit in linke Strukturen herein, weil die Bullen sich doch im Grunde genommen „korrekt“ oder „ok“ verhalten hätten, da sie weder Spalier liefen, noch anderweitig die Demo bedrängten und auch nicht zu nennenswerten Gegenangriffen übergingen. Das grundsätzliche Gewaltverhältnis, welches in der Bullerei seinen Ausdruck findet, wird gar nicht verstanden oder erkannt. Bullen sind nur dann scheiße, wenn sie auch jemandem die Fresse polieren oder eine rassistische Kontrolle durchführen und dergleichen, ansonsten deckt sich das Bild der Polizei mit den Bullen aus dem Tatort. Gleiches gilt für Firmen, die ok sind, so lange sie keinen Dreck produzieren oder in Skandale verwickelt sind, oder auch für den Staat, der ok ist, so lange er keine schlechten Gesetze erlässt.

Es mag sein, dass Liebe der Ausdruck eines guten Lebens ist und demgegenüber Hass der Ausdruck eines scheußlichen Lebens. Aber das ist auch an Hanau zu erkennen: dass das Leben eben in dieser Gesellschaft und mit diesem Staat ein scheußliches Leben ist und das nicht erst dann, wenn es seinen Ausdruck findet in den Taten eines faschistischen Mörders. Das schlimme ist doch nicht, dass der Mörder eine Gewalttat aus Hass ausführte, sondern dass die Richtung seines Hasses durch sein stumpf- und wirrsinniges, rassistisches Weltbild eine Richtung bekam, die Unschuldige mit ihrem Leben bezahlten.

## Was jetzt?

Wie immer setzt für viele Menschen mit der Frage „Was jetzt?“ das Ringen um praktische Ansätze ein. Und während auf der einen Seite überlegt wird, ob angesichts der Schlagzahl faschistischer und rassistischer Morde mit Schusswaffen nicht die Frage der eigenen Aufrüstung im Raum steht, wird auf der anderen Seite versucht, mit neuen Hashtags, Liebe-ist-krasser-Parolen und Bunt-statt-Braun-Veranstaltungen dem faschistischen Vormarsch zu begegnen. Es scheint die Ansicht verbreitet, dass durch korrektes Handeln, wie auch immer es aussehen mag, weitere Verschlechterungen aufzuhalten sind, oder das zumindest die Möglichkeit besteht. Der faschistische Vormarsch wird zum Ausdruck einer gesellschaftlichen Stimmung, die durch das Erzeugen einer linken und/oder demokratischen Gegenstimmung auch entgegenzuwirken ist. Demgegenüber denken wir, dass es sich beim faschistischen Vormarsch nicht um eine schlechte Stimmung handelt, der gerade einfach zu viele Leute anheim gefallen sind, sondern dass es dahinter eine strukturelle Basis gibt. Nun könnte der Gedanke folgen: Na die Sache ist doch schon klar, wir müssen nur den Kapitalismus (das Patriarchat, die Demokratie, den Rassismus, etc) abschaffen, dann entziehen wir dem Faschismus auch den Boden. Aber das geht wohl leider nicht so schnell, denn der Kapitalismus (etc) ist ja kein Ding, was wir einfach abschaffen können, wie wir etwa unseren Computer aus dem Fenster werfen könnten und das Ding wäre endlich weg (und was hinge auch alleine da schon für viele Menschen dran). Kapitalismus (etc) sind ja bloß Begriffe für ein bestimmtes Verhältnis zwischen den Menschen (und ihrer Umwelt). Und diese Verhältnisse können gar nicht einfach abgeschafft oder verändert werden, sondern sie verändern sich mit den Menschen. Und ob sich andere Menschen ändern und ob wir selbst uns ändern, davon wird die ganze Zukunft abhängen und auch, ob sich das Blatt noch einmal zum Guten wendet. Was es aber heißt, dass wir uns als Menschen ändern, das ist noch nicht ausgemacht und kommt wenn dann wohl als Ergebnis anhaltender Beschäftigung mit uns, unseren Mitmenschen und der Welt heraus.

Wir gehen davon aus, dass es weitere faschistische Morde geben wird und wir nichts dagegen unternehmen können, sie zu verhindern. Die Weltgemeinschaft hat in vielerlei Hinsicht (mit sehr unterschiedlich verteilten Verantwortungen) einen tödlichen Weg eingeschlagen und davon war Hanau neben vielen weiteren schrecklichen Ereignissen der letzten Zeit ein Ausdruck. Es wird sich zeigen, ob sich in unseren kommenden Taten und Handlungen ausdrücken wird, dass dieser Weg noch Abzweigungen besitzt und wir dabei nicht nur vor einer Sackgasse stehen, an dessen Ende der Bundespräsident auf uns wartet.

träge zusehen, wie die Industrie unser Leben ruiniert. Wer genauer hinschaut, kann Orte wie diese überall in der Stadt finden und nicht alle können ausreichend überwacht werden. Denn hinter fast jeder neuen Betonkonstruktion steckt ein weiteres Angriffsziel.“ **19.01.20:** Scheiben bei Nazi Veranstaltungsort in Berlin eingeschlagen. **19.01.20:** Auto von Burschi brennt in Lübeck. **20.01.20:** Bitumen auf die Fassade von Mercedes-Benz in Tübingen. **22.01.20:** Glas Bruch bei Stadt und Land in Berlin. **23.01.20:** Bitumen auf die Fassade ine Bullenwache in Tübingen gesprüht. „Denn die Polizei ist

# Corona-Diagnose per DNA-Analyse!

Nein, wir stimmen nicht mit ein in den Chor der Panik-Pandemisten. Wir glauben auch nicht, dass das Corona-Virus einem geheimen Labor entstammt und freigesetzt wurde, um zugunsten eines weltwirtschaftlichen Schocks die ökonomischen Koordinaten neu setzen und die globalen Beziehungen neu ordnen zu können.

Aber: Wir sehen deutliche Anzeichen für eine Nutzung der Panikstimmung zugunsten neuer Programme der Verhaltenslenkung in krisenhaften Ausnahmezuständen. Wann sonst lassen sich nahezu widerspruchsfrei ganze Regionen abriegeln? Es ist definitiv noch zu früh, die Akzeptanzbedingungen globaler Bevölkerungskontrolle zu analysieren. Wir wollen jedoch warnen vor der Möglichkeit von Massen-DNA-Screenings und Positionsdatenauswertungen im großen Stil.

In China entscheidet derzeit in mehr als 200 Städten die Bezahl-App des Finanzdienstleisters „Ant Financial“ (eine Tochter von Alibaba - früher AliPay) bei Polizeikontrollen und im Supermarkt, wer im öffentlichen Raum unterwegs sein darf und wer nicht. Ein persönlicher QR-Code in grün auf dem eigenen Smartphone bedeutet freies Passieren und Bezahlen. Färbt sich der eigene QR-Code dieser App gelb oder rot, muss sich die betreffende Person umgehend bei den Behörden melden und 7 bzw. 14 Tage in häusliche Quarantäne. Die App des Zahlungsdienstleisters ermittelt die „soziale Corona-Virus-Last“ (in nicht nachvollziehbarer Weise)

per künstlicher Intelligenz aus den individuellen Positionsdaten der Vergangenheit, aus den persönlichen Kontakten sowie aus weiteren Aspekten des Sozialverhaltens.

In Deutschland wurde ein ähnlich anmutender Vorstoß des Robert-Koch-Instituts vom 5. März 2020, eine permanente Funkzellenauswertung heranzuziehen, um zu ermitteln, wer mit wem Corona-relevanten Kontakt gehabt haben könnte, zunächst zurück gewiesen. Das Bundesinnenministerium ließ verlauten, dass aus Funkzellendaten keine echten Kontakte abzulesen seien - „GPS-Daten erscheinen dazu geeigneter“. Die Kassenärztliche Vereinigung KBV teilte mit: „Der massive Eingriff in Persönlichkeitsrechte erscheint im Falle von Corona nicht gerechtfertigt. (...) Über solche Maßnahmen könnte man allenfalls nachdenken, falls es sich um eine in der Regel schwer

oder tödlich verlaufende Erkrankung wie zum Beispiel Ebola handeln würde.“ Beide Reaktionen (6.3.2020) klingen nicht nach einer finalen Absage an einen derartigen Datenwunsch.

Entscheidender für viele Aktivist\*innen könnte ein anderer Aspekt des Corona-basierten Bevölkerungsmanagements sein. Derzeit gibt es (noch) keinen Corona-Virustest auf Antikörper. Daher kann nicht einfach eine Antikörper-Konzentration im Blut ermittelt werden, die Aufschluss darüber gibt, ob ein Mensch infiziert ist. Stattdessen werden zwei Abstriche im Rachen- / Nasenraum genommen und zur DNA-Analyse mittels Polymerase Chain Reaction (PCR) gegeben. Die Proben sollen gemäß Vorgabe des Robert-Koch-Instituts bei entsprechendem Verdacht auch auf andere in Frage kommende Erreger von Atemwegserkrankungen untersucht werden. Die



vom Patienten gewonnenen DNA-Proben sollen zentral asserviert werden(!), um im Zweifelsfall weitere Untersuchungen zu ermöglichen. Derzeit wird die Untersuchung in Deutschland von der Berliner Charité koordiniert (Labor Berlin – Charité Vivantes GmbH). In Zukunft sollen viele Landes-Labore diese Diagnostik etablieren. Folgende Institute bieten den PCR-Test zur Diagnose von Corona-Viren mittlerweile an (aktualisierte Liste unter: <https://www.g-f-v.org/node/1233> )

*Kurzum: Wer (derzeit) auf Corona-Viren getestet wird, dessen DNA-Probe wird asserviert, auch wenn das Labor sich zunächst nur für die Viren-DNA darin interessiert. Das sollten Aktivist\*innen berücksichtigen, die sich bemühen ihre DNA nirgendwo zu hinterlassen. Nachtigall - ick hör dir trapsen.*

ein autoritärer Haufen und obendrein auch noch mit allerlei (Rechts-)Konservativen und Nazis durchsetzt. Sie schiebt ab, verprügelt Menschen und verbreitet Lügen. Zum Beispiel nach Silvester in Leipzig.“ 23.01.20: Scheiben bei Bullenwache in Leipzig eingeschleppert. Solidarität mit den Sylvester-Inhaftierten. 23.01.20: Drei Trafos von RWE beim Hambacher Forst abgefackelt. 23.01.20: Farbe auf Thor Steinar Laden in Neubrandenburg. Januar: Farbe für ein AfD Büro in Münster. **24.01.20:** Brandanschlag auf die Tür einer Bullenwache in Bremerhaven. **25.01.20:** Vonovia Büro in Kiel wird

# Ein paar stadtpolitische Gedanken in Zeiten des technologischen Angriffs

## These:

*Eine Stadtpolitik, die nur die Frage nach dem Wohnraum stellt, übersieht den aktuellen Umbruch innerhalb der Produktionsweise, die einen massive Umgestaltung von Metropolen wie Berlin nach sich zieht.*

Eine Linke Stadtpolitik der jüngeren Vergangenheit hat sich primär mit der Thematik des Wohnraums, den Eigentumsverhältnissen und der Verdrängung beschäftigt. Kiezversammlungen, Kiezspaziergänge, Kiezkommunen prägen das Außenbild der stadtpolitischen Initiativen. Hierbei entstehen Netze, die Solidarität praktisch werden lassen. Dies ist gut und wichtig. In dem wir Stadt als ein soziales Verhältnis verstehen, zeichnen wir ein widerständiges Gegenbild, welches sich gegen die Inwertsetzung allen Lebens richtet. Doch wer von sozialen Verhältnissen spricht, darf von Produktionsverhältnissen nicht schweigen. Denn so wie sich die Produktionsverhältnisse verändern, verändert sich auch die Stadt.

Historisch haben sich Städte und Dörfer an bedeutenden Handelsrouten gebildet, Marktplätze haben zu deren Anwachsen geführt, die späteren Industriestädte entstanden dort wo Energiequellen und Ressourcen vorhanden waren. Dabei strukturierten sie ganze Stadtviertel wie Siemens in Spandau oder Borsig in Tegel.

Nun sind wir erneut Zeug\*innen von Umstrukturierungen in der Produktion und in Folge dessen auch von einem Wandel der städtischen Struktur. Die permanente Erreichbarkeit lassen die Grenzen zwischen Ausbeutung und Selbstoptimierung verschwimmen, jeder Lebensbereich wird erfasst und effektiver organisiert. Die räumliche und zeitliche Entgrenzung der Arbeit, in der das Zuhause oder der Weg zur Arbeit, wenn nicht sogar das Beisammensein mit Freundinnen zur potenziellen Produktionsstätte wird, verändert auch die Stadt und die sozialen Verhältnisse in ihr.

## Konkret:

Der technologische Angriff, also die geplante Zerstörung (Disruption) und Reorganisierung nicht nur der Arbeit sondern aller Lebensbereiche, ist in vollem Gang und die Stadt im Besonderen ist dessen Brutstätte. Berlin ist die Start-Up Hochburg Deutschlands, Ramona Pop als grüne Wirtschaftssenatorin will sie zur Nr. 1 in Europa machen. Eine Studie des IFSE ergab, dass bereits 2016

die Tech-Branche der größte Arbeitgeber der Stadt war. Allein in Start Ups sind rund 30.000 Mitarbeiter\*innen beschäftigt, 2018 sollten es bereits doppelt so viele gewesen sein.

Die Mitarbeiter\*innen sind jung, dynamisch und studiert. Die „high potentials“ sind international und werden von einer „kreativen“ und „offenen“ Kulturstadt wie Berlin angezogen. So wirbt der viert größte Arbeitgeber der Stadt, Zalando gleich mit ihrem Standort „BERLIN!“.

All das ist offensichtlich, denn 2017 gab es bereits über 1.800 Start-Ups in Berlin. Und wer einmal zum Ost-Bahnhof muss, kommt an den vier unterschiedlichen Zalando Standorten nur schwer vorbei. Doch der Wandel in der Art wie Produziert wird zeichnet auch andere Bilder als die Beton – Monumente der Tech-Giganten.

Vor AirBnB-Wohnungen stapeln sich Uber-Mieträder und E- Roller. Sie lassen die Straße zur erweiterten Produktionsstätte werden, und kommerzialisieren unter anderem durch mietangebote den öffentlichen Raum. Das Bild ergänzt sich mit dem Laden der Akkus in der privaten Wohnung so dass sich die Unternehmen die Anmietung von Gewerbeflächen sparen. Dabei macht die Pauschale für den vermittelte Service nur einen Teil des Umsatzes der Unternehmen aus. Die zweite Säule erzielen sie durch die generierten Daten und ihren Weiterverkauf. Unterschiedliche Arbeiter\*innen, häufig Scheinselbstständige, werden eingebunden ohne sich räumlich und subjektiv zu verbinden. Eine institutionalisierte Vertretung, wie zum Beispiel eine gewerkschaftliche Organisation der Ausgebeuteten wird so weiter erschwert. Die „Politik“ ist überrumpelt von jedem weiteren Geschäftsmodell und müsste bei jeder eruptiven Neuerung ein anderes Gesetz schaffen um die Gig-Economie einzugrenzen, zu steuern und zu reglementieren.

AirBnb, als reine Plattform für das private aber auch professionelle Vermieten von Wohnraum umgeht mit Tricks das Zweckentfremdungsverbotsgesetz. So bietet sich ein weiteres Bild: Co-Living als neues Wohnkonzept, bietet der gut verdienenden, ungebundenen Tech- Elite ein voll möbliertes 14 qm großes Zimmer in der Müllerstr. für 470 €. Wonderflats ist eine Plattform mittels der, dank ein paar Möbelstücken, die Vorgaben der Mietpreisbremse umgangen werden können. Tagesspiegel Recherchen vom Februar 2019 ergaben knapp 3300 solcher Wohneinheiten mit einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 27,44€.

angezündet. **27.01.20:** Aus Protest gegen die drohende Räumung vieler Freiräume in Berlin wird das Bezirksamt entglast. **28.01.20:** Farbe und Löschpulver frisst ein Büro des Padovicz Anwalts Ferdinand Wrobel. Dieser tritt auch im Prozess gegen die Liebig 34 als Kläger auf. „Die Büroräume von Greystay in einem Padovicz-Haus ist ein gutes Ziel. Hier vermietet Wrobel Wohnraum in einer legalen Grauzone als möblierte Apartements an Tourist\*innen und trägt somit zusätzlich zur Verdrängung bei. Die Büroräume dienen dabei als Rezeption für das „Hotel.“ **28.01.20:** Telekom Karre

## Heterogene Arbeitswelt, Heterogene Wohnformen

Das neu entstehende „The Student Hostel“ direkt am Alex bietet einen Ort „an dem Urlaub und Zuhause, Arbeit und Vergnügen sowie Design und Komfort aufeinandertreffen.“ „Einen vollständig bewohnbaren Arbeitsraum, der auf alle Bedürfnisse eingeht, ob Unternehmer oder Rockstar“. Und während Facebook euphorisch verkündet dass bei ihnen jede\*r seine Gruppe findet, heißt dieses altbekannte Phänomen in der räumlichen Dimension, Segregation. TSH, Neon Woods, Rent24 und alle anderen bieten eine eigenes kleines „entreprenierial ecosystem“ mit Kickern, Lounges, Playstation, Gym, eigenem Restaurant, Cafe und Späti. „With the barriers between work and play progressively breaking down, a logical next step for our already hybrid accommodation model is properties that combine living with leisure and work facilities.“ Charlie MacGregor, The Student Hotel CEO. Die „Räumlichkeiten ohne Grenzen“, die „Vielfalt an Nationalitäten, Identitäten, Werten und Lebensstilen der Bewohner“ sind eine in sich abgeschlossene Wohn- und Arbeitswelt. Der Zugang kostet. Der Preis für eine Studienzimmer bei Neon Woods beginnt bei 615 € für 18 qm (34 €/qm) und endet bei dem Partnerunternehmen für nicht Studies bei knapp 50€/qm. . Gekoppelt an einer maximalen Wohndauer von 6 Monaten.

Die Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte führt zu einer weiteren Intensivierung der Arbeit. Wer sich nicht durch den überfüllten Verkehr zur Arbeit quälen muss, ist besser gelaunt und hat mehr Zeit um noch produktiver zu sein. Da liegt es auch nahe das viele Logistik Partner von Amazon ihren Auslieferern gestatten, das Auto gleich mit nach Hause zu nehmen. Das stärkt die Bindung der Arbeiter bei völliger Kontrolle und das Unternehmen spart die Miete für den Parkplatz.

Erst die algorithmische Re- Organisation und Kontrolle über die jeweiligen Arbeitsschritte macht dies möglich. Wie durch die Einführung des Fließbandes, führt nun die Einführung von auf Algorithmen basierende Produktion zu einer Intensivierung der Arbeit und schafft neue Konsumformen. Dabei kommt es einerseits zu einer räumlichen Dezentralisierung der Arbeit, andererseits zur Bildung von Tech- Clustern in den Kiezen so wie den Randgebieten. In den von der Politik geförderten Cluster sollen Wissenschaft und Wirtschaft mit Hilfe von Steuermilliarden verbunden werden. Ihnen werden die letzten großen Freiflächen der Stadt zur Verfügung gestellt damit Berlin endlich wieder ein Platz an der Sonne bekommt und so wird nach der Schließung von Tegel auch gleich die

„Urban Tech Republic“ ausgerufen. Die erhofften Synergieeffekte der unterschiedlichen Forschungsdisziplinen und verschiedenen Branchen sollen die Entwicklung neuer Technologien beflügeln und schaffen so eine besonders gutes „Startup- Ökosystems“.

Der Forschungsstandort Berlin mit seiner staatlichen Förderung ist ein Anziehungspunkt für kluge Köpfe. Das die Stadt alleine 3,4\$ Millionen in den nächsten 6 Jahren in die KI- Forschung und Entwicklung investieren will ist sicher auch ein Argument für Amazon ,seinen KI Forschungsstandort in Berlin zu eröffnen. Durch die Nähe zu den Unis und den unterschiedlichen Fraunhoferinstituten wird die staatlich geförderte Grundlagenforschung direkt in die technische Weiterentwicklung der Unternehmen integriert und kapitalisiert. Die Unabhängigkeit der Forschung gerät in den Hintergrund wenn gleich bei jedem Forschungscampus der Unis ein Gründungszentrum angesiedelt wird. Tesla meldet sich bereits jetzt, um etwas von der einen Milliarde an Forschungsgelder zu bekommen, die für die Akkuzellenforschung vorgesehen ist. Die Nähe zu den Forschungsstandorten ist also nicht nur wichtig für das Aneignen von Wissen sondern auch für das Abgreifen von staatlichen Forschungsgeldern. Erst am Ende der Grundlagenforschung zeigt sich welche Technologien marktreif sind und ob es für die neuen Produkte überhaupt eine zahlungskräftige Nachfrage gibt. Thomas Sedran, Vorstandschef von Volkswagen Nutzfahrzeuge, gab im April 2019 bekannt, dass das autonome Fahren für private Kunden viel zu teuer sein wird, es also vielleicht gar keine ausreichende Nachfrage für diese Zukunftsvision geben wird die jemals die Forschungskosten decken wird.

Zentrale Ressourcen dieser neuen Organisation der Märkte sind Daten, und die Metropolen dieser Welt beheimaten den Großteil ihrer Quellen und sind gleichzeitig das beste Experimentierfeld. Hier tritt der Prosumer auf den Plan. Das online stellen oder das „Teilen“ von Inhalten die von „Followern“ konsumiert, geliked und generiert werden erzeugen parallel werbe relevante Informationen. Diese Daten werden dann meist für personalisierte Onlinewerbung ökonomisch verwertet, womit Google und Co ihren Hauptumsatz macht. Die online Werbung ist jedoch nur das Harmloseste. Das Nutzen von Big Data durch KI- Forschung lässt autonome Kriegsdrohnen Menschen verfolgen um sie zu töten und Cambridge Analytica beeinflusst politische Wahlen.

Der Wert dieser Netzwerke bzw. Plattformen steigt dabei mit der Menge der Nutzer\*innen, bis zu dem Punkt an dem es nur noch einen einzigen Anbieter gibt. Dieser „Netzwerkeffekt“ ist zentraler Teil der Geschäftsstrategie.

in Hamburg abgebrannt. „Wir schicken revoltierende Grüße an die FAZ und viel Kraft an das anarchafemenistische Projekt L34 in Berlin. Liebe und Hoffnung in die Knäste und die Klandestinität. Freiheit für die drei von der Parkbank. Anarchie.“ 28.01.20: Gegen das Verbot von linksunten.indymedia.org brennt in Bremen der Eingang einer Polizeiwache. 30.01.20: Karre von Padovicz Anwalt Ferdinand Wrobel geschrottet. 30.01.20: In den Morgenstunden vor dem Räumungsprozess gegen die Liebig 34 werden bei einem CDU Büro und der Immobilienfirma Pandion4Living die Scheiben

Die Stadt als solches ist bereits ein analoges Netzwerk aus Menschen und deren sozialen Beziehungen, aus Verkehrsströmen und Knotenpunkten, aus Kiezen, Hausgemeinschaften und Wohnungen. Ein analoges Netz dessen Grenze sich in der Vereinzelung der Metropolen wieder findet.

Als Amazon den Wettbewerb für sein neues Head-Quarter HQ2 ausschrieb, bewarben sich gleich 200 Städte, die sich in Steuererleichterungen und Subvention gegenseitig überboten.

In Berlin sieht es dann so aus: die Stadt nimmt für den Siemens-Campus eine alte S-Bahn-Linie wieder in Betrieb und Tesla zahlt gerade mal 13,50 € statt 40 € pro Quadratmeter für seinen geplanten Produktionsstandort bei Berlin. 2017 unterstützte der Senat mit 27 Millionen, 2018 mit satte 40 Millionen Unternehmensgründungen. Ganz zu schweigen von den ganzen Steuer-Millionen die in die Tech-Forschung fließen.

Die unterschiedlichen Städte stehen im Wettbewerb zueinander. Die Politik buhlt um die Unternehmen von Morgen und kreieren so ein möglichst startupfreundliches „Ökosystem“. In der regierenden Koalition aus Rot-Rot – Grün ist Digitalisierung so wichtig, dass es gleich eine Eigene Staatssekretärin, Sabine Smentek gibt. Als SPD-Frau hat sie zuvor bei der Treuhand gearbeitet und anschließend bei dem Unternehmensberater PwC. PwC ist unter anderem dafür bekannt Konzerne wie Apple und Amazon dabei zu beraten Streuen über Offshorkonstrukte zu „vermeiden“.

Ramona Pop als Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie Bürgermeisterin des Landes Berlin, ist auch als zweite Aufsichtsratsvorsitzende bei Berlin Partner und Teil eines Planungsbüros das als Vordenker für die Stadtumstrukturierung des Senats gilt. Die GgmbH Berlin Partner organisiert die „Serviceeinheit Smart City Berlin“ sowie das „Netzwerk Smart City Berlin“ und ist der „zentrale Ansprechpartner [für]Akteure aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung und erste Anlaufstelle insbesondere hinsichtlich der Beantragung von Fördermitteln durch Berliner Akteure“.

Standortpolitik heißt heute die Stadt als Netzwerk zu begreifen das noch größtenteils analog ist, doch technisch aufgerüstet wird um die Stadt sicherer, effizienter oder einfach nur mit schnellerem und lückenlosem Internet zu versorgen. Kurz: wir sind mitten im digitalen Umbau zur Smart city. Köln und die Hafen City in Hamburg haben dies bereits erkannt und die Verbindung zwischen der Erneuerung der maroden Infrastruktur der Städte und deren smartifizierung geschlagen. Unter dem Deckmantel des Klimaschutz werden die alten Straßenlaternen erneu-

ert und wahlweise mit Bewegungsmeldern, WLAN, Geräuschsensoren, oder Stromversorgung für E-Autos auszustatten. Auch in den Wohnungen wird beim Sammeln der Daten nicht halt gemacht. Seit Beginn dieses Jahres sind smarte Stromzähler auch für private Haushalte Pflicht, und Alexa und Co sind neben smarten Feuermeldern Teil der Wohnraumüberwachung.

Parallel dazu werden auch ganze Bezirke nach diesem Konzept neu gebaut. So sagt der Siemensvorstand Neike zu dem Vorhaben von Siemensstadt 2.0 „Wir müssen einfach mal einen Ort schaffen wo wir eine Art Reallabor kreieren, wo wir die Zukunft der Arbeit auch in Kombination mit dem Wohnen definieren können.“ Das ganze auf einer Fläche von 100 Fußballfeldern und neben Forschung und Entwicklung auch 2.750 Wohneinheiten bietet. In diesem „Reallabor“ dürfen dann auch 30% Sozialmieter\*innen wohnen.

## Strategie

Es gibt viele Akteure\*innen die an der Umstrukturierung der Stadt beteiligt sind. Der Angriff eines jeden einzelnen von ihnen ist für uns dabei legitim, doch nicht jeder Angriff ist dabei auch zielführend. Ziel des vorangegangenen Abschnitts war es zu verdeutlichen wie der technologische Angriff die Stadt verändert und die Tech-Industrie als unser primäres Interventionsfeld zu bestimmen. Sie ist in unseren Augen von zentraler Bedeutung, da sie dabei ist den Raum qualitativ neu zu definieren.

Auch die politischen Weichenstellungen lassen daran keinen Zweifel.

Wir wollen nun das weitere taktische Vorgehen bestimmen. Es scheint uns dabei zielführend, wenn sich der Widerstand auf einzelne Akteure\*innen fokussiert, und es die unterschiedlichen Mittel nicht ausschließt. Die Allianz aus Politik und Wirtschaft verdeutlicht uns, dass keine Verhandlung mit diesen uns auch nur ein Stückchen weiter bringt, ganz im Gegenteil, es uns vor allem einbindet, befriedet und spaltet.

Anders als beim Kampf um den privaten Wohnraum, geht es uns hier vor allem um einen Kampf um die Stadt als solche. Eine Kompromissbereitschaft wie sie bei der existenziellen Frage um Wohnraum verständlich ist, gibt es hier höchstens in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse der prekär Beschäftigten der Plattformen, nicht jedoch im Bezug auf die Frage des Raumes. Wir glauben das der Kampf gegen den Google Campus unter anderem deswegen so erfolgreich war, weil sich keine der involvierten Gruppen und Initiativen auf die Gesprächsangebote von Google eingelassen hat. Dies lag schlicht daran das

eingeschlagen. **31.01.20:** Privatwagen von Polizistin brennt in Berlin. **31.01.20:** Drei Wagen von Thyssen-Krupp fackeln in Berlin ab. **#Riseup4Rojava 01.02.20:** Streifenwagen in Berlin mit Steinen beschmissen und entglast. **04.02.20:** Privatwagen eines Bullen in München geplättet. **04.02.20:** Glasbruch bei Engel und Völkers in Berlin. **05.02.20:** In Mönchengladbach wird ein AfD Infostand aufgelöst. Ihnen wird der Stand umgeschubst und Pfefferspray versprüht. **05.02.20:** Bullenkarre in Oldenburg abgefackelt. **06.02.20:** In Dresden, Halle, Vreden, Duisburg und Düsseldorf werden

es mit Google nichts zu besprechen gab! Es gab keinen Grund sich auf irgendeinen Kompromiss einzulassen. Auch die neue Amazon Zentrale, die 700.000 Mitarbeiter\*innen im Herzen New Yorks Platz bieten sollte, zog nach kompromisslosen Protesten ihr Vorhaben zurück.

Egal ob Google, Amazon, Tesla, Siemens, Zalando alle wollen sie nach Berlin.

Die Mieten sind für die globale Mittelschicht die aus den Startup Hochburgen wie San- Fransico, London oder Tel-Aviv kommen sogar noch niedrig. Die unter anderem dadurch geringen Reproduktionskosten der Startup Mitarbeiter\*innen sind ein wichtiges Argument sich hier nieder zu lassen, denn durch die geringen Lebenshaltungskosten können sich die gerade in der Anfangsphase nicht gewinnträchtigen Startups länger über Wasser halten und schaffen den erhofften Sprung hinein in einen der Incubators.

Die einen scheitern, die anderen geben auf und andere, wie Google werden aus Kreuzberg geworfen. Doch alle hoffen darauf vom Rausch dieser Stadt mitgenommen zu werden. Sie wollen auf den Wellen der hippen, freikigen und chaotischen Metropole reiten. Sie alle greifen auf den alten Mythos der Kulturstadt zurück: Berlin ein urbanes Labor, international, weltoffen. Bei den günstigen Lebenshaltungskosten lassen sich allerlei unterschiedlicher Lebensentwürfe verwirklichen, irgendwas zwischen Lohnarbeit, Abenteuer und „lifestyle Entrepreneur“. Im Bällebad werden dann die Sorgen über die Unsicherheit in der Gründungsphase vergessen.

Und genau das ist einer unserer Angriffspunkte, das Image dieser Stadt! Don't be Berlin! Der verhinderte Google Campus hat ein Signal in die Welt geschickt. Was für einen der wertvollsten Konzerne der Welt eigentlich nur eine kleine Sache sein sollte, entwickelte sich schnell zu einem Leuchtturmprojekt des Widerstandes, „Kreuzberg [ist]die erste No-Go-Area für Tech-Unternehmen“! Es entstand ein bescheidener Imageschaden für die Stadt, die dank der Verknüpfung der Wohnraumproblematik und dem Technologischen Angriff auf einmal gar nicht mehr so „weltoffen“ war. doch muss daran weiter gearbeitet werden. Wir müssen der Tech- Elite klar machen, dass sie hier mit ihren Vorstellungen einer neuen Welt samt „fairerem Kapitalismus“ und technologischen Lösungen für der von Technologien verursachten Umwelterstörung nicht willkommen sind. Sich einzelne zentrale Projekte der Tech- Industrie heraus zu suchen und sie dort anzugreifen ist unser strategischer Vorschlag, da wir uns davon erhoffen das dadurch ein Signal um die Welt geht.

Wir glauben, dass gerade für die großen Börsennotierten Tech Unternehmen die Wachstumsdynamik der Bodenpreise der letzten zwei Jahrzehnte ein weiterer Anziehungspunkt ist. Da weder Tesla, noch Zalando Gewinne erwirtschaften, jedoch über eine großen Börsenwert verfügen ist die Investition in Boden ein gern gesehen Investition in „reale Werte“ die die Unternehmen durch Anlagekapital krisenfester machen. Setzen wir diesen Punk in Kontext zur Bodenpreisentwicklung in der Stadt und zum aktuellen Zinssatz, wird klar das es keinen besseren Zeitpunkt für solche Großprojekte gibt als jetzt.

Dieser Punkt soll verdeutlichen wie fragil ihre eigentliche Kapitalstruktur ist. So hatte der Aktienkurs von Tesla 2013 einen Einbruch um 12 % nachdem eines ihrer Autos feuer fing und im Oktober letzten Jahres konnte ein verbrannter Tesla über Monate nicht entsorgt werden, weil sich kein Unternehmen an die 600 kg schwere Batterie wagte. Jede neue Entwicklung bringt auch Unsicherheiten mit sich. Sie lebt zunächst einmal nur von dem versprechen zu funktionieren und die damit verbundenen (Gewinn) Erwartungen. Der Aktuelle Höhenflug des Unternehmens, basiert weiter auf solche Versprechen. Vielleicht ist Tesla „the next big thing“ oder der „Bitcoin auf vier Räder“ bei dem alle nur darauf warten wann die Blase endlich Platzt. Verdeckt wird all das von dem Versprechen einer Technischen Lösung für Technische und Soziale Probleme zu haben, ein Versprechen von jenen die uns diese Miesere eingebrockt haben.

Der erbitterte Wettbewerb in dem es um alles oder nichts geht, lässt alle Nase lang eines der unzähligen Startups scheitern, und wir sollten in ihm einen weiteren Faktor sehen, der unsere Gegner\*innen schwächt. Unter diesen Umständen können wir der Devise „Move fast and break things“ doch etwas abgewinnen. Der enorme Erfolgsdruck in den aufstrebenden Unternehmen geht einher mit einem rauen und harten Arbeitsklima das sich durch eine hohe Fluktuation auszeichnet in dem es keine auch noch so reformistische Gewerkschaft gibt sonder nur eine „gemeinsame Idee“ die an der Tischtennisplatte im Büro gehypt wird.

Im Vergleich zu anderen Tech Metropolen hat Berlin noch eine relativ junge Startup Szene die internationale abhängig ist. Internationale Geldgeber bietet den Zugang zum Ventur Capital um die Jungunternehmer\*innen zu finanzieren. Vermiesen wir das Image dieser Stadt, vermiesen wir ihnen auch diesen Kapitalzugang und dies ist eine Empfindliche Stellschraube, da es den Deutschen Startups zu 80% noch an frischen Kapital fehlt. Die Stadt muss wieder zum Risiko für Investor\*innen werden und das passiert nur durch unsere Zutun.

FDP Büros nach der Wahl in Thüringen mit Farbe angegriffen. 06.02.20: Autos von einem AfDler und einem Burschi brennen auf ihrem Grundstück in Jena. Februar: Nach Razzia in Tübinger Hausprojekt fliegt Farbe auf das Sozialgericht. **13.02.20:** In Berlin wird wiederum der Laden in der Friedelstraße 54 beschädigt. **14.02.20:** Nazikarre in Kiel tiefergelegt und entglast. 14.02.20: Farbe auf das haus einer AfDlerin in Hamburg. **15.02.20:** 5 Nazis wurden nach dem „Trauermarsch“ in Dresden, in Wurzeln zusammengeschlagen. Februar: Farbe gegen AfD Büro in Altenburg.

Tatsächlich erscheinen unsere Gegner\*innen also größer als sie letztendlich sind. Dabei haben sie nicht nur uns als Gegner\*innen, sondern auch noch ihren internen Wettbewerb, der nur Einen überleben lässt. Und es gibt noch ein weiteres strategisches Argument sich diesem Kampffeld zu öffnen: ihre Flexibilität ist unser Vorteil

**Schmeißen wir sie raus! egal ob Tesla, Siemens die Samwa Brüder, Google oder Amazon!**

## Einige Überlegungen zum 25. Januar in Leipzig

Da nun eine Debatte über linke Militanz stattfinden soll und sowieso schon immer stattfindet, ist hier unser Beitrag dazu. Wir wollten auch ganz einfach einige Dinge für Linke, die dem Thema Militanz fremd sind, erklären.

Am 25. Januar löste eine Demonstration gegen das Verbot von linksunten.indymedia.de sogenannte „Aus-schreitungen“ aus. Während die Presse und einige Linke überrascht waren, war der Angriff auf den Staat des Kapitals seit mehreren Monaten gewollt

Selbst wenn sich die Bullen deeskalierend geben, greifen wir sie trotzdem an. Sie können sich nur so deeskalierend geben, wenn sie darauf vertrauen können, dass wir sowieso nicht gegen die Regeln des Staates verstoßen. Weil sie darauf vertrauen können, dass wir sowieso zu gehirngewaschen sind oder durch dauernde Überwachung zu viel Angst haben um etwas zu tun.

Am 25. Januar zeigten Aktivist\*innen jedoch, dass sie den Frieden nicht akzeptieren werden, der nur durch staatliche Übermacht erreicht wird, sei es durch die Einnahme unserer Gehirne durch die kapitalistische Ideologie oder durch physische Gewalt der Polizei. Diesen Frieden zu akzeptieren wäre wie eine Beute, die sich, nachdem sie von einem Raubtier gefangen und zu Boden gezwungen wurde, ihrer Hilflosigkeit hingibt und sich nicht mehr selbst verteidigt. Aktivist\*innen haben sich dieser Rolle entzogen und sich für einen offenen Angriff entschieden. Sie haben gezeigt, dass dies auch 2020 noch möglich ist. Die Fenster von Polizeiautos wurden zerbrochen, die Polizei wurde mit Hilfe von Pyrotechnik, Farbbeuteln und Steinen angegriffen und zum Rückzug gezwungen. Die Autos von Reichen wurden beschädigt.

Es war eine kluge Handlung der Aktivist\*innen, den Zeitpunkt der Eskalation sich nicht von Provokationen der Bullen vorgeben zu lassen, sondern Ort und Zeit der Konfrontation selbst zu wählen. Wir müssen das Territorium wählen, in dem die Kämpfe stattfinden. Wir müssen Territorien wählen, an die die Bullen nicht gewöhnt sind

und wo sie nicht gut kämpfen können, mit denen wir aber gut zurechtkommen. Die Aktivist\*innen bedauern mit Sicherheit, dass die Scheiben eines Genossenschaftsautos kaputt gingen. Im Gegensatz zu dem, was einige selbst-darstellerische Journalist\*innen auf Twitter behaupteten, handelte es sich nicht um eine absichtliche Tat, sondern um einen unabsichtlichen und möglicherweise bereitwillig hingenommenen Kollateralschaden. Es ist völlig unrealistisch, eine Revolution oder einen Weg dahin zu erwarten, bei dem nichts kaputt geht.

### Die Rolle der Presse

Während der Demonstration wurden auch Vertreter der Presse bedroht und angegriffen. Seit Herbst 2019 und seit dem eigentlich, bis auf die Gewalt der Bullen, nicht besonders ereignisreichen Silvester in Connewitz, wurde jede Demonstration und jede kleine Veranstaltung in der Nachbarschaft von Journalist\*innen auf der Suche nach Ruhm und Klicks belagert. (Siehe auch dazu: <https://rigaer94.squat.net/2020/01/29/spiegel-investigativteam-belastigt...>) Journalist\*innen, die so aufdringlich waren wie Bienen um ein Bonbon, summten die ganze Zeit um die Demonstration und filmten während der Demonstration aufdringlich. Es war lange klar, dass diese Demonstration militant sein würde. Da beispielsweise RTL-Journalisten beim G20 für Ermittlungszwecke Fotos und Videos für die Bullen zur Verfügung gestellt haben, ist es legitim, sie daran zu hindern, Gesichter aus der Nähe zu filmen und zu fotografieren.

Darüber hinaus wollten einige Personen wahrscheinlich nicht in den Boulevard-Niveau-Nachrichten, auf welcher Ebene die meisten Zeitungen von „den Linken“ sprachen, mit ihren Gesichtern erscheinen, denn das kann direkte Konsequenzen für diese in ihrem täglichen Leben haben. Wenige oder gar keine linken Aktivist\*innen können ihr Geld sich selbst vermehren lassen und müssen sich so bei Demonstrationen davor schützen, von ihren Chef\*innen gesehen zu werden.

**19.02.20:** Bauschaum und Farbe gegen AfD Veranstaltungsort in Reutlingen. **19.02.20:** Feuer an Funkmast in München. **21.02.20:** Farbe auf dem Haus von Erika Steinbach in Frankfurt a. M. **21.02.20:** Farbe und Buttersäure gibts für den Wohnsitz vom Junge Alternative Vorstand in Stuttgart. **22.02.20:** Wieder fliegen Steine auf einen Streifenwagen in Berlin. **22.02.20:** Auto von WeShare brennt in Berlin. **24.02.20:** In Athen kommt es nach einer Razzien gegen Straßenhändler\*innen zu Barrikaden und Angriffen auf die anrückenden Polizeieinheiten vor dem Uni-Gelände. **24.02.20:** Mit

Viele wollen sich auch vor der Gefahr durch Nazi-Angriffe auf Linke schützen. Nicht alle linken Aktivist\*innen leben in einem links-liberalen „Paradies“ wie Leipzig. Journalist\*innen wurden übrigens nur daran gehindert, Fotos zu machen und zu filmen. Journalist\*innen wurden nicht daran gehindert, Berichte zu schreiben. Dies zeigt, warum es bei den „Bedrohungen“ ging: Um Selbstschutz, nicht um Einschränkung der Pressefreiheit.

### Rolle physischer Angriffe in der Revolution

Kleinere Angriffe, wie die Demonstration vom 25. Januar, zeigen, dass der Staat nicht völlig übermächtig ist, dass die Leute sich gegen ihn wehren können. Diese Angriffe sind ein Ausweg aus dem alltäglichen Gefühl der Hilflosigkeit, hin zu einer Möglichkeit, sich zu befreien.

Die tägliche Unterdrückung des linken Aktivismus erlaubt diesen kaum außerhalb der Parlamente. Aufgrund des Korsetts, in dem wir vom bürgerlichen Staat gezwungen werden, sind wir kaum in der Lage, politisch zu handeln. Jede kleine Handlung, sei es das Verteilen von Flugblättern oder das Verteilen von Nahrungsmitteln gegen eine Spende, muss auf mögliche Konsequenzen überprüft werden. In der Regel stellt sich heraus, dass legal so gut wie nichts möglich ist. Nur dank der Entschlossenheit der Genossen, die vom bürgerlichen Staat selbst festgelegten Spielregeln nicht ihr Handeln bestimmen zu lassen, ist es möglich, dass es noch so etwas wie eine Linke gibt. Wenn linker Aktivismus stattfinden soll, muss man immer zur gleichen Zeit daran arbeiten, die Polizei, ohne die Politik und Justiz nicht handeln können, zu vertreiben. Das Erreichen der Menschen und der militante Kampf gegen den Staat müssen gleichzeitig stattfinden. Eines, ohne das andere stattfinden zu lassen, würde der linken Bewegung nichts bringen.

### Vermittelbarkeit

Die Vermittelbarkeit militanter Aktionen ist eine wichtige Sache, aber nicht die erste Priorität.

Es ist anzumerken, dass es die Presse ist, die dafür sorgt, dass militante Aktionen für die Bevölkerung nicht verständlich gemacht werden. Handlungen werden entpolitisiert, militante Aktivist\*innen als Adrenalin-Junkies und Krawalltouristen dargestellt (als hätten sie im Allgemeinen nicht mehr politisches Wissen als einige bürgerliche Linke) und fast nur Polizeiführer\*innen, Kapitalist\*innen und CDU-Politiker\*innen werden interviewt.

Als Linke sollten wir uns nicht darum kümmern, die öffentliche Meinung zu ändern. Die öffentliche Meinung ändert sich ständig. Sie hängt weitgehend von Hysterie, Skandalen und Falschmeldungen ab. Wir müssen uns darum kümmern, Menschen vor Ort zu organisieren und unsere Praxis durchzusetzen. Er brauchte nicht die ganze Bevölkerung, um die Revolution durchzuführen, sondern immer nur eine „revolutionäre Minderheit“. Das ist faktisch immer so gewesen und keine Erfindung von Insurrektionalist\*innen. In den meisten Fällen folgt der Rest der Bevölkerung einfach.

Ein wichtiger Punkt der Aktionen ist, dass sie von „normalen Leuten“ kopierbar sein müssen. Elite-Angriffe von hochqualifizierten Kämpfer\*innen bringen die Revolution nicht näher.

### Wahl der Ziele

Ein Angriff auf eine Filiale von „Subway“ kann durchaus kritisiert werden. Lohnarbeiter\*innen haben in großen Unternehmen oft bessere Bedingungen als in kleinen, wo sie unter dem Vorwand des „Zusammenhalts“ gezwungen sind, unbezahlte Überstunden zu leisten und Arbeitsrichtlinien zu ignorieren. Wir wissen nicht, ob dieser Angriff spontan stattgefunden hat oder ob es doch Gründe gibt, gegen Subway vorzugehen. Wenig überlegt war auch das Schießen von Pyrotechnik in die Demonstration hinein. Das hat dazu geführt dass die Demonstration geteilt und geschwächt wurde und sollte nicht passieren.

Eine weitere Sache: Die Medien behaupten oft, dass militante Aktivist\*innen Gewalt zum Vergnügen anwenden. Während dies eine gute Werbung für die militante Linke sein mag, könnte es nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein. Während des Kampfes gehen linke Aktivist\*innen absichtlich noch tiefer in die Scheiße, gegen die sie wirklich kämpfen wollen. Das Leben im Überwachungsstaat wird zum Leben im noch überwachteren Gefängnis. Militante-Aktionen werden nicht zum Vergnügen ausgeführt, sondern weil sie sinnvoll sind. Aber gerade weil militante Aktionen auch viel Energie, Ressourcen und Lebenszeit kosten und Schmerzen verursachen, sollte immer besprochen werden, wann sie sinnvoll sind und ob sie die richtigen Ziele treffen. Es versteht sich von selbst, dass wir als Linke nicht in eine Friedens-Ideologie (und nichts anderes ist die bürgerliche „Gewaltlosigkeit“, ein „notwendiges falsches Bewusstsein“) abrutschen dürfen.

Anonyme Insurrektionalist\*innen

verschiedensten Mitteln werden in Berlin Ticketautomaten der S-Bahn sabotiert. 24.02.20: 30 Ticketautomaten der Bahn mit Bauschaum und Farbe in Berlin vollgepumpt. 26.02.20: In Leipzig brennt die Karre eines AfDlers. 26.02.20: In HH wurden mindestens 12 Luxusautos und einen Dienstwagen von Tesla auf ihrem Firmengelände in der Essener Straße im Norden Hamburgs mit Bitumen eingesaut. „Solidarische Grüße an die Besetzer\*innen des Waldes in Grünheide“ 26.02.20: Feuer in der Bürgerhalle in Gronau wo im nächsten Monat eine AfD-Veranstaltung stattfinden sollte.

# 24.04.

GLOBALER KLIMA-AKTIONSTAG



**HEUTE  
KAPUTT  
WEGEN  
MORGEN**

Direct action for future